[Jürgens]

Die
deutsche Politik
Preußens
und das
Berliner Central-Preßbüreau.

Hildesheim, 1855.

Verlag der Fincke'schen Buchhandlung.
(G. F. Schmidt.)

I.

Die nachstehenden Erörterungen knüpfen an dokumentliche Mittheilungen, welche angethan sein dürften, ein vielfaches Interesse zu erregen.

Sie entstammen nicht dem oppositionellen Lager, der Oppositions- oder Tadelsucht, sondern dem konservativen Lager und dem loyalen Antriebe, auf Uebelstände aufmerksam zu machen, die an regimineller Stelle sicher nicht beabsichtigt, vielleicht gar nicht beachtet, und wenn beachtet, dort nicht als solche erkannt werden, uns aber als ein Krebsschaden erscheinen, welcher dem gemeinen deutschen Wesen, Preußen selbst und insbesondere dem wünschenswerthen Ansehen und berufsmäßigen Wirken der preußischen Regierung, indem sie ihn duldet, Nachtheile und Gefahren bringt.

II.

Zu den allgemeinen Klagen vor und bis 1848 gehörten die über die Censur und deren Handhabung.

Diese Klagen waren namentlich deshalb gegründet, weil die Censur die Schriftsteller und das Publikum erbitterte, Jene inducirte, reizte, nahezu nöthigte, versteckt und doppelsinnig, subversiv und boshaft zu schreiben, die Leser aber dahin brachte und gewöhnte, mit Oppositionssucht und Malice zu lesen, zwischen den Zeilen zu lesen und noch mehr Gift herauszulesen, als hineingestreut war. Die Censur vermehrte und verböste sehr beträchtlich die revolutionäre Stimmung. Sie leitete über den wahren Inhalt und Zustand, die Beschaffenheit, Richtung und Verbreitung der in der Nation lebendigen Gedanken, Meinungen, Gesinnungen Oben und Unten irre, indem sie den Ausdruck der-

selben theils hemmte, theils fälschte. Das wurde, nachdem sie die Revolution mit herbeigeführt, verhängnißvoll für deren Verlauf und Ausgang, für das Verhalten der darin Handelnden, der Einzelnen, der Parteien, der großen und kleinen Parlamente, der Behörden und Regierungen. Die Censur wurde gehaßt und was noch schlimmer war, verachtet. Sie war Gesetz und wurde vereitelt. Man lernte sie umgehen, lernte sie als ohnmächtig kennen. Jener Haß und jene Verachtung übertrug sich mehr oder minder auf die Autoritäten, in deren Namen sie geübt wurde. Die mit ihrer Verwaltung Beauftragten schämten sich zuletzt des Geschäftes und Amtes. Die Regierungen waren schließlich selbst irre an ihr geworden.

Sie wurde im Beginn der Revolution tumultuarisch beseitigt. Statt ihrer trat schrankenlose Freiheit und maßloser Gebrauch der Presse ein und zwar bei Gelähmtheit und an Ohnmacht grenzender Schwäche der Autoritäten und Gesetze, bei exaltirter und destructiver Stimmung, bei wenigstens partiellem Terrorismus der Koryphäen und Cohorten des Umsturzes — der Vorboten und Wegebereiter des Rückschlags.

Die Restauration stellte die Censur nicht wieder her. Wohl aber brachte sie — in Preußen namentlich — mancherlei Maßregeln gegen die, gleich einer losgelassenen Naturkraft gebahrende feindliche Presse.

Darüber wurde sofort Klage erhoben, als wäre es überhaupt Unrecht, von Staatswegen mit der Presse und deren Wirken sich zu befassen, deren Freiheit unter das Gesetz zu stellen. Oder die angeordneten Vorkehrungen wurden wegen ihrer Beschaffenheit, als überängstlich oder übertrieben, als falsch oder wie sonst verwerflich in Anspruch genommen. Oder man beschwerte sich über Verkehrtheit, Härte, Unmaß ihrer Anwendung.

Diese Klagen, Wehklagen, Anklagen währen fort bis heute. Viel Unverstand ist dabei im Spiele. Sie erscheinen großentheils als unberechtigt.

Gar zu kindlich war es von Denen, welche fest und jederzeit behauptet, zum Lobe der freien Presse behauptet hatten, daß die freie, die unbeschränkte Presse unwiderstehlich sei, und die mit der unwiderstehlichen Waffe den Regierungen an das Leben gingen — gar zu kindlich war es von ihnen, zu wähnen, die Regierungen würden sich nicht zur Wehre setzen; von den Regierungen zu fordern daß sie dieß nicht thäten; zu demonstriren daß sie es nicht

dürften; ihnen Ziel und Maß anzuweisen das sie beobachten müßten, nunmehr die unbeschränkte Presse als eine im Grunde doch freundliche und traktabele, gar nicht so gefährliche Macht darzustellen, und durch welche Ueberredungs- und Schmeichelkünste sonst die Maßregeln gegen die Presse abzuwenden. Es war gar zu kindlich von Denen, die sich der Presse zum tödtlichen Angriff bedienten, nicht daran zu denken, daß die Regierungen darauf kommen könnten, auch ihrerseits die wider sie gebrauchte Waffe zu versuchen und schonungslos zu führen. Gar zu kindlich war es von ihnen, als die Regierungen mit Erfolg sowol die angreifende Presse maßregelten, als eine abwehrende zum Dasein und Wirken brachten, daß sie lamentirten, belferten und plärrten, als ob etwas Unerhörtes geschähe.

Diejenigen, welche durch Uebertreibung und Maßlosigkeit den Rückschlag, wie er gekommen, verschuldet, mögen zusehen, wie sie, die politischen — jungen Leute und Freiheitsverderber, gegen die politischen Männer und besseren Freunde der freien Presse sich verantworten, womit sie genug zu schaffen haben werden. Sie haben kein Recht von Unvernunft oder Ungerechtigkeit beim Rückschlage zu sprechen. Wenn ihr Sagen und Klagen unberücksichtigt bleibt, so geschieht eben nichts, als was im bekannten Laufe der Dinge liegt.

III.

Allein damit ist die Sache nicht abgethan. Ist den Regierenden ihr Recht beim Rückschlage zuerkannt, so sind sie damit keineswegs schon von allem Unrecht dabei freigesprochen. Und ist begründete Klage gegen sie vorhanden, so besteht das Recht und die Pflicht dieselbe zu erheben an sich selbst unerschüttert, und dieß Recht und diese Pflicht zu üben, gebührt und ziemt zumal Denen, die der Licenz der Presse wie deren Forderung vom Anbeginn entgegentraten und als die größte Gefahr war, als die Autoritäten zu Boden lagen, sich nicht zu rathen noch zu helfen wußten, die Pflicht der Obrigkeit, zu schützen, nicht erfüllten, sondern selber des Schutzes und der Aufhülfe bedurften — mit Einem Worte, die in der die Geister und Charactere prüfenden Zeit den Obern treulich zur Seite standen und durch Vorgang sie lehrten und ermuthigten, die feindselige Waffe wider den Feind zu kehren.

Wenn Diese ihr Verhalten reute, weil vernünftige und billige Freiheit durch Verkehrtheit oder Unmaß der Abwehr des Mißbrauchs gekränkt oder verdorben würde: auch das wäre kindisch und thöricht. Aber es wäre gleichfalls menschlich, natürlich, entschuldbar, mit Nichten könnte eine solche Reue den Regierenden erwünscht sein, und doch ist es dahin gekommen, daß sie bei Manchen entsteht.

An keinem Orte kann die Möglichkeit in Abrede genommen werden, daß ebenso, wie es bei der nun allseits verurtheilten Censur der Fall war, auch andre Maßregeln gegen Mißbrauch oder übermäßige und überschreitende Machtentfaltung der Presse nothwendig, rechtmäßig, löblich bloß scheinen, unverhältnißmäßig schaden, namentlich der bestehenden Ordnung und deren berufenen Hütern selbst schaden, der Verurtheilung werth sind. Niemand wird läugnen wollen, daß auch die nothwendigen und gerechtfertigten Mittel wider den Preßmißbrauch falsch, überstreng oder sonst unbillig und verkehrt angewendet werden können, oder daß der Gebrauch, der im Namen und Auftrage der Regierungen von der Presse gemacht wird, auch seinerseits zum selbstverwundenden Mißbrauche werden kann.

Es gilt hier eine Frage und eine Aufforderung zu prüfen, ob oder wiefern diese Möglichkeit im preußischen Staate wirklich geworden? Im Gewissen entsprungen, richtet sie sich an die Gewissen. Wir hoffen keinen zulänglichen Grund zu geben, frivoler Beschwerdeführung uns zu beschuldigen.

Längst ist und vielseits von mehr als einer der Maßregeln, welcher die Presse namentlich in Preußen unterliegt, gesagt, daß sie gehässiger und demoralisirender, als es die Censur gewesen. Selbst die Kammer hat sich mehr als einer Preßbeschwerde angenommen. Viel weniger wird die Wirksamkeit einer Anstalt genannt und als nachtheilig und gefährlich bezeichnet, die dieß vielleicht in viel höherem Maße und viel weiterem Umfange ist — die jetzige mehr geheime als öffentliche und offene Wirksamkeit der in Berlin bestehenden, unter dem preußischen Ministerium für die Angelegenheiten der Presse errichteten und bestimmten, zwar gekannten aber doch immerhin noch gar zu unbekannten Anstalt, von welcher jetzt zunächst die Rede sein soll. Ihrer Errichtung und deren Absichten und Zwecken lassen wir gerne alles gebührende Recht widerfahren. Allein ihre Thätigkeit wird — wir nehmen eben so gern an wider die Regierungsmeinung und Wünsche — nach unsrer Beobachtung und Ueberzeugung mehr

und mehr eine verderbliche für Preußen selbst, und breitet sich gemeinschädlich weit und immer weiter über ganz Deutschland aus. Sie wirkt auf Tausende und wieder Tausende, die nichts oder nur das Ungenügendste von ihr wissen, und nach Absicht auch nicht wissen und ahnen sollen, woher und nach welchen Tendenzen auf sie influirt wird. Ihr Dasein und Wirken hat etwas von dem Geheimnißvollen des Daseins und Wirkens der Vehme, der Inquisition oder des freimaurerischen Geheimbundes. Auch uns geht genaueste vollkommene Kenntniß ab. Doch wissen wir mehr und sehen mehr davon als viele Andere, so daß wir im Stande sind, Mittheilungen zu machen, welche geeignet sein mögen, wünschenswerthe Kunde zu fördern.

IV.

Man hatte in Preußen bis zur Revolution ein Regierungsblatt oder deren mehrere gehabt, als Mittel zu den bekannten Zwecken der Regierungsorgane in der Presse. Dabei blieb man im ersten Stadium der Restauration des Spätherbstes von 1848 stehen. Allein die Regierungspresse führte gegen die völlig entfesselte, die oppositionelle und noch immer revolutionäre Presse einen sichtlich ungleichen unzulänglichen Kampf.

Ganz richtig und löblich machte es sich die königliche Regierung, nachdem sie der Regierungsgewalt sich wieder bemächtigt, zur Aufgabe, nicht bloß äußerlich und mit äußerlichen Mitteln der Revolution Herrin zu bleiben, sondern dieselbe auch innerlich in den Gemüthern zu überwinden, die Meinung für sich zu gewinnen.

Das war ein sehr schweres Unternehmen bei der damaligen Beschaffenheit, Richtung und noch fortdauernden Exaltation der weitverbreiteten und lautesten Meinungen, der vorherrschenden Stimmung.

Auch willkommene Freunde, die Neupreußen und ihre Verwandten, die mit ihren Organen willkommene Hülfe gebracht hatten und eifrigst zu helfen fortfuhren, bereiteten der Regierung Schwierigkeiten. Ihr Standpunkt war nicht genau der des Gouvernements, das sich dawider zu wahren hatte, in ihr Schlepptau zu gerathen, mit ihnen vereinerleit nnd dadurch mißverstanden und compromittirt zu werden.

Preußen wollte damals noch in Deutschland zunehmen, die noch im Flusse befindliche Revolution, insbesondere das deutsche Parlament in seinen Nutzen wenden. Doch die Regierenden wollten es anders als die Parteien, die in Preußen, im übrigen Deutschland, in Frankfurt namentlich es wollten und betrieben. Neue Antriebe, durch die Presse auf die Meinung einzuwirken.

Aber von allem Anfange stand das bekannte Mißtrauen gegen die Regierungsorgane entgegen. Was auch für diese geschah, welche Geldmittel auch daran gewendet, welche und wie viele Publicisten und Literaten auch zur Leitung und Mitwirkung herbeigeschafft wurden: das Gouvernement hatte kein sonderliches Glück damit. Nicht von Ferne gewannen seine Blätter das gewünschte Ansehen. Ihr Einfluß war und blieb ein verhältnißmäßig gar zu geringer. Sie schadeten auch dem Gouvernement. Ja es entstand das Bedenken, ob sie nicht mehr schadeten als nützten.

Die oppositionelle Presse bot im Kampfe gegen die gouvernementale alle Mittel auf, schlechte und gute, die letztere schon als solche um jeden Credit zu bringen. Sie half dadurch mit, daß die Sache eine von ihr unbeabsichtigte Wendung und daß sie selber König Storch statt König Klotz erhielt — wir wollen sagen, sie mitveranlaßte durch den Schimpf und Unglimpf, den sie den Regierungsblättern anthat, daß das Gouvernement auf anderweite und wirksamere Maßregeln und insbesondere auf eine Benützung der Presse gerieth, die ihr dreifach und zehnfach lästiger und gefährlicher geworden ist.

Wir reden hier nicht von dem, was auf dem gesetzlichen Wege oder durch Verwaltung und Polizei zur Zügelung der Presse, zur Einwirkung auf sie vorgekehrt wurde, sondern von dem Auskunftsmittel, auf das die Regierung durch die Unzulänglichkeit ihrer eigenen Blätter hingeführt wurde und dessen Anwendung in der Errichtung und Thätigkeit des Berliner Centralpreßbüreaus culminirte.

Es galt, diejenigen Darstellungen der Tagesvorgänge, diejenigen Urtheile über die handelnden Persönlichkeiten, diejenigen Grundsätze, die Ansichten und Meinungen, von welchen die Regierung wünschte, daß sie möglichst rasch und weit verbreitet und von möglichst Vielen in sich aufgenommen würden, in der Form von Zeitungsartikeln in möglichst viele Blätter aller Art hineinzubringen, auch in nichtpreußische, in gänzlich unabhängige von

der Regierung, in solche von den verschiedensten Farben und Richtungen; oder aber möglichst viele Blätter aller Art und aller Orten zur Verbreitung der preußischen, der gouvernemental-preußischen Anschauungen zu vermögen und zu benutzen.

Ein vielfacher Vortheil stand in Aussicht, wenn das Stratagem gegen die feindliche, die abneigende oder abgewendete Presse geschickt und umfänglich zur Anwendung gebracht werden konnte.

Zehn- und hundertfach wurde dann gesagt, was die Regierungsblätter nur zwei- oder dreifach zu sagen vermochten. Es wurde gesagt zu Hunderttausenden statt zu Tausenden. Für Preußen und für die Regierung konnte viel beflißner, viel dreister und ohne Scheu vor dem Selbstlobe plaidirt, viel herzhafter und rücksichtsloser konnte polemisirt, viel weniger genau brauchte es mit Manchem genommen zu werden; man konnte die fremden Blätter, zu welchen man Zugang gewann oder die man unter den Einfluß des Preßbüreaus brachte, zu Veröffentlichungen benutzen, welche in den eigenen Organen wegen des Vorwurfs der Indiscretion oder Feindseligkeit gegen befreundete Regierungen nicht gewagt werden durften; denn wenigstens anscheinend that es die Regierung, sprach die Regierung nicht, ihre Verantwortlichkeit fiel auf die Blätter welche die Regierungsartikel aufnahmen, ohne dieselben als solche zu bezeichnen; die Regierung konnte nicht in Anspruch genommen werden, das Publikum wußte nicht daß sie dahinterstand. Die anonymen ungeahnten Regierungszeitungsartikel wurden ohne Mißtrauen, und je mehr ohne Mißtrauen gelesen, je unabhängiger und entfernter von der Regierung, je oppositioneller das Publikum die Blätter hielt, in welchen jene Artikel erschienen. Was die Regierung schreiben zu lassen für gut fand, wurde wenigstens gelesen, von Unzähligen gelesen, die niemals ein Regierungsblatt zur Hand genommen hätten. Man schaffte preußisch- und gouvernemental-preußisch gefärbten Berichten und Darstellungen Gehör auch im übrigen Deutschland, auch in abgewendeten Kreisen, auch im feindlichen, mitten im feindlichen Lager. Sprachen in den nichtfreundlichen und unfreundlichen Blättern auch noch immerfort gegenpreußische, antigouvernementale Stimmen, so wurden sie doch gekreuzt und abgeschwächt oder die antipreußisch, die antigouvernemental gesinnten Leser mußten stutzig, verwirrt und unsicher in ihren Anschauungen und Meinungen, irre werden an ihren bisher für wahr gehaltenen Maximen und Ideen. So viel Raum man bekommen konnte in

fremden Blättern, wurde darin Andern entzogen. So viel eigene Sprecher man hinein zu bringen vermochte, so viel andre wurden hinausgeschoben. Man konnte hoffen, daß die eignen im Ansehen und Autorität gewinnen würden, denn wenn ihnen auch der Vortheil abging zu Ueberzeugten zu sprechen, wenn sie sich auch in dem Nachtheil befanden wider vorhandene Richtungen und Dispositionen, wider befestigte Ueberzeugungen und vorgefaßte Meinungen einzureden, selbst wenn sie Manches vorbrachten was den Lesern irrig oder unrichtig, unglaublich oder unwahr dänchte, so stand ihnen dafür ein mehrfacher Vortheil zur Seite. Sie hatten einmal — von dem Warum wird unten die Rede sein — die größere Geübtheit in den Künsten der Dialectik, Rhetorik und Sophistik voraus. Sodann konnte man ihnen stets Mittheilungen, neueste Nachrichten, Auskünfte u. d. gl. suppeditiren, welche den andern Mitwirkenden unzugängig waren und wodurch ihre Artikel zuletzt doch als von gut, wenigstens oft gut Unterrichteten, die Lage richtig Bezeichnenden, das Kommende sicher Ansagenden herrührend erschienen. Endlich wurde das von ihnen Gesagte dem Anscheine nach von sehr Vielen, die in gar keiner Verbindung mit einander standen, an den verschiedensten Orten und von den verschiedensten Geistern, nicht selten mit officiöser Miene, gern mit einem vornehmen Anstrich gesagt, ob auch in Wahrheit nur ein Dutzend oder halbes Dutzend literarischer Dutzend- und Dunkelmänner sprach.

Mit einem Worte, in dem Maße, in welchem der Gedanke umfänglich und durchgreifend verwirklicht wurde, mußte sich ergeben, daß die antipreußisch, die antigouvernemental verbleibenden Stimmen verhallten, daß die preußischen und gouvernementalen in der gesammten Tagspresse die Oberhand erhielten, die öffentliche Discussion beherrschten, das ganze unwissentlich und deshalb unwiderwillig ihnen folgende Publikum führten — daß die preußische, die deutsche Tagspresse zum besten Theile den Händen, der Influenz, der Lenkung preußischer Rhetoren, besoldeter Fürsprecher des preußischen Gouvernements anheimfiel, preußische, preußische Regierungspresse wurde.

Man kennt das große, das gedankenlose große Publikum. Man weiß wie die Tagsblätter gelesen zu werden pflegen und wie sie wirken. Man konnte darauf rechnen, wenn stets dasselbe wenigstens scheinbar von so Vielen, in so vielen und verschiedenartigen Organen, von so vielen und entferntesten Orten und von

so vielen auch dem anders gesinnten und abneigenden Publikum unverdächtigen Seiten, von geachteten und für Autoritäten ihm geltenden Stellen her gesagt wurde: man konnte darauf rechnen, daß dann das Publikum glauben, in den gewünschten Gedankengang sich hineinlesen und hineingewöhnen lassen, die preußische, die gouvernemental-preußische Ansicht für die weithin verbreitete und vorherrschende, also zu verehrende, für die öffentliche Meinung nehmen, daß man somit zu einem guten Stücke durch Zeitungsartikel öffentliche Meinung machen, Preußen für die Regierung und Deuschland für Preußen erobern werde.

Dieser Calcül ließ sich aufstellen. Und man mochte um so mehr vertrauen dürfen, daß das Facit herauskomme, wenn mit der Versorgung der Pluralität der Blätter, zumal der einflußreicheren, durch Artikel aus der Regierungsregion noch andre Einwirkungen auf die Tagspresse, und nicht bloß auf diese, sondern auf die gesammte politische Presse in Verbindung, und wenn alle diese Einwirkungen in Harmonie unter einander, unter die Leitung einer Centralstelle gebracht würden.

Wir kommen unten auf die noch anderen Einwirkungen. Hier ist nur noch das Nachstehende zu sagen.

Jene Centralstelle wurde errichtet — das Centralpreßbüreau. An seine Spitze wurde Dr. Quehl berufen, unsers Wissens ein bis 1848 ungekannter junger Literat, der sich in der Sturm- und Drangperiode ziemlich exaltirt gezeigt und ziemlich radikal gebahrt hatte,*) nach dem November aber gouvernemental gesinnt geworden war, Herrn von Manteuffel sich als geschickt empfahl und eine Art Factotum desselben wurde. Dr. Quehl umgab sich mit einem Personal von Zeitungsliteraten und leitete die möglichst umfängliche Influirung der Presse durch sein Büreau und insbesondre die Versorgung möglichst vieler Blätter aus demselben ein. In welchem Sinne und nach welchen Tendenzen er dies that und auf welche Art und Weise er es bewerkstelligte, davon giebt ein von ihm unterschriebenes als Manuscript gedrucktes, vom 9. März 1851 datirtes Rundschreiben vielen Aufschluß, das wir unter Nummer V folgen lassen.

V.

P. P.

„Es ist dem Unterzeichneten, mit Bezug auf seine amtliche Stellung zum Königlichen Staatsministerium, von mehreren Seiten der Wunsch ausge-

*) Er hatte das rothe „Danziger Dampfboot" redigirt.

sprochen worden, auch denjenigen Redacteuren und Publicisten der konservativen Partei, mit denen er eine persönliche Verbindung gegenwärtig zu unterhalten nicht die Ehre hat, von Zeit zu Zeit Mittheilungen über den wirklichen Stand der politischen Fragen zu machen und hierdurch die konservative Tagespresse mit einem zu einer gedeihlichen Wirksamkeit unentbehrlichen Materiale zu unterstützen. Der Nutzen, den ein solches Verfahren der guten Sache und den sie vertretenden Blättern gewähren kann, ist zu einleuchtend, als daß die damit verbundene Mühe oder die Gefahr eines indiskreten Mißbrauchs dieser Mittheilungen mich davon zurückhalten könnte. Es werden daher von jetzt ab dergleichen Mittheilungen, wenn auch nur anfänglich für einen sehr kleinen Kreis erfolgen."

„Einer Aeußerung, ob dieselben Ihnen willkommen sind und ob auf einen geeigneten Gebrauch gerechnet werden darf, sehe ich mit Nächstem entgegen."

„Indem der Unterzeichnete Ihnen anbei eine, zwar nicht amtlich veranlaßte, aber auf authentische Quellen sich stützende Broschüre übersendet, erlaubt er sich zugleich, diejenigen Gesichtspunkte anzudeuten, von denen seiner Meinung nach die **konservative und preußenfreundliche Presse die gegenwärtige Lage der deutschen Angelegenheiten aufzufassen und die möglichen Eventualitäten vorzubereiten** haben dürfte."

„Die Schrift „Von Warschau nach Olmütz" bietet für eine wirksame Besprechung der Entwickelung der deutschen Frage **bis** zu den dresdener Konferenzen ein so reiches Material, daß ein näheres Eingehen auf diese Entwickelung, deren Verständniß zur Beurtheilung der gegenwärtigen Lage allerdings unentbehrlich ist, an dieser Stelle nicht erforderlich sein dürfte."

„Nur auf einen Punkt möchte ich in dieser Beziehung Ihre freundliche Aufmerksamkeit lenken. Dieser Punkt könnte freilich gerade am füglichsten übergangen werden, weil dem Ministerpräsidenten so wenig daran liegt, sein persönliches Verdienst hervorgehoben und vor Angriffen geschützt zu sehen, daß er vielmehr sich in patriotischer Aufopferung als ein treuer Schildhalter Sr. Majestät bewährt, und auch da zu der Zielscheibe öffentlicher Angriffe und des Hasses der Gegner hat machen lassen, wo ihn persönlich auch nicht die geringste Schuld traf und treffen konnte."

„Aber der von den Gegnern hundertfach wiederholte Vorwurf, daß der Ministerpräsident in der Behandlung der deutschen Angelegenheiten eine große Inkonsequenz und Kurzsichtigkeit bewiesen und sich **selbst bei einer Politik betheiligt habe, deren Ausgang in so mannigfacher Beziehung ein trauriger genannt werden kann** — dieser, wie gesagt, hundertfältig und auch zum Theil von der konservativen Presse erhobene, aber niemals durch

Thatsachen*) erhärtete Vorwurf veranlaßt mich, darauf aufmerksam zu machen, daß in der anliegend übersandten Brochüre auch der Beweis geliefert ist, wie Herr von Manteuffel schon während des Laufes des vorigen Sommers zu wiederholten Malen sich gegen jene schwankende und illusorische Politik erklärt und mit staatsmännischem Scharfblick den Eintritt der letzten Krisen vorausgesagt hat. Während hiermit der Vorwurf einer politischen Kurzsichtigkeit in sich zusammenfällt, scheint auch bei einer unbefangenen Prüfung der Lage, in welche Herr von Manteuffel, nachdem er an die Spitze des Ministeriums und des auswärtigen Amtes getreten war, die deutsche Angelegenheit gebracht hat, die oft ausgesprochene Besorgniß vor einer gewissen diplomatischen Ungeschicklichkeit als gänzlich unbegründet zu erweisen. Denn wenn es sich von selbst versteht, daß die Folgen eines fehlerhaften Systems nicht mit einem Schlage paralysirt werden konnten, sondern als eine traurige Erbschaft übernommen werden mußten, so verlangt es doch nur einen verhältnißmäßig geringen Grad von politischer Befähigung und von Vertrautsein mit den Verhältnissen, um die Situation, in welcher sich Preußen jetzt befindet, im Vergleich zu derjenigen, in der es sich im November befand, für sehr vortheilhaft zu erachten."

„Was diese gegenwärtige Lage der deutschen Verhältnisse betrifft, so dürfte nicht außer Acht zu lassen sein, daß die preußische Politik wie früher, so auch jetzt von dem Bewußtsein geleitet wird, daß Preußen als der mächtigste der rein deutschen Staaten dazu berufen ist, die Entwickelung deutschen Lebens zu wahren und zu fördern, und daß es zur Erfüllung dieses Berufes darnach streben muß, immer mehr an die Spitze der deutschen Staaten zu treten. Von diesem Gedanken ist der jetzige Ministerpräsident auch da erfüllt gewesen, wo er scheinbar Deutschland den Rücken gedreht und zu einem Zurückziehen Preußens auf sich selbst, d. h. zu einer Konsolidirung der preußischen Zustände gerathen hat, denn es hätte Deutschland niemals damit gedient sein können, wenn Preußen unter der Verwirrung der deutschen Angelegenheiten auch als Preußen gelitten hätte und hierdurch zur Erfüllung seines deutschen Berufes unfähiger geworden wäre. Man kann auch zugeben einerseits, daß zur schnellen Erreichung des oben angedeuteten Zieles sich in den letzten Jahren eine günstige Gelegenheit geboten hat, welche versäumt wurde — es ist hier nicht die Annahme der

*) Selbst die eine Thatsache, daß Herr von Manteuffel in dem Ministerium blieb, verliert ihre Bedeutung, wenn man weiß, daß dieser Minister zu wiederholten Malen seine Entlassung angeboten, ja um dieselbe auf das Dringendste gebeten hatte.

Kaiserkrone, sondern die Niederwerfung der Märzrevolution in Preußens Hauptstadt im März selbst und die Mediatisirung derjenigen Staaten gemeint, welche Preußen dann aus der Revolution gerettet hätte — und daß andererseits dieses Ziel auf Wegen zu erreichen versucht worden ist, welche zu demselben nicht führen konnten. Aber man wird bei allen Bestrebungen Preußens in dieser Beziehung anerkennen müssen, daß sie von dem Bewußtsein dieses Berufes geleitet waren. Diesen Beruf hat es auch in diesem Augenblick nicht aus den Augen verloren. Er ist das Gesetz seines Handelns. Preußen wird daher in eine neue Gestaltung Deutschlands nur willigen, wenn dieselbe diesen Beruf nicht gefährdet. Es wird zu den alten Formen zurückkehren, wenn auf diesem Wege allein die Rettung dieses Berufes zu finden wäre."

"Bei einer Neugestaltung Deutschlands handelt es sich wesentlich um die Frage des Eintritts der Gesammtmonarchie Oesterreich."

"Man wird nicht außer Acht lassen können, daß durch diesen Eintritt die deutsche Natur des Bundes von 1815 wesentlich alterirt wird, und wenn daher Preußen in diesen Eintritt willigen soll, so wird es danach streben müssen, gegen die für die Entwickelung des deutschen Lebens in demselben liegende Gefahr eine sichere Abwehr zu erhalten."

"Von diesen und nur von diesen Gedanken geleitet, verlangt die preußische Regierung die Parität mit Oesterreich und ihre materielle und formelle Durchführung bis in das Einzelne."

"Oesterreich setzt diesem Verlangen entgegen, daß es in der Präsidialfrage deshalb sein Recht wenigstens einseitig aufzugeben nicht vermöge, weil der Vorsitz im Bunde ihm früher aufgedrängt worden sei, und weil es denselben daher als eine Pflicht betrachten müsse, der es sich fortdauernd so lange zu unterziehen habe, bis sämmtliche Bundesgenossen in eine Aenderung dieses Verhältnisses gewilligt hätten. Diese Entgegnung aber entbehrt in der Voraussetzung, auf der sie beruht, jedes stichhaltigen Grundes. Denn es ist Oesterreich niemals der Vorsitz im deutschen Bunde zugestanden oder gar aufgedrängt worden, sondern vielmehr nur der Vorsitz in der Bundesversammlung als einem Organe des deutschen Bundes, und es ist, wie aus der bekannten Erklärung Oesterreichs im Jahre 1816 hervorgeht, diese alleinige Bedeutung des Vorsitzes ausdrücklich und zu wiederholten Malen anerkannt worden. Preußen wird gegen einen Vorsitz in der alten Bundesversammlung natürlich auch jetzt nichts zu erinnern haben, und wenn man nicht mit Unrecht behauptet, daß Oesterreich diesen Vorsitz vielfach gemißbraucht hat, so werden doch die Wachsamkeit Preußens und seiner Verbündeten ebenso, wie die gänzlich veränderten Verhältnisse der Gegenwart dazu beitragen, die Gefahr dieses Mißbrauchs zu

verringern. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß wenn jetzt bei einer Neugestaltung des Bundes von 1815, der, wie schon oben bemerkt, durch den Eintritt der Gesammtstaaten Oesterreichs zu einer mitteleuropäischen Koalition werden würde, Oesterreich ein wirkliches Präsidium zugestanden werden sollte, hiermit Preußen auf das Niveau der übrigen Königreiche herabgedrückt und hiermit verhindert werden könnte, seinem oben ausgesprochenen Berufe ferner nachzukommen. Räumt man hingegen die Parität ein, und ist diese Parität nicht blos das Zugeständniß einer Phrase, sondern wird sie thatsächlich hergestellt, sowohl durch den alternirenden Vorsitz, als durch eine getheilte und sich gegenseitig kontrollirende Geschäftsführung, durch die Ernennung der Hälfte der Beamten, der Gesandten u. s. w., durch die Disciplinargewalt über dieselben, so wird allerdings Preußen in der Lage sein können, ein bedeutendes Gegengewicht gegen ein Ueberwiegen Oesterreichs und seiner möglicherweise außerdeutschen Politik in die Wagschale zu legen."

„Aus der mehr erwähnten Schrift wird man ersehen, daß allerdings Preußen in Warschau erklärt hatte, sich dem Eintritte Gesammt-Oesterreichs nicht zu widersetzen; aber die sechs Punkte, von denen dieser Eintritt der eine war, bildeten ein unzertrennliches Ganze, und in einer Note des Freiherrn v. Manteuffel vom 3. November ist ausdrücklich hervorgehoben worden, daß Preußen sich in der Voraussetzung an die warschauer Zugeständnisse gebunden halte, daß über die noch streitigen Punkte eine geeignete Verständigung stattfinde. Trifft diese Voraussetzung nicht zu, so ist natürlich Preußen in der Lage, auch sein Zugeständniß nicht erfüllen zu dürfen. Da es aber unleugbar ist, wie weder Preußen noch Oesterreich für sich allein im Stande ist, eine Neugestaltung Deutschlands wider den Willen der andern Macht durchzusetzen, so würde eben, wenn jene Verständigung nicht erfolgt, nichts übrig bleiben, als die Rückkehr zu den alten Formen der Bundesverfassung."

„Man wird nicht behaupten dürfen, daß diese Rückkehr etwas absolut Gutes sei, aber man wird nicht umhin können anzuerkennen, daß es unter diesen Umständen das relativ Beste wäre. Denn die Frage steht dann wesentlich so, ob Preußen vorzieht, das nationale Element, also den Inhalt des Bundes, ganz aufzugeben, oder aber, ob es zur Rettung dieses Inhalts sich lieber wieder zu einer, wenn auch unvollkommenen und unbefriedigenden Form entschließen will."

„Auch läßt sich nicht in Abrede stellen, daß allerdings nach den Vorgängen der Jahre 1849 und 1850, in denen die preußische Regierung, in einem unleugbaren Widerspruch befangen, den Bestand der Bundesverfassung verneinte, während sie die Existenz des Bundes zugab, mehrfach der alte Bundestag desavouirt worden ist, und daß daher in der Rückkehr zu demselben der Schein eines neuen Widerspruchs liegt."

„Aber die preußische Regierung erachtet auch heute noch, daß durch den Be-

schluß vom 12. Juli 1848 die Bundesversammlung sich selbst aufgehoben hat. Es war dieser Beschluß und mußte dieser Beschluß nach den Grundgesetzen des Bundes ein einstimmiger sein; er kann aber wie jeder andere Beschluß durch den einmüthigen Willen aller deutschen Regierungen wieder aufgehoben werden. Die Staaten, welche bereits den Bundestag beschickten, haben ihre Stimme in dieser Beziehung abgegeben, und wenn jetzt Preußen mit allen seinen Verbündeten erklären sollte, daß es ebenfalls nach Frankfurt gehe und die Bundesversammlung wieder anerkenne, so ist in der That ein einstimmiger Beschluß einstimmig wieder aufgehoben und vollständig paralysirt worden.

Es dürften dieses die wesentlichen Grundzüge der gegenwärtigen Lage dieser Frage und ihrer möglichen Eventualitäten sein, und es ist nicht daran zu zweifeln, daß es Ihrer anerkannten Geschicklichkeit gelingen wird, diese nur angedeuteten Punkte näher auszuführen und in einer der preußischen Politik zusagenden Weise zu besprechen.

Es wird ferner eine sehr gerechtfertigte und im Interesse der Regierung selbst liegende Forderung der konservativen Presse sein dürfen, daß, wenn die Eventualität eintreten sollte, daß Preußen zum alten Bundestag zurückkehrt, es mit dem ganzen Aufgebot seiner moralischen Kraft und der Intelligenz seiner Vertreter dahin wirke, daß die alte Form wenigstens von einem neuen Geiste belebt und der frühere zum Nachtheil Preußens überwiegende österreichische Einfluß hierdurch paralysirt werde. Die dann in voller Kraft wieder bestehende Bundesverfassung giebt aber Preußen ein sehr weites Feld seines Handelns in dieser Beziehung. Preußen wird es vollkommen in seiner Hand haben, zu verhindern, daß etwa wieder der Bundestag nichts anderes sei, als ein Organ für Polizeigesetze, und es wird namentlich verhindern können, daß auf seine innere Entwickelung von Seiten des Bundes irgend ein nachtheiliger Einfluß ausgeübt werde. Geht es aber in dieser inneren Entwickelung auf konservativen Basen mit Entschiedenheit und Kraft vorwärts, so wird es immer mehr befähigt und geeignet werden, seinen Beruf, an der Spitze Deutschlands zu stehen, zu erfüllen, und man wird, nachdem man auf jeden Gewinn von der Revolution verzichtet hat, einen besseren Gewinn viel langsamer, aber um so sicherer, auf dem Wege einer legalen Entwickelung erreichen.

Die Hoffnung auf eine solche befriedigende Entwickelung unserer Verhältnisse kann am wenigsten in einem Augenblick aufgegeben werden, in welchem eine unter den ungünstigsten Verhältnissen zusammengetretene Volksvertretung in der mit eminenter Majorität erfolgten Verwerfung des bekannten Vinckeschen Antrages den Beweis lieferte, daß sie erkannt habe, wie der

Mißbrauch parlamentarischer Macht und parlamentarischer Freiheit nur zum Nachtheil derselben ausschlage, und wie vielmehr sich die Kammer bereit erklären müsse, durch ein kräftiges und inniges Zusammenwirken mit der Regierung Seiner Majestät den Beweis zu liefern, daß Preußen „auch unter den Formen seiner neuen Verfassung stark sei — durch Eintracht.“

„Das österr. Kabinet hat die kürzlich in einer Note des Herrn von Manteuffel gestellten Anforderungen in der eben eingegangenen Antwort übrigens durchaus noch nicht abgelehnt, sondern vielmehr einen Aufschub der Paritätsfrage bis nach Einsetzung der neuen Centralgewalt verlangt, dann aber die Unterstützung der preußischen Forderungen seinerseits zugesagt. Die preußische Regierung glaubt indeß, wie man hört, auf diesen Aufschub nicht eingehen zu können, sondern die Lösung dieser Präsidialfrage als einen integrirenden Theil einer Neugestaltung Deutschlands betrachten zu müssen. Diese Auffassung dürfte auch auf den ungetheilten Beifall der konservativen Partei zu rechnen haben.“

„Ob nunmehr das österreichische Kabinet einem neuen Projecte Preußens, welches eine Centralgewalt vorschlägt, in der die Parität in geeigneter Weise durchgeführt und Preußen vor einem überwiegenden Einfluß der Oesterreich enger verbündeten Königreiche gesichert ist, seine Zustimmung geben oder versagen wird, steht dahin. Es fehlt indeß unter Staatsmännern, welche diesen Dingen sehr nahe stehen und von deren lebhaftestem Interesse an Preußen und Deutschland man sich überzeugt halten darf, auch an solchen nicht, die den letztern Fall, unter allen Umständen, als den glücklichsten für uns betrachten, weil sie meinen, daß der Eintritt Gesammt-Oesterreichs in den deutschen Bund mit zu überwiegenden Nachtheilen verknüpft sei, als daß er jemals ausgeglichen werden könne.“

„So wenig es nun einerseits in Abrede zu stellen sein wird, daß unter diesen Umständen in der Rückkehr zum alten Bundestage der Beweis von einer nicht unbedeutenden Differenz zwischen dem österr. und preuß. Kabinet liegen würde, und so sehr es die Aufgabe einer patriotischen Presse sein wird, nachzuweisen, daß in diesem Streite das Recht durchaus auf Seiten des preuß. Kabinettes ist, so dürfte doch bei der Behandlung dieser Frage in der Presse, im Interesse der Sache, zweierlei zu vermeiden sein. Einmal, daß man die Natur der jetzt obschwebenden Differenz mit derjenigen verwechselt, welche vor der Olmützer Konvention stattfand. Die äußere Eintracht in Deutschland, welche durch die letztere angebahnt und ohne welche an die Herstellung einer aufrichtig inneren Eintracht und Einigkeit nicht zu denken war, ist durch die schwebenden Differenzen nicht gefährdet, ja es ist sogar kaum einem Zweifel unterworfen, daß — diese Differenzen mögen einen Ausgang nehmen, welchen sie wollen — diese beiden Kabinette Gefahren, welche

von Außen oder von Innen Deutschland drohen sollten, mit gemeinsamer Kraft und dem Nachdrucke dieser Gemeinsamkeit zu begegnen suchen würden. Auch jetzt hat die in der deutschen Verfassungsfrage obwaltende Verschiedenheit der Ansichten auf die Regulirung der holsteinschen und der kurhessischen Angelegenheiten keinen Einfluß. Während die Erledigung der ersteren in den jüngsten Tagen auch durch die Absendung zweier Kommissarien*) zu den Vorarbeiten für die Grenzregulirung gefördert ist, wird der Staatsminister a. D., v. Uhden, sich den 10. d. M. nach Kassel begeben, um gemeinsam mit dem österreichischen Kommissar gewissermaßen die Instruction des zwischen dem Landesherrn und den Unterthanen schwebenden Prozesses vorzunehmen und die gesammelten Materialien der Gesammtheit der deutschen Regierungen zur Entscheidung der Sache zu unterbreiten. Wer von dieser Entscheidung etwa eine Verherrlichung der Herren Bayrhofer und Konsorten hoffen sollte, würde sich allerdings ebenso getäuscht finden, als derjenige, der von ihr fürchtet, daß sie alles Recht auf Seiten des Landesherrn oder seines Ministeriums und alles Unrecht auf Seiten der Stände suchen werde. Es ist nicht zu bezweifeln, daß namentlich von Seite Preußens auf eine Entscheidung jener Frage und eine Reorganisation der dortigen Zustände gedrungen werden wird, wie sie einem nicht contrerevolutionairen, sondern einem wahrhaft conservativen Interesse angemessen ist."

„Eine Besprechung der zwischen Oesterreich und Preußen obschwebenden Differenzen dürfte aber auch in ihrer Form den bittern und gehässigen Charakter zu vermeiden haben, welcher eine frühere Polemik in einem leider so bedauerlichen Grade ausgezeichnet hat."

„Bitterkeit, Gehässigkeit, ein herausfordernder, schmähender Ton werden einmal sicher auf das österreichische Kabinet nicht die Wirkung üben, welche eine bei aller Entschiedenheit versöhnliche und würdige Haltung der Presse haben könnte, anderseits wird man aber mit solchen Mitteln, die immer das Bewußtsein einer gewissen Schwäche der eigenen Sache verrathen, in dem Publikum selbst nur nachtheilig wirken und zur Beförderung einer fortdauernden Gereiztheit beitragen, von welcher segensreiche Früchte sich nicht erwarten lassen."

„Indem ich für heute diese, wie ich wiederhole, in der vorliegenden Fassung nicht für den Druck, sondern nur zur geneigten persönlichen Information bestimmten Mittheilungen schließe, benutze ich die Gelegenheit, Sie meiner besonderen Hochachtung zu versichern und Ihrem Wirken in jeder Beziehung den besten Erfolg zu wünschen."

Berlin, den 9. März.

Dr. R. Quehl.

*) Preußischer Seits ist hiermit der Oberst Schmidt vom großen Generalstabe beauftragt und bereits abgereist.

VI.

Wir lassen hier zunächst einige Anmerkungen folgen.

Aus dem Eingange des Rundschreibens ergiebt sich zum Ueberfluß, daß die Sache ihrer Natur nach ganz geheim betrieben wurde.

Das Rundschreiben wurde nur den Redacteurs und „Publicisten" der konservativen Partei mitgetheilt.

Allein „konservative Partei" war ein weiter schwankender Begriff. Die Mittheilung erging auch in die nichtpreußischen deutschen Staaten, und da gab es konservative Redacteurs und Publicisten, die nicht zugleich kleindeutsch Gesinnte, oder um des Ausdrucks der Publicisten des Centralpreßbüreaus zu gebrauchen, „preußenfreundlich" sondern umgekehrt „preußenfeindlich" waren.

Das Rundschreiben mußte später oder früher auch an Nichteinverstandene mitgetheilt werden, solche Nichteinverstandene mit welchen muthmaßlich fertig zu werden war, weil es galt sie zu gewinnen, in die abneigenden Blätter hineinzudringen, wie denn auch Herr Duehl Adressaten voraussetzt, denen seine Mittheilungen vielleicht doch nicht willkommen sein würden und bei denen er auf einen „geeigneten Gebrauch" nicht rechnen durfte.

Jemehr man wünschte, Zugang bei möglichst Vielen und möglichst rasch sich zu verschaffen, desto mehr wurde man auch darauf hingeleitet, nicht gar zu ängstlich, rückhaltend, bescheiden vorzugehen, sondern vielmehr mit edler Dreistigkeit auch an mancher Thür anzuklopfen, wo eben kein zuvorkommender Empfang zu erwarten war. Dabei kam etwas Begünstigendes sehr zu Hülfe. Man konnte auch um so eher darauf kommen, auch sich leicht sehr weit darin leiten lassen, da diese preußischen Publicisten einmal mit einer so starken Dosis von Selbstgefälligkeit und Dreistigkeit gesegnet sind, und da in unzähligen Fällen die Preußen und preußischen Politiker, welche von dem Glauben an den „deutschen Beruf" Preußens durchdrungen sind, jenen Männern gleichen, welche wähnen, jedes Frauenzimmer auf das sie ihre Blicke werfen, sei in sie verliebt, und im sichern Gefühle ihrer Liebenswürdigkeit, Unwiderstehlichkeit und Sieghaftigkeit werben, Anträge machen, Anträge wiederholen, ihre Absichten ausplaudern, wo jeder ordinär kluge Mann zurückhalten würde. Jene preußischen Politiker vermeinen steif und fest, ja sie wissen es gar nicht anders, als daß Preußen das Recht, die Aufgabe und die gewisse

Aussicht habe, Deutschland zu nehmen, und eben so fix ist der Glaube an den preußischen Beruf Deutschlands und die Einbildung bei ihnen, daß dieses die Aufgabe habe und voll des Verlangens sei, sich nehmen zu lassen. Alle Welt wußte, daß man da und da wie immer ganz „großdeutsch" war, in den vordersten Reihen des Kampfes gegen Frankfurter Kaiserthum und Erfurter Union gestanden hatte, und den Kampf gegen die Epigonen Kleindeutschlands fortsetzte: — das Centralpreßbüreau kam dennoch und klopfte an, kam, sah wie die Sachen standen, — und präsentirte mit der unbefangensten Miene von der Welt das Rundschreiben des Herrn Quehl.

Gelangte nun letzteres an eine Zahl von Nichteinverstandenen, so kann man sich darüber nach dem Allen nicht wundern. Aber sehr merkwürdig ist der Umstand, daß es trotzdem geheim blieb. Wenn es Widersachern der „deutschen Politik Preußens", und die das Verderben Deutschlands in dessen ersten und letzten hegemonischen Anläufen erblickten, angedrungen wurde, so war die für sie darin liegende Zumuthung mehr als stark, sich herzugeben bei fortgesetztem planmäßigem Verfolgen jener Politik dienstbar mitzuwirken, mitzuhelfen zur Erneuerung des eben beseitigten, zum dritten Male allerkläglichst gescheiterten Projectes der preußischen großen oder kleinen Vergrößerung, sich einzulassen in einen politischen, jedoch — denn er mußte ihnen so erscheinen — höchst unpolitischen Plan, in eine politische Intrigue für Preußen. Denn es ist anzunehmen, daß sie den letzteren in der Art und Weise, wie er nach der an sie ergangenen Aufforderung betrieben werden sollte, als eine solche ansahen. Sie mochten leicht in solcher Zumuthung eine Beleidigung, eine Insolenz und eine Lächerlichkeit und Dummheit zugleich erblicken und zu Ertheilung einer empfindlichen Lection sich gereizt fühlen. Etwa eben so stark war es, wenn ihnen angesonnen wurde, Stillschweigen über ein Dokument zu beobachten, durch dessen ungeforderte Mittheilung sie unfreiwillig in einen Geheimplan eingeweiht worden, der ihnen nach ihrem Standpunkte unfehlbar als gleich unklug, rechtswidrig und gefährlich und — ihnen den „Konservativen" — revolutionär erschien. Die Mittheilung an sie war auf Grund eines so widersinnigen Vertrauens und so verletzender, ja unerhörter Voraussetzungen erfolgt, daß sie zu der beanspruchten Discretion um so weniger sich verpflichtet achten konnten. Allein wenn sie etwas gethan haben, so haben sie sich darauf beschränkt, zu sagen, daß

die preußische hegemonische Politik erneuert und fortgesetzt, mit Absicht fortgesetzt werde, oder sie haben sich begnügt bei einzelnen Anlässen — z. B. während der Verhandlungen über den österreichisch-deutschen Zollverband — gewisse preußische Maßregeln, Schritte oder Auslassungen auf die Tendenzen jener Politik zurückzuführen. Diese wurde dann hin und her in den preußischen und preußisch-influirten Blättern beflissen und dreist verläugnet und die Mitwissenden wurden darin als politische Narren oder Träumer, als Feinde, Hasser und Verläumder Preußens und als Störer des Friedens und der deutschen Einigkeit, die Preußen suche, verschrieen. Sie haben dennoch geschwiegen. Man muß bekennen, das Centralpreßbureau kann sich über Mangel an Discretion nicht beklagen, Herr Quehl hat seine Maßregeln gut getroffen, er und seine Auftraggeber haben Glück gehabt bei der Sache.

VII.

Der Zweck bedingte die Absicht, möglichst viele Blätter in die Verbindung und den Einfluß des Centralpreßbureaus hereinzuziehen. Zum Ueberfluß wird ausdrücklich gesagt, die Mittheilungen aus demselben sollten nur anfänglich für einen engeren Kreis erfolgen. Man ersieht, das Centralpreßbureau sollte dadurch wirksam werden, daß es die Blätter, welche sich unter seine Influenz stellen wollten, mit „Material" versorgte, d. h. ihnen politische Nachrichten, Expectorationen über die politischen Tagsvorgänge und Fragen u. dgl. und selbstverständlich das Alles zugeschnitten nach dem preußisch-gouvernementalen Maße gab, Pensums und Themas zur eigenen Besprechung aufgab und zugleich den Ton für die letztere angab. Es stellt der von ihm zu influirenden Tagspresse die weite umfassende Aufgabe, nach einem fest zu bestimmenden gemeinsamen Gesichtspunkte die Lage der deutschen Angelegenheiten aufzufassen und „die möglichen Eventualitäten vorzubereiten." Es ertheilt zunächst den erforderlichen Unterricht über jenen Gesichtspunkt, und exemplificirt seine Unterweisung durch eine dem Rundschreiben beiliegende Broschüre aus der Feder seines Dirigenten. Es schreibt und verbreitet also nicht bloß Zeitungsartikel, sondern auch besondre kleine Schriften, und dehnt damit seine Wirksamkeit noch weiter auf das Gebiet der politischen Literatur aus.

Zunächst und ganz wesentlich handelt es sich um die Gesichtspunkte, nach welchen zu wirken die „konservative und preußenfreundliche“ Presse aufgefordert und angeleitet wurde. Um hierbei zum vollen Verständniß und zur gehörigen Würdigung zu gelangen, muß man sich die politische Lage zur Zeit der Abfassung und Aussendung des Rundschreibens vergegenwärtigen.

Um sie vor Augen zu führen, bedienen wir uns der kurzen prägnanten Darstellung der kleinen Schrift von Bülau: „Das Jahr 1851.“ Sie folgt unter der Nummer VIII.

VIII.

„Das Jahr 1850 hatte über das Scheitern der Pläne entschieden, welche die deutsche Einheitsidee zu Gunsten der preußischen Hegemonie ausbeuten wollten. Sie waren gescheitert: äußerlich an dem, allem Anscheine nach auch von dem Ausland begünstigten Widerstand Oesterreichs und der deutschen Mittelstaaten; innerlich an der Unwahrheit einer Idee, welche, wie so viele in unserer Zeit, von den Seiten, die dabei zusammenwirken sollten, in ganz verschiedenem Lichte aufgefaßt wurde. Diejenigen deutschen Patrioten, welche die Einheit Deutschlands nur dadurch herstellen zu können glaubten, daß sie Preußen an die Spitze stellten, gingen dabei von der Annahme aus: Preußen solle in Deutschland aufgehen. Preußen dagegen — und wir machen ihm keinen Vorwurf daraus — wollte, „mit Wenigen oder Vielen,“ ein größeres Preußen, eine große norddeutsche Macht aufbauen. Deutschland sollte in Preußen aufgehen, und weil das für das ganze Deutschland unmöglich ist, so begnügte man sich mit der Hälfte, dem Drittheil, dem Viertheil, dem man aber immer noch den stolzen Namen des deutschen Reiches vindicirte. Dabei handelte es sich auch nicht um ein vollständiges Aufgehen, um eine volle Gemeinschaft aller Vortheile, Interessen, Verhältnisse; sondern man wollte sich mit einer Kette von Vasallenstaaten umringen, welche nur Preußen in alle dem dienen sollten, wozu es sie brauchen konnte. Das war ungefähr dasselbe Verhältniß, in welchem ungefähr dieselben Staaten, zu den Zeiten des Reichs, Jahrhunderte lang zu Oesterreich gestanden; nur daß Oesterreich bei Weitem nicht so vielartige Ansprüche an seine Vasallen zu machen veranlaßt war, als Preußen sein würde, und

die österreichische Hegemonie, sowohl wenn wir auf den alten Glanz des Kaiserhauses, als wenn wir auf den Character des österreichischen Volkes blicken, ungleich weniger drückend gewesen ist, als die preußische werden müßte.

„Jedenfalls lagen in dem Allen Widersprüche, und die verschiedenen Theile dachten sich bei dem zu begründenden Verhältnisse Verschiedenes und beabsichtigten Verschiedenes dabei. Eine Verwirklichung der großen deutschen Einheitsidee wäre es nie geworden, weil diese von Anbeginn an auf das „ganze Deutschland" berechnet war und die deutsche Macht erhöhen und erweitern, nicht schmälern und spalten sollte. Auch war es von Anbeginn an ein Zeugniß der Armuth und Schwäche, welches jene deutsche Patrioten der deutschen Einheitsidee ausstellten, wenn sie dieselbe nur dadurch verwirklichen zu können glaubten, daß sie den damals kräftigsten deutschen Staat an die Spitze stellten. Denn der wahre Probirstein der Kraft und Lebensfähigkeit jener Idee wäre es gewesen: wenn kein Theil so stark gewesen wäre, sich dem Ganzen nicht unterordnen zu müssen, sich demselben entziehen zu können, sobald nicht er an die Spitze kam. Und doch war der ganze Sinn und Grund jenes Planes: Preußen sollte an die Spitze gestellt werden, weil es sonst sich mit Erfolg geweigert haben würde, sich dem einigen Deutschland einzufügen, und weil man sonst Niemand gehabt haben würde, der etwaige weitere Weigernde zu zwingen im Stande gewesen wäre. Liegt es nicht auf der Hand, daß daraus nicht die deutsche, sondern nur eine preußische Macht werden konnte?

„Wie dem auch sei, Preußen selbst beschied sich zu Ende des Jahres 1850, daß dieser Gedanke gescheitert sei. Es gab ihn anscheinend auf; es verständigte sich mit Oesterreich; es entsagte seinem Widerspruch gegen den hergestellten Bundestag; es schien völlig bereit, mit Oesterreich an der raschen und kräftigen Befriedigung der gemeinsam gefühlten Bedürfnisse Deutschlands zu arbeiten. Gemeinsam beriefen beide Mächte die Dresdner Conferenzen; gemeinsam legten sie zweckmäßige Vorschläge und Entwürfe vor. Wer hätte zweifeln können, daß, wenn wirklich fester und einiger Wille da war, kein Widerspruch sich erhoben haben, viel weniger durchgedrungen sein würde?"

Wir fügen hinzu: Und wie unnennbar viel hing nun davon ab, daß das Eingeleitete mit festem, einigem, gutem Willen durchgeführt wurde!

Die deutschen Regierungen befanden sich, wenn sie wollten, in einer gleich würdigen wie glücklichen Lage. Sie hatten die kostbarste Gelegenheit, ihre früheren Versäumnisse und Sünden wiedereinzubringen und zu vergüten. Entgegen einem der landläufigsten, wirksamsten und stärksten Argumente zur Rechtfertigung der Theorie von der Volksallgewalt und der geübten Volksgewalt, lag es in ihrer Hand zu zeigen, daß sie einig sein könnten und wollten, daß sie zur Volksobern-Aufgabe befähigt wie berufen, daß sie und nur sie im Stande wären, Deutschland nach dem dringenden und anerkannten Bedürfniß in eine bessere Verfassung zu bringen. Ihr ganzes tief erschüttertes Ansehen konnten sie dadurch wiederherstellen. Es war in ihr Vermögen gestellt, das Räthsel der deutschen Frage, dessen Lösung vor Augen lag, aufzuschließen und damit Deutschland den Frieden zurückzugeben, der Nation zur Bedingung der Macht und Größe und jedes wahren Fortschrittes und Glückes zu verhelfen, die Revolution aufs Innerlichste und Völligste zu überwinden.

Welch ein böses Verhängniß mußte man aber umgekehrt darin erblicken und wie unabsehbar erschienen die gewissen traurigen Folgen, wenn die so günstige Situation nun abermals eine „verpaßte Gelegenheit" ergab.

Es kam vornämlich auf das Verhalten der beiden Großstaaten an. Preußen hatte sich unmächtig gezeigt, den Bund gänzlich zu zerstören, auf den Trümmern desselben seine Oberherrschaft in Deutschland zu errichten, ja nur seine Vergrößerung durch viele oder wenige Stücke desselben zu erreichen. Jedoch besaß es auch nach seiner Niederlage und Demüthigung noch immer große Macht zum Guten, große Macht zur Erneuerung Deutschlands mit Erneuerung seines Ansehens und Ruhmes. Gleichfalls besaß es große und noch größere, ja die völlige Macht, alles Eingeleitete zu vereiteln. Noch mehr, wenn es bloß nicht mithelfen wollte, so konnte nichts zu Stande kommen. Insofern hing Alles, hing das ganze Geschick Deutschlands in dem Momente verhängnißschwerer Bedeutung und Entscheidung von ihm ab, von der Politik, zu welcher es sich jetzt entschloß.

IX.

Welche war diese Politik?

Nach dem Rundschreiben der Direction des ministeriellen

Centralpreßbüreaus die alte und neue „deutsche Politik Preußens", wie sie von der Mitte des vorigen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts gewesen war, 1785, 1806 und 1849 in großen Versuchen der Durchführung erprobt und — neuerdings viel ungeschickter und mit viel unzulänglichern Mitteln betrieben, als zuerst im vergangenen Jahrhundert — eben jetzt und so zum dritten Male gescheitert war; die Politik, welche Deutschland zurückwies, Preußen selbst verurtheilte, verwarf, dahin fallen ließ, und die aufs Documentirteste und Deutlichste, in der unverdächtigsten weil preußenfreundlichen und für Preußen ganz einseitigen Darstellung von einem gläubigen Anhänger, dem berliner Professor Adolf Schmidt beschrieben, gepriesen und — freilich unbewußt und ganz wider die Absicht — als eine unlöbliche wie verlorene gekennzeichnet ist.

Daß es diese und keine andere war, kann nicht wohl zweifelhaft bleiben, wenn man, das Rundschreiben im Gedächtniß behaltend, der Darstellung Schmidt's sich erinnert. Sein erstes kleineres, dem noch mehr bekräftigenden größeren vorangegangenes Buch über den Gegenstand: „Preußens deutsche Politik; die Dreifürstenbünde 1785, 1806, 1849" erschien im März 1850. Vergegenwärtigen wir uns die Grundzüge der darin sich findenden Beschreibung dieser Politik.

Die Geschichte ist kein Register von Wünschen, Ansprüchen und Rechten.

Deutschland in allen seinen Parteien kann nur dem sich zuwenden, der nicht in Plänen, sondern in Thaten dem Ziele deutscher Einheit und Freiheit mit Kraft und Entschlossenheit zuschreitet.

Seit mehr denn einem Jahrhundert gewährt die Geschichte der deutschen Politik nur das Schauspiel des Ringens zwischen Preußen und Oesterreich um das Uebergewicht des Einflusses auf die deutschen Angelegenheiten. Oesterreich verfocht die Legitimität, Preußen vertrat die Opposition und suchte sein Anrecht in dem Wandel der Geschichte, die nur im Kampfe mit der Autorität zu ihrem Rechte gelangen kann. Der Gang der Geschichte hat Preußen seine Rolle angewiesen. Glück und Geschick hoben es empor, bis es zum Nebenbuhler Oesterreichs und der Reichsgewalt erstarkt war, und nunmehr beruhte das Ringen Beider um das Uebergewicht auf einer gleichen Nothwendigkeit. Schon der große Kurfürst und sein Nachfolger wandelte die Bahn der Selbstständigkeit und lehrte seine Völker die

eigne Kraft fühlen. Friedrich der Große verwandelte das Selbstgefühl der gesammelten Kraft zur schaffenden That.

Er wollte Preußen zu einer Macht überhaupt innerhalb des europäischen Staatensystems und zu einer deutschen Macht erheben.

Das Ziel konnte nur auf Kosten und daher nur im Kampfe mit Oesterreich erreicht werden — dem Kampfe des Werdenden mit dem Gewordenen.

Friedrich begann mit Eroberung, und behauptete dann seine Stellung, weil ihm dieß seine Ehre und die Ehre Preußens gebot.

Seine erste Absicht war, Oesterreichs materielle Macht zu schwächen und die eigne zu stärken. Deshalb unternahm er den ersten schlesischen Krieg. Seine zweite Absicht ging dahin, dem Hause Oesterreich die Reichsgewalt und das Kaiserthum ein für alle Mal zu entwinden und diese zu Gunsten Preußens zu verwenden. Ihr war vornämlich der zweite schlesische Krieg gewidmet.

Seitdem und länger wird es als die historische Aufgabe Preußens angesehen, Macht und Einfluß zu erweitern und auf die deutschen Angelegenheitn zu concentriren. Insoweit es ihr treu blieb, war daher auch die Richtung seiner Politik nicht eine zufällige, sondern eine innerlich gegebene, eine nothwendige.

Mit und nach dem schlesischen Ereigniß, das die beiden großen deutschen Staaten entzweite, unternahm es Friedrich, das deutsche Reich für immer umzugestalten. Mit dieser Absicht scheiterte er vollständig.

Hieran knüpfte sich die Krisis des preußischen Staats. Sie wurde siegreich bestanden. Friedrich behauptete und befestigte im siebenjährigen Kriege die deutsche Stellung Preußens.

Nachdem suchte er, auf die bloße Abwehr Oesterreichs zurückgedrängt, unter dieser Form Preußen das Uebergewicht zu verschaffen, was den Vortheil gewährte, daß er überall die bereitwilligste Unterstützung fand, während dem positiven Wollen bei jederzeit fertigem Mißtrauen die Sympathien sich leicht verschlossen hätten.

Die deutsche Politik Preußens war stets zunächst eine preußische und kann auch nur in dem Falle zu einer wahrhaft deutschen, d. h. zu einer nationalen werden, wenn Deutschland und Preußen in einander aufgehen. Es war ein preußisches

Interesse, nicht noch mehr deutsche Länder unter den österreichischen Einfluß kommen zu lassen. Daher konnte dem großen Könige der Gedanke, sich vom Reiche zu trennen, gar nicht kommen, daher mußte Preußen seine Theilnahme am Reiche nicht als seine Pflicht, sondern bloß als sein Recht betrachten, wodurch es sich die Möglichkeit erhielt, Oesterreich zu verhindern, Deutschland zu gewinnen und bei günstigen Conjuncturen selbst dies Ziel zu erreichen.

Zudem begriff es mehr und mehr, daß es mit Deutschland gleiche Interessen habe, weil nur beide gemeinsam ein staatliches Leben auf die Dauer zu behaupten vermögen, daß es daher selbst der Kraft des übrigen Deutschlands bedürfe und dieses mithin das Gebiet seiner eigenen Zukunft sein müsse. Deshalb mußte es in Deutschland als Glied des Reiches nun erst recht verharren, sich an die Spitze der kleineren Staaten stellen und als Haupt der reichsständischen Opposition gegen Oesterreich in die Schranken treten. Daher daß Friedrich — nachdem er zu Anfange theils gehandelt, wie wenn es gar keine Reichsverfassung gäbe, theils dieselbe über den Haufen zu werfen gesucht — späterhin so energisch der Kleineren sich annahm: nicht aus Schwärmerei für die Integrität des Reichssystems, sondern um ein Aufgehen seiner Bestandtheile in Oesterreich zu verhüten.

Ueber die Befolgung dieses Systems entwickelte sich bei Friedrich der Gedanke, eine enge und dauernde Verbindung Preußens und Deutschlands in Aussicht zu nehmen — der Gedanke des Fürstenbundes. Durch diesen Bund mit den mittleren und kleineren Staaten wollte sich der König, indem er die Erneuerung des Reichs verhinderte, welche der Kaiser betrieb, in raschem Anlauf an die Spitze der deutschen Angelegenheiten schwingen und diese Stellung dem preußischen Staate für die Zukunft verbürgen.

Dem Unternehmen standen manche Bedenken entgegen. Trotz aller Berufungen auf Paragraphen und Artikel, aller Versicherungen des Gegentheils, war es dem Rechte und der Reichsverfassung entgegen, ein Bund im Bunde und in der That nur danach angethan, den alten Reichsverband durch den neuen zu lockern und zu zerreiben, die Suprematie von Oesterreich zu Preußen herüberzuleiten. Doch beim Könige wogen die Thatsachen und die Zukunft schwerer, als die Bedenklichkeiten und Gegenwart und

Vergangenheit. Sowol Gründe der Staatsklugheit und des eigenen Vortheils als auch Würde, Ehre, Pflicht und deutscher Patriotismus schienen ihm das Vorschreiten zu gebieten. Er brachte den ersten Dreifürstenbund 1785 zu Stande, der zunächst zwischen Preußen, Sachsen und Hannover geschlossen wurde, nach seinem eigentlichen Wesen ein Schutz- und Trutzbündniß gegen Oesterreich, eine Oppositionsverbindung gegen die Kaiser aus diesem Hause zur Organisation eines gemeinsamen systematischen Widerstandes gegen Alles und Jedes, zur Aufrechthaltung des Besitzstandes der Staaten und Fürsten und zu dem tiefsten und eigentlichsten Zwecke, unter dem Vorgeben, die Reichsverfassung aufrecht halten zu wollen, den Bund an die Stelle des Reiches zu setzen, Deutschland unter preußischer Leitung neu zu constituiren. Jedoch bezweckte Friedrich keine Vergrößerung Preußens, keine Verdrängung der Fürsten, sondern erschwerte es vielmehr sich und seinen Nachkommen, Unrecht zu üben. Denn während er die Suprematie Preußens begründen wollte, war er einer unbegrenzten Unterordnung der Mitstände entgegen.

Unmittelbar nach dem Abschluß des Bündnisses bemühete er sich, Militärconventionen ins Leben zu rufen.

In der Literatur waltete große Regsamkeit, die deutsche Politik Preußens zu empfehlen und zu vertheidigen, darzulegen, daß sie die deutsche Verfassung verbessere, den Vorwurf abzuwenden, daß sie dieselbe zerstöre, und den Beweis zu führen, daß sie auf den deutschen Beruf Preußens sich gründe, welches die gemeine Sache des zu größerer Freiheit und Einheit heranzuleitenden Vaterlandes, die Sache der Nation, führe.

Indeß blieb die Hoffnung, daß der Fürstenbund eine folgenreiche Epoche neubelebter Vaterlandsliebe begründen werde, unerfüllt. Schon 1788 mußte man eingestehen, daß die Erwartungen Deutschlands von demselben gänzlich getäuscht worden seien. Friedrich starb 1786. Sein Nachfolger besaß nicht einmal die Selbständigkeit und Kraft, die Früchte ernten zu wollen. Vergebens erwartete man von ihm, er werde die Union stärken, auf dem angenommenen Systeme beharren, und wenn der guten Sache die Mittel der Gewalt nöthig würden, unerschütterlichen Muth bezeigen.

Das mit dem Baseler Frieden beginnende Jahrzehend der preußischen Neutralität trug in Betreff der deutschen

Verhältnisse keine Früchte. Friedrichs deutsche Politik schlummerte bis 1806, obschon sich die preußische Politik in dem begründeten Gegensatze gegen Oestreich, schaukelnd, unglücklich, ruhmlos fortbewegte und in der Literatur lebhaft gespornt wurde.

Es kam die Zeit des Rheinbundes, die Auflösung des deutschen Reichs.

Als Franz II. die Kaiserwürde niederlegte, konnte das Reich noch in seinen Ueberresten zusammengehalten werden und schien für diese das Recht gegeben zu sein, auch ohne die fernere Theilnahme Oesterreichs die deutsche Kaiserwürde zu erhalten oder zu erneuern.

Preußen ergriff diese Gelegenheit, jene Reste an sich zu ziehen. Noch hatte Oesterreich der Kaiserwürde nicht entsagt, als es die Einleitungen traf, um sie an sich zu bringen. Schon im Juli 1805 war das Kabinet eifrig mit dem Plane beschäftigt, einen norddeutschen Bund und eine norddeutsche Verfassung ins Leben zu rufen, vermöge deren der König den Kaisertitel annehmen und als Oberhaupt des Bundes alle bisherigen Vorrechte des deutschen Kaisers erhalten sollte.

Die Dynastie war also auch jetzt der deutschen Politik Friedrichs des Großen eingedenk und erkannte es als ihren Beruf, in derselben Richtung fortzustreben. Darin, wenn auch nicht über die Mittel und Wege, waren alle ihre Glieder einverstanden. Ebenso waren alle preußische Staatsmänner auf die Vermehrung der preußischen Macht und ihres Einflusses bedacht, die Stein und Hardenberg, nicht minder Haugwitz, der nur falsche Mittel wählte und arm an Entschlüssen und Thaten war.

Schon 1805 erging von Seiten Frankreichs an den König eine bestimmte Aufforderung zur Annahme der Kaiserkrone. Sie wurde aus Mißtrauen gegen die Bestrebungen Napoleons I. abgelehnt. Auch bezog sich die Aufforderung nicht auf Deutschland, sondern bloß auf den Kaisertitel.

Unmittelbar nach der Stiftung des Rheinbundes folgte durch Talleyrand die Aufforderung, daß sich der König als Kaiser an die Spitze eines norddeutschen Bundes stellen möge. Der König ging in einer Art von Begeisterung oder Leidenschaft, in einem Freudentaumel darauf ein. Offizielle Schreiben entsprachen seinen warmen mündlichen Betheuerungen, daß er sich als Bundesgenossen Frankreichs und den persönlichen Freund des Kaisers

Napoleon ansehe und als solcher eifrig zu Allem beitragen werde, was dessen Dynastie befestigen könne.

Seine Freude galt nicht der Neuheit des Preußen längst geläufigen Gedankens, der nach den Geboten der Ehre, der Pflicht und des Rechtes auch von Innen heraus hätte zur Reife kommen müssen, sondern der Erwartung, von Seiten Frankreichs wenigstens keinen Hindernissen zu begegnen. Er rechnete nicht auf Napoleons aufrichtige Unterstützung, er war argwöhnischer und erbitterter gegen ihn als je, sondern im Bewußtsein des deutschen Berufs Preußens ging er mit Eifer an die Sache. Den wiederholten Antrag, die Kaiserwürde an sein Haus zu bringen, lehnte er aus Zartgefühl und aus Rücksicht gegen Oesterreich ab. Doch war die Kaiserfrage damit keineswegs erledigt. Das preußische Kabinet legte vielmehr einen besonderen Nachdruck auf die Kaiserwürde und der Anspruch darauf bildete einen Hauptgegenstand der Unterhandlungen, in welchen dann nicht mehr von zarter Rücksicht auf Oesterreich die Rede war.

Die französischen Anerbietungen waren nur eine Lockspeise gewesen, um von Preußen die sofortige Anerkennung des Rheinbundes zu erhalten, der auch ohne Rückhalt anerkannt wurde, jedoch mit der Bedingung der Nichtbehinderung des norddeutschen Bundes.

Ueber diesen wurde zunächst mit Sachsen und Kurhessen verhandelt, nach der Einverleibung Hannovers in den preußischen Staatsverband den vornehmsten Gliedern des noch übrigen Reichslandes. Es kam zu Entwürfen, zu vorläufigen Uebereinkünften. Allein man entdeckte, daß Napoleon mit England über die Rückgabe Hannovers unterhandle. Die Sorge, einen Besitz, welchem man so bedeutende Opfer gebracht, gegen dessen Ergreifung anfänglich von Manchen so große nur mühsam überwundene Bedenken geäußert worden, dessen Festhaltung jetzt aber Allen als unbedingte Nothwendigkeit erschien — die Sorge, diese geschichtliche Errungenschaft wieder einzubüßen, spornte den Eifer, den norddeutschen Bund sammt Militärconventionen zu Stande zu bringen. Schließlich aber zerschlug sich das Ganze. Sachsen und Kurhessen waren nicht sehr geneigt, schützten Rücksicht auf die Rechte der Mitfürsten vor, es kam an den Tag, daß Frankreich nur zu seinen Zwecken Preußen zu benutzen dachte. Napoleon verhinderte durch seine Intriguen den Abschluß. Die Fürsten-

bundsangelegenheit ergab nur einen der Factoren des Zerwürfnisses mit Frankreich, deren andrer die hannoversche Angelegenheit war. Der Schmerz des Königs kannte keine Grenzen mehr, als er die Gewißheit erhielt, daß ihm Hannover wieder entrissen werden sollte, die Erbitterung erreichte den höchsten Grad, und so kam aus den deutschen Bestrebungen Preußens zur Zeit des zweiten Dreifürstenbundes nicht die Erhebung Preußens zum wenigsten an die Spitze von Norddeutschland, sondern der Bruch mit Frankreich und Preußens Verringerung und allertiefste Erniedrigung.

Vielleicht hätte ein rechtzeitiges Bündniß mit England und zumal mit Oesterreich noch retten können. Aber Preußen, über seine Macht und Kräfte in völligem Irrthum befangen, traute sich noch immer zu, für sich allein den Sieg zu gewinnen, und konnte sich, so lange diese Zuversicht bei ihm währte, nicht entschließen, Hannover aufzugeben, dem norddeutschen Bunde zu entsagen, auf welchem es im Manifest wie im Ultimatum beharrte; es hätte, mit Hülfe Oesterreichs siegend, die Früchte des Sieges mit diesem theilen, mit ihm gemeinsam die Zukunft Deutschlands gestalten müssen, während es, als alleiniger Befreier Deutschlands, das Recht sich zuschreiben durfte, das ganze Deutschland mit Ausschluß Oesterreichs unter dem preußischen Protectorate zu vereinigen. Als es sich in der zwölften Stunde entschloß die Unterstützung Oesterreichs nachzusuchen, war es zu spät. Auch Haugwitz' zu durchsichtige Versicherung, den Plan des Nordbundes nie ernstlich gehegt, sondern nur vorgeschoben zu haben, um Zeit zu gewinnen, half nicht mehr. Vergebens waren die neuen Pläne und Verhandlungen, wonach Preußen das deutsche Protectorat mit Oesterreich theilen, das selbstsüchtige undeutsche Baiern „die Zeche bezahlen" sollte, wie Haugwitz schrieb. Die preußische Politik gerieth in eine grenzenlose Unentschiedenheit. Man konnte sich um so weniger mit Oesterreich einigen, da bei diesem das Mißtrauen und die Bitterkeit, die sich im Rivalitätskampfe erzeugt und fortgepflanzt hatten, zu hinderlich einwirkten, als ihm endlich von preußischer Seite gesagt wurde, die trennenden Rivalitäten seien jetzt unter den Trümmern des deutschen Reiches begraben und es gebe für Beide nur Eine große Pflicht, sich zu vereinigen und vereint zu den Waffen zu greifen. Die Krisis trat unaufhaltsam ein.

X.

Da es noch in frischem Gedächtniß ist, wie die „deutsche Politik Preußens" seit 1822 wieder mit Methode verfolgt wurde, 1847 einen neuen Aufschwung nahm, 1849 zum dritten Dreifürstenbündniß führte, und wie abermals nicht die Erhebung Preußens kein Heil für dieses selbst und keins für Deutschland, sondern nur eine Unsumme von Verdruß und Schaden für Alle und namentlich jene in der neuesten Krisis Deutschlands so unsäglich bös wirkende Mehrung und Schärfung insbesondere der eigenen preußischen Reizbarkeit, überhaupt des Mißtrauens und Neides, der Eifersucht und Bitterkeit zwischen Oesterreich und Preußen, zwischen den deutschen Staaten, Höfen und Stämmen daraus folgte: so können wir übergehen, was der berliner Professor darüber sagt, der trotz alle- und alledem das Bekenntniß seines Glaubens an das preußische Anrecht und den Beruf Preußens auch am Schlusse wiederholt. *)

Vergleicht man die deutsche Politik Preußens von 1785 und 1806, wie er sie beschreibt, und von 1849, wie wir sie erlebt haben, mit derjenigen, welche das Rundschreiben des Centralpreß-

---

*) Doch mögen in einer Anmerkung noch ein paar Sätze seiner Schlußdarstellung hervorgehoben werden, die folgenden:

Der Dreifürstenbund von 1849 stellt den dritten Anlauf dar, den die Kabinetspolitik Preußens nahm, um sich an die Spitze Deutschlands zu schwingen, Preußen und Deutschland in einander aufgehen zu assen.

An diesem Werke der Einigung unabläßig zu arbeiten, galt seit mehr denn einem Jahrhundert als die unverkennbare Aufgabe des preußischen Staats. Sein Anrecht dazu war kein juridisches, sondern ein geschichtliches.

In der bewußten Durchführung dieser geschichtlichen Rolle liegt Preußens innerer Beruf. In der Anerkennung dieser Aufgabe von Seiten des übrigen Deutschlands liegt die vorzüglichste Bedingung des äußeren Erfolgs.

Die Einheit kann nur erreicht werden, wenn bei Preußen das Bewußtsein der Macht und bei Deutschland das des Bedürfnisses waltet.

Es gibt aber keine andere Macht als die thatsächliche, die geschichtlich gewordene. Der bloße Wunsch vermag weder eine neue Macht hervorzuzaubern, noch eine alternde zu verjüngen, noch die schwache in eine starke, oder gar Pygmäen in Giganten zu verwandeln.

büreaus als die des preußischen Cabinets im März 1851 bezeichnet und auseinanderlegt, so kann die genaue Uebereinstimmung nicht entgehen. Das Rundschreiben zielt also dahin, die gesammte „conservative und preußenfreundliche" Presse für das Unternehmen aufzubringen, die soeben zum dritten Male gescheiterte und officiell aufgegebene preußische Politik mit aller Kraft und Beflissenheit zu erneuern, zu ventiliren, zu propagiren — das Dogma fortzupflanzen, daß es Preußens Recht und Beruf sei, wo möglich das ganze nichtösterreichische Deutschland zu gewinnen oder doch sich in demselben zu vergrößern, und daß das Wachsen Preußens die deutsche Einheit sei, welche die Nation will — der Nation diesen Willen einzureden, bei ihr das Bewußtsein, des Aufgehens in Preußen zu bedürfen, und bei Preußen den Glauben an seine Macht zur Durchsetzung seiner Wünsche zu stärken.

Freilich entgeht dem Rundschreiber nicht, daß der Ausgang der Politik Erfurt, des „dritten Anlaufs" der Politik Preußens sich „an die Spitze Deutschlands zu schwingen", ein „trauriger" genannt werden könne, er heißt jene Politik ein „fehlerhaftes System" und eine „traurige Erbschaft", die der Ministerpräsident übernehmen müssen, der sich auch zeitig wider jene „schwankende und illusorische" Politik erklärt, und vorhergesagt habe, daß sie ein schlechtes Ende nehmen werde.

Allein dieser, wenn aufrichtig gemeinte Tadel soll sich entweder nur auf die Wege und Mittel oder den zu geringen Nachdruck, nicht aber auf die Richtung und den Inhalt der Politik Erfurt beziehen, oder der Rundschreiber findet die letztere verwerflich und will sie dennoch fortgesetzt wissen ohne den Selbstwiderspruch zu bemerken, worin er sich befindet.

Neben seinem Tadel der mißlungenen Politik Erfurt steht seine Bezeichnung derselben nach ihrem Ziele als die unwandelbar preußische. Unmittelbar an ihren Tadel knüpft er die Belehrung, daß die preußische Politik nach wie vor von dem Bewußtsein geleitet werde, Preußen sei berufen und habe zur Erfüllung seines Berufs darnach zu streben, an die Spitze Deutschlands zu gelangen, und was ist das sonst als die „deutsche Politik Preußens" von einem Jahrhundert her bis 1850?

Auf derselben Seite vertheidigt er den preußischen Ministerpräsidenten gegen den Vorwurf der Inconsequenz und Kurzsichtigkeit, und zwar so, daß er ausführt: Herr von Manteuffel erklärte die Erfurter Politik schon für falsch und verderblich, als sie noch

von ihm, jedoch nur von Andern und nicht von ihm mit fortdauernden Illusionen, betrieben wurde; — er hat sie officiell, aber nur scheinbar aufgegeben, denn während er ihr öffentlich den Rücken wendete, hielt er insgeheim ihren Grundgedanken fest; — er erkannte sie als ein fehlerhaftes System und wird das Geschäft fortsetzen, übernahm sie als eine traurige Erbschaft und tritt diese cum beneficio an.

Der Rundschreiber ist selbst der Verfasser der „zwar nicht amtlich veranlaßten, aber auf authentische Quellen sich stützenden" Schrift „Von Warschau nach Olmütz", die er mit übersendet, um daran zu erläutern, was nun preußische Politik sei, sein werde und als solche durch die Presse verfochten, bezüglich in die Leute hineingetrieben werden solle. Es heißt darin und wird sehr weise und mit sehr schönen Worten darin ausgeführt, daß es zum endlichen Unheil ausschlagen müsse, wenn man sich mit höheren rechtlichen Ansprüchen begabt wähne, als man factische Kraft habe durchzusetzen; daß es zuletzt zum sicheren Verderben führe, wenn man, dadurch in die Versuchung gelockt, zu unsittlichen und perfiden Mitteln greife; daß kein Waffen- und kein Notenkrieg, kein offner, kein heimlicher fortan stattfinden dürfe zwischen den deutschen Großstaaten, an deren äußern und innerlichen wahren Eintracht jetzt Alles liege; daß ohne diese kein Ende der Revolution, kein Heil für Deutschland, keine politische Ehre, kein politischer Erfolg zu hoffen, daß um jeden Preis der Hader, das Mißtrauen, die Eifersucht zu verbannen sei und — — daß es Preußens Beruf und Aufgabe sei, wo nicht alsbald die Hegemonie doch vorerst die Parität zu erringen, daß die Reise nach Olmütz ganz in der Ordnung und vor allen Dingen eine Nothwendigkeit, der Gang nach Erfurt aber eine Irrfahrt, im Grunde jedoch auch eine recht gute berufsmäßige Reise, und nur erfolglos gewesen sei und daß ja mehre Wege nach Rom führten und daß man auch über Olmütz zu dem Anrecht Preußens gelangen könne u. s. f.

Der Unterschied zwischen der ans Licht getretenen Broschüre und des heimlichen Rundschreibens ist lediglich der, daß jene offen und unverblümt nur von der P a r i t ä t spricht und dieses rücksichtslos mit der Sprache herausgeht, daß Preußen darnach streben müsse, „immer mehr a n d i e S p i t z e der deutschen Staaten zu treten". Als Verfasser der Broschüre predigt der Vertraute des preußischen Ministerpräsidenten die Eintracht zwischen Preußen und Oesterreich und deren Nothwendigkeit und die Gewissenlosigkeit jeder Störung

derselben mit Salbung, als Verfasser des Rundschreibens erklärt er just das friedstörende Streben, das von Anfang bis zur Stunde der Grund der Zwietracht gewesen und nach seiner Natur die Zwietracht immer neu erzeugen muß, für Preußens eigentlichsten Beruf und vornehmste Absicht, und wirbt um Mitwirkung zu diesem Streben, instruirt umständlich auf Unterstützung desselben und sucht den sofort wieder anzuspinnenden Hader und Krieg in der Presse zu organisiren. Und das Alles, indem er es indirect für ein vergebliches und hoffnungloses, also nur zu verwirren und zu schaden vermögendes erklärt, indem er als unläugbar hinstellt, daß Preußen „für sich allein und wider Oesterreichs Willen nicht im Stande sei, eine Neugestaltung Deutschlands durchzusetzen".

Man darf sich jedoch über die Selbstwidersprüche der Politiker dieser „deutschen Politik Preußens" nicht verwundern. Sie müssen kommen, weil diese illusorische Politik selbst im eigentlichsten Ursprunge auf Illusionen, Einbildungen, Wünschen, Begehren, Gefühlen beruht, die dann falsche Vordersätze und Schlußfolgerungen und alle mögliche logische Sünden erzeugen. Wir können das auch so deutlich bei Adolf Schmidt beobachten. Friedrich der Große griff, indem es die Zeitverhältnisse ihm nahe legten, gewaltsam in den Gang der Geschichte und hatte Glück dabei. Also waren diese Eingriffe eine geschichtliche Nothwendigkeit, welche Preußen den Beruf und das Anrecht giebt, immer weiter zu greifen. Bei Preußen war Willkür gegen die Legitimität, die Autorität, das Recht geschichtlich indicirt und providentiell, das Eroberte zu behaupten war Gebot der Pflicht und Ehre, und aus der Behauptung entsprang wiederum das Recht und die Aufgabe, das noch nicht Eroberte dazu zu erobern. Der Erfolg für Preußen! Und der Erfolg Preußens Anreiz wie Anrecht immer weiter zu greifen. Im Grunde freilich hat es ihn nicht gehabt; — sein Beruf und Anrecht folgt nun wieder daraus, daß es ihn nicht gehabt, das Beanspruchte noch nicht erreicht hat. Was Friedrich eigentlich wollte, das erreichte er nicht und die Erwartungen von seinem Fürstenbunde schlugen fehl. Nun war es Beruf seiner Nachfolger, zu vollbringen was sogar ihm, dem Großen, mißlungen war. Als sie den Versuch machten, gelang es ihnen ganz schlecht. Deutschland und Preußen selbst gerieth darüber in das tiefste Elend. Nun war es also wieder Preußens Beruf, dieselbe Politik fortzusetzen und den dritten großen Anlauf zu machen, als Gelegenheit kam. Diese war sehr günstig und der Wunsch wie immer sehr stark.

Indeß reichen Wünsche zu solchen Unternehmungen nicht aus, es bedarf dazu Machtbewußtsein. Das hatte Preußen. Aber auch sein Machtbewußtsein reichte nicht aus; die Macht fehlte und das Unternehmen scheiterte kläglich. Die damit gemachten Erfahrungen zeugen freilich wider dasselbe und den Beruf dazu und rathen, davon abzulassen, sich zu bescheiden und andere Wege zu gehen. Für Preußen ergiebt sich daraus, daß es berufen ist, an die Spitze zu treten und je nach Gelegenheit mit seiner deutschen Politik den vierten Anlauf, das fünfte Experiment, den sechsten salto mortale zu machen.

Und das Merkwürdigste und Bezeichnendste ist dann noch, daß der preußische Professor ganz ehrlich glaubte, Preußen und der so oft mit gutem Vorbedacht cachirten deutschen Politik Preußens durch seine Darstellung, Enthüllung und Documentirung einen höchst werthvollen Dienst geleistet und dieselbe den aufgehen sollenden Deutschen bestens recommandirt zu haben.

XI.

Werfen wir hiernach einen Blick auf das was in Deutschland zu der Zeit geschah, wo das Rundschreiben des Centralpreßbüreaus abgefaßt wurde und seinen Umlauf machte.

Wir hörten Bülau sagen: Preußen gab zu Ende des Jahres 1850 den bis dahin verfolgten Gedanken anscheinend auf, es schien zu gemeinsamer Arbeit mit Oesterreich völlig bereit, es berief gemeinsam mit Oesterreich die Dresdener Conferenzen; gemeinsam legten sie zweckmäßige Vorschläge und Entwürfe vor, und wer hätte zweifeln können, daß, wenn wirklich fester und einiger Wille da war, kein Widerspruch sich erhoben haben, viel weniger durchgedrungen sein würde? Bülau fährt fort: „Und doch kam bald von diesem, bald von jenem kleinen Staate, immer aus den Reihen der an Preußen Geketteten, nicht von den Verbündeten Oesterreichs, ein Widerspruch und vereitelte schließlich Alles! Preußen aber unterstützte die gemeinsam erhobenen Vorschläge immer lauer und lauer, bis es endlich zuerst mit dem Antrag heraustrat, die Aufgabe der Conferenzen demselben Bundestage zu übertragen, gegen dessen Herstellung es beinahe zum Kriege geschritten wäre. Und wenn es damals (27. März) noch seine „Ueberzeugung" ausdrückte, daß die „Wiederherstellung des früheren Bundesorgans zu einem gedeihlichen Resultate der Ar-

beiten der Dresdener Conferenzen beitragen werde," so hat sich doch in Frankfurt nur wiederholt, was in Dresden begonnen war: es hat sich immer gegen jeden Vorschlag bald diese bald jene Stimme gefunden und ein solcher Widerspruch ist jetzt (1852) als ein unübersteigliches Hinderniß betrachtet worden, während man bis 1848 theils einem solchen in den meisten Fällen vorzubeugen, theils darüber hinwegzukommen gar wohl verstand. Selten trat Preußen selbst mit einem Widerspruch auf; aber immer fand sich irgend ein kleiner, ihm verbundener Staat, der es dieser Mühe überhob, wozu dann noch die dem Auslande verbundenen Stimmen kamen, welche gegen alles opponirten, was zur Kräftigung deutscher Bundesmacht führen konnte.

„Es scheint also: Preußen kann die in den Jahren 1849 und 1850 gepflegten Pläne noch immer nicht verwinden; es sucht auf versteckterem und krummerem Wege, was auf offnerem und geraderem fehlgeschlagen war; es will es jedenfalls zu gar nichts Tüchtigem kommen lassen in Deutschland, so lange es nicht selbst an der Spitze steht. Und dabei gebehrden sich (wenn dies gesagt wird) die preußischen Organe noch, als geschähe Preußen gewaltiges Unrecht und schleudern Anklage auf Anklage gegen die andern Seiten. Gleichwohl verlangt Niemand von Preußen, daß es Rechte oder berechtigte, bereits begründete Interessen opfern solle. Das Verhältniß, welches als nothwendige Consequenz der Rückkehr zu den vormärzlichen Grundlagen und der in Olmütz und Ischl — hier in persönlicher Zusammenkunft der Monarchen — hergestellten Einigkeit mit Oesterreich zu erwarten wäre, würde doch kein anderes, kein schlimmeres für Preußen sein, als in dem es von 1815 bis 1848 gestanden hat, und zahlreich sind die Gelegenheiten, die es vor Oesterreich voraus hat, in den näher an Preußen gewiesenen Kreisen seinen moralisch-politischen Einfluß geltend zu machen. Nur muß es dabei mit Geschick, Takt und Rücksicht verfahren, wie das Friedrich **II.** so gut verstand, wie man es aber nach ihm gründlich verlernt zu haben scheint in Preußen. Endlich ist noch hervorzuheben, daß die preußische Regierung mit einem großen Theile der Maßregeln, welche auf dem Bundestage betrieben werden, vollkommen einverstanden ist, im eigenen Lande ganz im Sinne derselben handelt und recht wohl ermißt, von welcher Bedeutung sie für die Aufrechterhaltung der Sicherheit, Ruhe und Ordnung in Deutschland sein müßten. Und doch hindert man sie oder läßt sie hindern! Geschieht dies bloß aus Schadenfreude und kleinlichem

Groll, oder in pessimistischer Speculation auf neue Rettungsthaten? Erinnert man sich nicht, daß man sich 1848 auch als Retter ankündigte und bald selbst der Rettung bedürftig wurde?"

Bald nachdem Herr von Bismark als preußischer Bundesgesandte in Frankfurt eingezogen war, wurde als verbürgt erzählt, er habe sofort Jedem, der es hören wollen, gesagt, er werde gegen alle und jede von Oesterreich herrührende Vorschläge stimmen, und wenn er einen Antrag gestellt habe und Oesterreich stimme demselben bei, so daß das Beantragte Aussicht erhalte, zum Beschluß erhoben zu werden, so werde er dawider stimmen oder es vereiteln.

Thatsächlich ist, daß das Verfahren des preußischen Bundestagsgesandten ein stark verneinendes war und als solches höchst auffällig bei verschiedenen Angelegenheiten, z. B. einer die Bundesfestung Rastatt betreffenden, sich kennzeichnete, wo Preußen vereitelte oder doch bemängelte, verzögerte, erschwerte, was es ursprünglich selber betrieben. Möglich, daß die Praxis des Herrn von Bismark Anlaß gegeben hat, jene Theorie zu construiren und als Aeußerung ihm in den Mund zu legen.

Unverkennbar paßt Preußens notorisches Verhalten im März und seit dem März 1851 genau genug zu dem, was das Rundschreiben des Centralpreßbüreaus als den Gedanken und als Ziel der deutschen Politik Preußens nennt und characterisirt, und was zu fördern die Presse in ihm eingeladen und des Nähern angeleitet wird.

Daher, wo Bülau schrieb, „es scheint", indem er aus dem Thatsächlichen auf die Gedanken und Absichten schloß, da dürfte er mit bestimmterem Ausdruck: So war es! geschrieben haben, wenn ihm außer der Gebehrdung der preußischen Organe das Rundschreiben des Herrn Quehl an die Redacteurs und Publicisten der konservativen und preußenfreundlichen Presse bekannt gewesen wäre.

Es bleibt also dabei: das officielle Preußen machte im März 1851 das Streben nach seiner Hegemonie in Deutschland zum vornehmsten Zielpunkte seiner deutschen Politik, welche namentlich ein Zweifaches in sich schloß, beharrlich Oesterreich entgegenzuwirken und zu verhindern, daß Deutschland in eine bessere feste, die preußischen Tendenzen abschneidende Verfaßung durch Reformation der zu Recht bestehenden und von Neuem anzuerkennenden, durch gemeinsames Zusammenwirken mit sämmt=

lichen Bundesstaaten und namentlich mit Oesterreich gebracht werde. Diesen Zweck zu fördern, errichtete die preußische Regierung das Berliner Centralpreßbüreau, und dieses organisirte eine Propaganda für den preußischen Eroberungsgedanken in der Presse, welcher es zu einer systematischen Betreibung der alten und neuen deutschen Politik Preußens Anregung und Anleitung gab, Materialien suppeditirte und deren weitere verhieß.

XII.

Was ist aus diesen Anfängen geworden?

Uns sind weitere Dokumente und Kundgebungen wie jenes erste Rundschreiben nicht bekannt, das jedoch muthmaßlich nicht auch das letzte gewesen sein wird. Doch sind Wirkungen und Zeichen einer weit gediehenen Wirksamkeit vorhanden, sichere Rückschlüsse gestattend, und immerhin können wir noch einige Supplemente über den Umfang und die Art und Weise der Thätigkeit des Centralpreßbüreaus hinzufügen.

Herr Quehl konnte sich nicht behaupten, der Ministerpräsident auf die Länge ihn nicht halten. Man entsinnt sich des Unwillens den er auf sich gezogen. Gegenwärtig ist ein Dr. Metzel Vorstand mit 1200 Thalern Gehalt. Außerdem figurirt noch ein Herr Froböse als Registrator in den Etats. Das übrige ziemlich zahlreiche Personal wird monatweise bezahlt. Die dem Vernehmen nach bedeutende Ausgabe (man schwankt zwischen 36,000 und 50,000 Thaler) für das Institut werden aus den in Bausch und Bogen verwilligten geheimen Fonds entnommen. Auch der Preußische Staatsanzeiger ressortirt von der Centralstelle.

Besitzen wir kein Verzeichniß der Blätter, welche sich der Influenz derselben hingegeben haben, so mögen wir doch sagen, daß der „sehr kleine Kreis", an welchen sich Herr Quehl anfänglich wendete, ein sehr großer geworden ist, und daß auch nichtpreußische Blätter in denselben eingetreten sind, von welchen man es nimmermehr glauben sollte.

Das Centralpreßbüreau zeigte sich allezeit wie vom Anfange äußerst gefällig und dienstfertig Es hat wohl den Inhabern der einen oder andern Zeitung die Sorge und Mühe erspart, geeignete Redacteurs zu gewinnen oder mit ungeeigneten sich zu plagen, hat dort eine wünschenswerthe Änderung der Führung eines Organs vermittelt, hier eins je nach eingetretenem Bedürfniß mit einem Redacteur aus seinem Schooße oder durch Empfehlung versorgt.

Wenigstens haben die Blätter von Zeit zu Zeit ähnliche Nachrichten wie erst in der letzten Zeit die gebracht, daß die Redaction der Düsseldorfer Zeitung aus dem Preßbüreau besetzt sei, — jener Zeitung, welche neulich die vertrauliche österreichische Depesche vom 14. Januar promulgirte, die dann sofort von dem Chore der inspirirten preußischen Stimmen in der Presse zum Ausgangspunkte der heftigsten Diatriben gemacht wurde.

Unzweifelhaft ist, daß das Büreau den Redactionen mehr und mehr die Mühe der Verarbeitung zugesendeter Materialien, oder die Mühe und Opfer der Herbeischaffung von berlinischen Originalcorrespondenzen ersparte. Es versorgte sie statt des Materials oder neben demselben mit fix und fertigen Artikeln, worin diejenigen Nachrichten, deren Verbreitung gewünscht werden mochte, enthalten waren, und die Tagesvorgänge oder Fragen, natürlich „in einer der preußischen Politik zusagenden Weise", dargestellt und besprochen wurden.

Wer Gelegenheit hatte, viele Blätter zu lesen, dem hat es schon seit längerer Zeit nicht entgehen können, daß in der beträchtlichsten Zahl derselben unausgesetzt und selbstverständlich vorzugsweise in den Fällen, welche Anlaß zu dem Wunsche geben mochten, daß die Sachen in einer der preußischen Politik zusagenden Weise dargestellt und besprochen würden, berlinische Corresspondenzen, sehr häufig mit officiösem Anstrich, erschienen, welche auf einen gemeinsamen Ursprung in einem comité directeur und auf die Manipulation zurückwiesen, daß die Tagsparole, ein Thema ausgegeben und von Mehreren verarbeitet wird, die dann ihre Elaborate in alle Welt versenden.

Bei einem ausgezeichneten Falle brachte das Preußische Wochenblatt und dann der Wiener Lloyd (in seiner Nummer vom 8. December v. J.) noch genauer eingehend und kennzeichnend das Wesen in einem Artikel zur Sprache, den wir soweit er hieher gehört, unter dem Texte mittheilen. Es wird darin gezeigt, wie auffallend gewisse Blätter, die Hamburgische Börsenhalle, die Allgemeine, die Hannoversche Zeitung — zu Echos des Berliner Preßbüreaus sich machten und mit welcher dreisten Ungeschicklichkeit ein Scribent desselben sein Bauchrednerkunststück machte, als eine Vielheit von Correspondenten zu erscheinen.*)

*) Wien, 6. December.

In seiner neuesten Nummer (48) bringt das Preußische Wochenblatt die kürzlich vorgekommene Ausübung eines der Manövers zur

XIII.

Um jedoch eine noch deutlichere und richtigere Vorstellung von der Wirksamkeit des Instituts und deren Intensivität, Umfäng=

Sprache, worin die Berliner officiöse oder Cliquenpresse so beflissen und geschickt — oder ungeschickt ist; jener Manövers „der bekannten journalistischen Clique" sagt das Wochenblatt, die mit der genauesten Kenntniß aller politischen Vorgänge prahlt, um sie in wahrhaft bewundernswürdiger Übereinstimmung in den von ihr reichlich inficirten Organen der deutschen Presse nach Belieben zu färben, oder, wenn die für nöthig befundenen Thatsachen überhaupt mangeln, diese für den erforderlichen Gebrauch sich zu machen.

Das Wochenblatt hat dabei die Erfindung jener Presse vor Augen, Preußen habe ganz bestimmte Schritte zur Geltendmachung seiner Interessen an der Ostsee gethan, aber nicht durchdringen können, indem es an Oesterreichs Gegengewicht gescheitert sei.

Die „bewundernswürdige Übereinstimmung", wovon in Obigem die Rede ist, hatte für aufmerksame Zeitungsleser eben in den letzten Wochen, wie zur Entschädigung für den Unwillen und Ekel, den das ganze Unwesen erregen mußte, auch etwas sehr Komisches, wenn man die Blätter durchmusternd in einem, man könnte fast sagen in einem Dutzend derselben nach dem andern immer uud immer wieder denselben Vogel mit denselben Federn fand und bemerkte welch' vergebliche Mühe er sich gab, in jedem Blatte als ein anderer und besonderer zu erscheinen uud vor dem Publicum sein dasselbe äffendes Kunststück zu verstecken. Nur zu einem einzigen Exempel und Belege weisen wir auf die berliner Briefe vom 27. November in den preußischen und nichtpreußischen Blättern hin. Wer die Mühe nicht scheut, sie zu vergleichen, wird zehnfach dasselbe lesen, wie wenn sich eine große Anzahl von Stimmen in den verschiedensten Organen einmüthig ganz ähnlich wie die officielle Preußische Correspondenz und gleichzeitig mit dieser ausspräche; wie wenn die, oder doch nahezu die gesammte Presse sich äußerte, während sichtlich nur ein einziges Individuum oder nach dessen Tagsbefehl die ihm gehorchende Clique schreibt. Wir wollen hier nur ein paar der Organe namhaft machen, welche an dem genannte Tage sich „inficiren" ließen und zwar nichtpreußische, weil deren Inficirung eine noch größere Susceptibilität, noch mehr Freiwilligkeit, noch mehr den Umfang des Cliqueneinflusses und des Übels zeigt.

Das eine der beiden großen in der freien Stadt Hamburg erscheinenden Blätter, die Börsenhalle, welche im Durchlassen der Ausflüsse des Centralpreßbüreaus aufs vollkommenste dem Siebe gleicht, ließ unterm 27. November aus Berlin sich schreiben: „So viel steht nun fest, daß auf Seite Oesterreichs keine principielle Feind=

lichkeit und Beschaffenheit zu erhalten, muß man sich seine Maschinerie, seine Affiliationen und Allianzen, die ihm zu Theil werdenden mancherlei Hülfen genauer ansehen. Denn nicht durch

---

schaft gegen Rußland vorherrscht, daß man vielmehr im Friedenswege mit allen Kräften nach Ausgleichung strebt, ohne irgend zu einer factischen Cooperation mit den Westmächten schreiten zu wollen oder zu müssen. Die österreichische Tagespresse bewegt sich in einer gegen die Auffassung der Regierung entschieden abweichenden Anschauungsweise, wie wir es immer gesagt haben" u. s. w.

In Hannover ist man sehr sensitiv gegen die preußische Umarmung. Hannover lenkte am ersten von der Bamberger Bahn wieder ein, Hannover gehört, wie man sagt, zu den Bundesstaaten, welche neuerdings der österreichischen Politik sich anschlossen, von Preußen abneigend. Die Hannoversche Zeitung läßt sich Tag für Tag aus dem Centralpreßbüreau versorgen. In ihrem berliner Briefe vom 27. November hieß es: „Das Gros der österreichischen Blätter hat sich, wie nun erwiesen, auf falscher Fährte bewegt. Die österreichische Politik war weit entfernt von der Auslegung, welche sie in der Wiener Presse fand. Die Position, welche Oesterreich jetzt einnimmt, entspricht der von uns allen entgegenstehenden Behauptungen zum Trotz immer vertretenen Auffassung. Es zeigt sich jetzt, daß Oesterreich nicht von principieller Feindseligkeit gegen Rußland befangen, noch gesonnen war, mit den Westmächten gemeinsame Sache zu machen" u. s. w.

In der oder in einem der berliner Briefe der Augsburger Allgemeinen vom 27. November (Auch du, Brutus!) lautete die Litanei: „Auch Oesterreich zeigt in seinen jüngsten Kundgebungen immer augenscheinlicher, daß es keineswegs eine grundsätzliche Feindseligkeit gegen das östliche Nachbarreich ist, welche den Kaiserstaat zu seiner jetzigen drohenden Haltung veranlaßt hat. In erster Linie steht auch dem Wiener Cabinet eine billige Ausgleichung des Zerwürfnisses, sowie der innige Wunsch nach baldiger Wiederherstellung des europäischen Friedens" et caetera.

(Auf diese Weise heißt es am Schluß, sei die berliner Journalistenclique beflissen, öffentliche Meinung zu machen, was ihr jedoch nicht gelinge; nur Gimpel ließen so sich leiten, und die Täuscherei führe besonders nur die in die Irre, in deren vermeintlichem Nutzen sie geübt werde; nirgend würden mehr als in Preußen kleine und falsche Mittel zum Zwecke angewendet; die Federfertigkeit und Schönrederei der Clique schade der Regierung mehr als sie ihr nütze. „Die zur Clique zählenden Schriftsteller sind keine Genies; wären sie aber auch noch so geschickt, Tendenzschreibereien haben gleich den Lügen, zu welchen sie schon an und für sich gehören, kurze Beine.)

sich allein erlangte und behauptete es die Stellung und den Einfluß einer kleinen petulanten und beschwerlichen Großmacht in der preußischen und nichtpreußischen Tagespresse.

Schon vor seiner Errichtung wurden besoldete auswärts stationirte Correspondenten gehalten, mit dem Auftrage der Berichterstattung und „Besprechung" für preußische und nichtpreußische Blätter im preußischen Sinne.

So rapportirte einfahrender Literat, ein Herr Zschokke (nachmals als Schneidergesell Z. characterisirt) seit 1848, höchst widerwärtig überall sich andrängend und herumhorchend, aus Frankfurt in die Weserzeitung, Deutsche Reform und Reichszeitung. Er that es so sehr im Sinne der Exaltados der Preußischekaiserpartei, polemisirte so heftig gegen die der deutschen Politik Preußens Widerstrebenden, schritt zumal gegen die provisorische Centralgewalt, als diese nach der Entlassung des Gagernschen Ministeriums sich den preußischen Ansinnen nicht fügen wollte, so gröblich aus, und verunglimpfte und log so unverschämt und unvorsichtig, daß er zuletzt seinem Richter nicht entging. Durch puren Abdruck von einer Anzahl seiner Zeitungs- und Schmäh-Artikel, der in einer Nummer der Oberpostamtszeitung erfolgte, nachdem die Thatsachen constatirt waren, welche deren Dummheit, Falschheit und Verlogenheit von selbst erwiesen, wurde er auf das Schmählichste an den Pranger gestellt und mit ihm der preußische Geschäftsträger Balan, der seine Correspondenzen begünstigt hatte, nicht wenig compromittirt.

Dasselbe und in noch höherem Grade widerfuhr dem Vorgänger des Herrn von Bismark in Frankfurt, General von Rochow, mit dem jüdischen Gewerbsliteraten Zirndorfer. Dieser, auch sonst sehr bekannt, Verfasser eines ekelhaft schmutzigen Romans und anderer elender Sachen, war einer der eifrigsten und thätigsten Correspondenten aus Frankfurt für eine Menge Zeitungen verschiedenster Farbe. Er hatte früher besonders in Demokratie gemacht, seit dem Sommer 1848 war er neben vielen anderen ähnlichen Subjecten in Frankfurt und anderswo für die Radowitzische Union thätig gewesen, und hatte von jener Zeit an dem Gerüchte nach in fortwährendem Verkehr mit den preußischen Diplomaten, den Herrn von Balan, Graf Rosenberg, Graf Goltz u. s. w. gestanden; selbst von Herrn von Radowitz soll er seiner Zeit öftere Händedrücke empfangen haben. Aus der Hand dieser Herren ging er in die ihrer Nachfolger über, so daß man von ihm und seinesgleichen in Beziehung auf das preußische Principat wohl sagen

durfte, was Tacitus von der Locusta sagt: Inter instrumenta regni habebatur. Es war in Frankfurt bekannt, durch wie viele und welche mit preußischem Gelde bezahlte s. g. Literaten die preußische Diplomatie in der Presse auf die öffentliche Meinung einwirken ließ. Allein es erregte doch eine die ganze Stadt erfüllende Sensation, als die letzte Augustnummer des Frankfurter Volksblattes (von 1851) ein nur zu fatales Licht über das Verhältniß verbreitete, in welchem eben Zirndorfer zur preußischen Bundesgesandtschaft stand. Das Volksblatt brachte nämlich Briefe vom letzteren an den General von Rochow — welche dieser bei seiner Abreise im Papierkorbe hinterlassen — die nicht nur davon, wie befreundet und familiär der Zirndorfer mit dem General von Rochow, Herrn von Bismark, Assessor Rudloff war, untrügliches Zeugniß, sondern auch über die Gegenstände und Zwecke dieser Verbindung genaue Kunde gaben. *)

Vom 2. September war ein Frankfurter Brief der Weserzeitung datirt, worin es hieß: „Während unsere ganze Stadt von den Briefen allarmirt ist, die der bekannte Zirndorfer, ein Literat pessimae notae, an die preußische Gesandtschaft dahier in der Eigenschaft eines ständigen Spions schreiben durfte, kommen aus der Hinterlassenschaft des Generals Rochow immer mehr unbedacht zurückgelassene Briefe zum Vorschein. So u. a. einer von Wolfgang Menzel in Stuttgart. Der Geschichtschreiber der Deutschen schreibt: „Ich gehe nach Hohenzollern zur Huldigung; ich lege Ew. Excellenz die dringende Bitte ans Herz, mir bei Herrn von Manteuffel ein gnädiges Zeugniß auszustellen.“ Er beruft sich auf die gewohnte Güte des Generals, die er sich „anzurufen“ erlaube und unterschreibt sich mit Anwünschung des göttlichen Segens an Herrn von Rochow als Sr. Excellenz „unterthänigen“ W. Menzel. Das Bedeutsamste an diesem Briefe wie an

---

*) Z. schreibt, er habe dem General aufwarten und einen interessanten Bericht (Denunciationen enthaltend) vorlesen wollen, diesen nun aber Herrn von Bismark übergeben. Dann: er halte es für seine Pflicht, während der Anwesenheit des Königs noch in Frankfurt zu sein, und habe deshalb mit Herrn Rudloff Rücksprache genommen, und erst Montag nach Baden-Baden zu gehen; er könne dann dort zu Handen sein, wenn man seiner während der Anwesenheit des Königs zu Auskünften bedürfte, und weiter sei es gut, wenn er mit dem König und dem General gleichzeitig sich dort befinde u. s. f. Auch der Bericht wurde publicirt und Z. selbst suchte die Verfasserschaft abzulehnen.

den Correspondenzen des Zirndorfer ist die Voraussetzung eines schon längeren intimen Verkehrs mit diesen diplomatischen Mächten. Bekanntlich sucht Menzel seit Jahren eine feste preußische Anstellung." Wir können nicht sagen, wie es hiermit sich verhalten mochte. Bezweifelt kann es aber nicht werden, daß das Verlangen nach preußischen Anstellungen der deutschen Politik Preußens manche Lobrede und manchen Champion in der Presse und Literatur zugeführt hat.

Als 1851 während der Verhandlungen über den Zollverein Hannover für Preußen eine besondere Wichtigkeit erhielt, wurde ein gewisser Kerkhof, bis dahin in Frankfurt verwendet, mit preußisch-ministerieller Empfehlung in Hannover eingeführt und stationirt. Von der Hannoverschen Zeitung abgewiesen, in welche er schon früher sich Zugang zu verschaffen gesucht hatte, nistete er sich bei Herrn von Schele ein, und benutzte den Umstand, daß er von Geburt Hannoveraner war, um unter der Maske eines solchen schreibend („unsere" Regierung beabsicht, „wir Hannoveraner" glauben u. s. w.) verschiedene, namentlich preußische und officielle Blätter mit Hannoverschen Klatschbriefen zu bedienen, die nicht bloß im „preußenfreundlichen" Sinne geschrieben, sondern voll von Polemik und Unglimpf gegen die „preußenfeindliche" Presse und insbesondere das officielle Organ der hannoverschen Regierung waren, auch expreß darauf ausgingen, die Stellung des letzteren und dessen freilich oft genug die „Besprechungen" des feinwollenden Hannoveraners und wirklichen preußischen Söldlings dementirenden Angaben und Kundgebungen, auch wohl im Wetteifer mit den Blättern der hannoverschen demokratischen Opposition nach Möglichkeit zu diskreditiren. Als er es zu arg getrieben, auch Herrn von Schele mehrfach compromittirt hatte und dieser ihm die Mittheilungen versagte, woraus er den besten Theil seiner Briefe und seiner Nahrung Jahr und Tag construirt, drehete er sofort den Spieß herum und schrieb zur schuldigen Danksagung nichts weniger als hannoverfreundlich in die keineswegs hannoverfreundliche oder conservativ sich haltende Deutsche Reichszeitung gegen Herrn v. Schele.

Diese auswärts stationirten Correspondenten wirken mit dem Personal des Centrums in Berlin zum Zwecke der Zeitungsbesprechungen in einer der preußischen Politik zusagenden Weise zusammen. Es leidet wohl keinen Zweifel, daß sie der Centralstelle untergeben sind und daß ihre Wirksamkeit und ihr Zusammenwirken mit den berlinischen Collegen von derselben geregelt wird.

XIV.

Mit der positiven Thätigkeit des Centralpreßbüreaus zu seinem Zwecke der Presse-Influirung steht unfraglich eine negative in Verbindung.

Der Zweck leitet darauf hin, die umfänglichste und eindringendste Beherrschung der gesammten Presse, wo möglich die Alleinherrschaft der Vertreter der deutschen Politik Preußens in der Tagesliteratur zu erzielen. Er heischt nicht bloß, daß in den Blättern möglichst viele preußische und preußenfreundliche Stimmen verlauten, sondern auch daß möglichst wenige „preußenfeindliche" Sprecher zu Worte kommen; daß die Ersteren bei Ansehen bleiben, bei dem Publikum Recht behalten, nicht compromittirt, und daß umgekehrt die Anderen discreditirt oder wo möglich ganz zum Schweigen gebracht werden. Dies mag um so nöthiger erscheinen, je versteckter das Wirken der Ersteren, je schwächer ihre Argumentation ist, je weiter sie sich etwa von der Wahrheit entfernen oder je mehr alte und neue Blößen die von ihnen vertheidigte Politik darbietet.

Hier erscheint nun überhaupt alle und jede Maßregelung der Presse förderlich, sofern sie dahin wirkt, daß diese nicht sagen darf, was dem preußischen Gouvernement unerwünscht und so sprechen muß, wie es demselben genehm ist. Man wird annehmen können, daß das Centralpreßbüreau einen mittelbaren Einfluß dabei übt.

Eine unmittelbare Einwirkung in dieser Richtung zu üben, war es mehr und mehr im Stande, je größer der Chorus wurde, den es nach Erweiterung des von ihm influirten Kreises von Blättern aus sich selbst heraus in der Presse machen konnte, vielstimmig oder verhältnißmäßig wenige Stimme vervielfachend. Ein solcher gut disciplinirter Chor vermag viel im Ueberschreien anderer vereinzelter Stimmen. Es kann ihm nicht schwer sein, Mitarbeiter anderer Blätter, die ihm mißhagen und im Wege sind, aus denselben hinauszuärgern, zu schelten oder wie sonst zum Rücktritt zu bewegen. Einer bureaukratischen mit so vielen und langen Armen versehenen Maschinerie, einem Institute, welchem polizeiliche und diplomatische Einwirkungen nach aller Wahrscheinlichkeit gern zu Hülfe kommen, müssen mancherlei Mittel zu Gebote stehen, die Redactionen selbst nichtpreußischer Journale zu bestimmen, Besprechungen nach der der preußischen Politik zusagenden Weise zuzulassen, Artikel welche dieser Politik nicht zusagen abzuweisen. Bei der einen hilft wohl Zureden, Zudringlichkeit, Schmeichelei und der-

gleichen, bei einer andern Einschüchterung, z. B. durch erregte Furcht vor einem Verbot ihres Organs oder vor Schwierigkeiten die demselben bereitet werden könnten, bei noch einer andern, daß sie durch Reclamationen geplagt und endlich mürbe gemacht, bei wieder einer andern, daß ihre Eitelkeit, ihre Bequemlichkeit, ihr Eigennutz ins Spiel gebracht wird.

Selbstverständlich kann es bei manchem Blatte, das in die Beeinflussung des Centralpreßbüreaus sich hat hineinbringen lassen, oder derselben gewichen ist, nicht ohne Anwendung des einen oder andern von jenen Mitteln, ja kaum ohne Anwendung drastischer Mittel abgegangen sein. Wiefern deren Anwendung auf andere Rechnung kommt, wiefern das Centralpreßbüreau sich dieser Mittel oder welcher derselben es sich vorzugsweis und am wirksamsten bedient, können wir nicht sagen. Sein vor uns liegendes Rundschreiben zeigt, daß es damit anfing, das Mittel freundlichen Zuredens verbunden mit geschenktem Material zu gebrauchen. Bekannt ist uns ferner, daß es auch fertige Berliner Correspondenzen unentgeltlich zusendete, worin ein wirksames Motiv zu deren Annahme lag, während hierzu zu bestimmen auch die Rücksicht geeignet war, daß man vor andern oder gleichzeitig mit anderen Blättern in berlinischen Originalcorrespondenzen manche neue Nachricht, manche gute Auskunft erhielt. Wenn man ungern die preußische Färbung in den Kauf nahm, so that man es doch wohl um sich den Nutzen nicht entgehen zu lassen und indem man sich damit tröstete, daß man Artikel von anderer Haltung daneben stellen könne. Wie wir indeß hören, müssen gegenwärtig die oder die meisten Redactionen die Correspondenten des Preßbüreaus besolden, sei es nun daß nach befestigter Position ein neues Princip angenommen ist oder daß das Büreau umsonst liefert oder Bezahlung fordert, je nachdem ihm der Zugang gesichert ist oder nicht.

XV.

Der gesammten Thätigkeit des Centralpreßbüreaus kam von Anfang etwas nicht außer Acht zu lassendes sehr Wesentliches zu Hülfe, nämlich der vielfältige Anklang, den die Stimmen der Propaganda für die zu treibende Politik auch im nichtpreußischen Deutschland und in Preußen bei den nicht- und antigouvernementalen Parteien zu erwarten hatten.

Die unbelehrbaren „Gothaer“ waren 1851 noch sehr rührig, besaßen noch eigne Organe in der Presse, noch vielen Einfluß in

dieser, noch immer viel Anhang. Auch in Preußen war die Zahl Derer noch beträchtlich, welche nicht einsahen oder nicht einsehen wollten, daß die Politik Erfurt unmöglich geworden. Sie zürnten dem Ministerium Manteuffel eben deshalb, weil es sie aufgegeben und statt Oesterreich Krieg zu machen, mit ihm sich vertragen hatte. Freilich verlor jene Politik und insbesondere der Gedanke, daß Preußen, fähig und berufen dazu, an die Spitze von Deutschland gestellt werden sollte, wenigstens in den übrigen deutschen Ländern nach und nach den besten Theil seines Kredits und Anhangs. Indeß blieb immer ein Rest von Freunden und Förderern der deutschen Politik Preußens, was ihr Ziel betrifft, zurück, und suchte eben auch nur andere Wege zu diesem, neue Formen, worin sie verwirklicht werden möchte und neue Gelegenheit für sie. Die Gelüste und Einbildungen, die falschen Vordersätze und Trugschlüsse, worauf sie beruht, stecken so zu sagen mit Wiederhaken in den von ihr eingenommenen Gemüthern und Köpfen. Sonstigen und geradezu entgegenstehenden Grundanschauungen, Principien und Tendenzen zum Trotz sind zum wenigsten in den preußischen Stammländern so ziemlich alle Preußen aller Parteien zuletzt darin einig, daß Preußen in Deutschland eine Macht für sich sein soll und zwar eine Macht mit dem Anrecht, dem Berufe und der Zukunft, „immer mehr an die Spitze der deutschen Staaten zu treten". Das war der Gedanke auch der Neupreußen, so heftig sie gegen die Politik Frankfurt=Gotha=Erfurt protestiren und polemisiren mochten, der Gedanke auch des kühl verständigen Herrn von Manteuffels, als er die deutsche Politik Preußens in der Form der Politik Erfurt aufgab.

Das Dogma von der deutschen Politik Preußens und dessen Predigt schmeichelt dem preußischen Volk. Alle Volksschmeichelei ist verführerisch. Sie wird um so lieber vernommen und fascinirt und infatuirt um so mehr, je mehr ein Volk von Eitelkeit und Großmannsucht, von Einbildungen und Prätensionen, welche sich hinter dem Scheine und Titel eines berechtigten nationalen Selbstbewußtseins zu verstecken pflegen, erfüllt und beherrscht ist, und diese Schwachheit gehört zum unglücklichen Theile der Ergebnisse der preußischen Geschichte „ohne Gleichen" für das preußische Volk.

So sehr bei Manchen oder Vielen Verstand und Einsicht, Erkenntniß der Wirklichkeiten, Möglich= und Unmöglichkeiten und Würdigung der gemachten Erfahrungen gegen den preußischen Eroberungsgedanken seit 1850 oder 1851 sich auflehnen und sträuben

mochten, so haftete er dennoch oder war leicht wieder zurückzurufen, weil er im Gefühl, der preußischen Empfindung wurzelt und diese lebendiger blieb als die Reflexion Stärke gewann. Bei den Allermeisten blieb wenigstens, wenn sie das System der deutschen Politik Preußens aufgaben, Wesentliches vom Zubehör derselben zurück, an dessen Faden sie immer wieder hineingezogen wurden, z. B. der preußische Egoism, welcher Deutschland als das „Machtgebiet" Preußens ansieht und berücksichtigt, sich aber gleichgültig dagegen verhält sofern es ihm nicht Eroberungsobject ist; der Verdruß über die erlebten Fehlschlagungen, die Leidenschaft für die Großmachtstellung Preußens, die Eifersucht und der Groll gegen Oesterreich. Wenn diese Seiten angeschlagen wurden, so war ziemlich allgemeiner Anklang und Wiederhall gewiß, und wenn es nur sie anschlagen ließ, so bedurfte das Centralpreßbüreau keiner Orpheusse, um Alles rings umher nach seiner Leier tanzen und in seine Melodien einstimmen zu machen.

XVI.

Um so größer und mächtiger wurde also der das Lied des Preßbüreaus singende Chor mit dieser Hülfe — der Hülfe Vieler, die die Wirkungen und Folgen zu bereuen haben und meist sie auch nicht voraussahen, nicht beabsichtigten.

Nicht Wenige sind davon zurückgekommen, das russenfreundliche Preußen an der Spitze Deutschlands und im Hader mit Oesterreich, welcher Deutschland zerrüttet, sehen zu wollen, die doch eifrig die Propaganda für den Gedanken unterstützten und von Neuem stärken halfen.

Als die orientalische Krisis begann, erblickte die große Mehrzahl der preußischen Parteien und Blätter, auch der oppositionellen, so wie auch der „preußenfreundlichen" im übrigen Deutschland eine Gelegenheit für Preußen darin, das Project der preußischen Hegemonie wiederaufzunehmen. Preußen sollte sich freie Hand behalten und lauern, sodann: es sollte sich mit den Westmächten verbünden und gegen Rußland kehren, beileibe sich nicht in eine gemeinsame Politik mit Oesterreich und dem Bunde einlassen, vielmehr antiösterreichische preußisch-deutsche Politik machen, Oesterreich fernhalten, abschütteln, während es unten an der Donau zu thun hätte, schließlich hinausweisen aus Preußen-Deutschland. Insbesondere thaten sie Alles was sie vermochten, das Mißtrauen, den ganzen Gegen-

satz gegen Oesterreich hervorzukehren und zu schärfen, und männiglich Oben und Unten in der Meinung und dem Wahne zu befestigen und zu fördern, daß Preußen sich selbst genug sei, Großmacht und stark sei wie es nicht stark und nicht Großmacht ist, daß es in der aparten preußischen Weise die Großmachtstellung zu behaupten und Großmacht zu spielen habe, und das Alles in den Gelüsten, dem Ehrgeize und Aberglauben vom preußischen Anrecht und Beruf und im neuen wie alten Irrthume, daß das Gouvernement die Befähigung, die Mittel und den Willen besitze, oder bestimmt werden könne, auch wider Willen Großfriederichspolitik zu machen, d. h. den Weg einzuschlagen, auf welchem die Hegemonie, wenn sie überhaupt erreichbar ist, allein errungen werden könnte. Sie thaten es, bis dabei die Wendung der preußischen Politik zur Russenfreundlichkeit befestigt war und immer sichtlicher wurde, bis immer sichtlicher das Ergebniß des Wankens der preußischen Großmachtstellung und des Verlustes der deutschen Sympathien und der Aussichten Preußens, immer mehr an die Spitze zu gelangen, herauskam und sie, in Schrecken und Sorge um Preußen gerathend, mehr und mehr, wenn nicht ihren Fehler, doch deßen verhängnißvollen grundverderblichen Folgen erkannten und viel zu spät zu der Einsicht gelangten, daß sie sich sowohl in Oesterreich als in Preußen selbst gänzlich geirrt und verrechnet und die wahre Lage ganz falsch beurtheilt hatten; daß nicht zwei große Unternehmungen — das russische Uebergewicht zu brechen und Deutschland unter Preußen neu zu gestalten — zugleich vollführt werden konnten; daß der ersteren und für Preußen wie Deutschland nothwendigeren abgebrochen und geschadet werden mußte durch höchst unzeitige aussichtslose Einmischung der zweiten; daß ein einiges Gesammtdeutschland zum Gelingen der ersteren unerläßliche Voraussetzung war und daß man bei den veruneinigenden und trennenden deutschen Bestrebungen Preußens nicht zugleich ein einiges Deutschland haben kann*).

*) In einem vom 10. Februar datirten Briefe der Kölnischen Zeitung wird bemerkt, daß wir allerdings insofern an der Schwelle deutscher Fragen ständen, als die Neutralität Preußens und anderer deutschen Staaten nicht lange mehr möglich sein werde. Weiter heißt es: giebt Rußland jetzt nicht nach, so hört im Frühjahr die „Localisirung" des Kriegs und seines Objectes auf und Ostsee und Weichsel treten unmittelbar neben Pontus und Donau, neben die vordersten Kriegsobjecte und Friedensbedingungen. Aber Alles kommt

Bis ihnen diese Einsicht kam, thaten sie — auch sie befangen in dem Irrgewinde des Systems und verblendet durch die Lockungen der deutschen Politik Preußens — wirksame Handreichung der Politik des Preßbüreaus, des Herrn von Manteuffel, der Neupreußen, deren Tendenzen ihnen die verhaßtesten sind und die doch am meisten gewonnen haben — der Politik, die ihnen nun Dorn im Auge und Pfahl im Fleische ist. Altpreußen, Konstitutionelle, Demokraten, Gothaner, Preußisches Wochenblatt, Kölnische, Nationalzeitung, Weserzeitung, u. s. w. u. s. w. Alle müßen sagen:

„Die ich rief, die Geister,
Werd' ich nun nicht los.“*)

---

darauf an, daß diese neu entspringenden Fragen sogleich aus dem richtigen Gesichtpunkte, daß sie sogleich nicht als specifisch deutsche, sondern als unmittelbar europäische behandelt werden, daß das Interesse der Eroberung dabei ausgeschlossen wird, wie es der englisch-französische Vertrag vom 10. April v. J. that. Der müßte als Feind betrachtet werden, der zuerst anfinge, dies nothwendig entzweiende Interesse hereinzuziehen. Die Großmächte vor Allen haben allem Erwerbe sofort zu entsagen. Wohl und gut, wenn demnächst auf dem Friedenscongreß europäische Fragen wie die über Sund und Donau erledigt werden und Preußen und Oesterreich den nächsten Gewinn davon haben. Aber umkehren darf man die Rangordnung der Gesichtspunkte nicht, wenn man nicht etwa die Absicht hat, im Abendlande Hader zu erregen zur Freude Rußlands.

Dieß war gegen den unter dem Wahlspruch nondum meridies schreibenden Verfaßer der Flugschriften „An der Schwelle deutscher Fragen“ u. s. w. gesagt und vollkommen richtig. Aber noch viel mehr als jetzt, kam beim Ursprunge der orientalischen Krisis darauf an, daß die Sache sogleich aus dem richtigen Gesichtspunkte angefaßt wurde. Wer mischte aber damals die deutsche Politik Preußens, das nothwendig entzweiende Interesse der preußischen Eroberung, der Eroberung noch dazu in Deutschland, ein? Bei jenem Verfaßer ist es noch nicht, und bei vielen anderen preußischen Politikern gar zu spät heller Tag geworden.

*) Wochenblatt, Kölnische, Weserzeitung sind davon zurückgekommen, die Eifersucht auf Oesterreich in den Vordergrund zu stellen und letzteres systematisch schwarz zu malen oder zu verkleinern. Sie werden wohl sogar warm für das jetzige Oesterreich und dessen Politik, fallen aber doch bisweilen aus alter Art in den alten Fehler zurück. So bringt das Bremensche Blatt auch jetzt noch, wenigstens abwech-

XVII.

So hat nun der Einfluß des Berliner Centralpreßbüreaus den weitesten Raum in der preußischen und nichtpreußischen deutschen Presse gewonnen, welche es mit einem vielfädigen Netze von Correspondenzen umspinnt und auf welche es mit allen jenen Hülfen um so mannigfacher, eindringender und alpartiger wirkt und drückt.

Zur Exemplification dient was oben unter Nummer XII. beigebracht ist. Zu noch weiterer Exemplification mag das Folgende dienen.

Den Blättern, welche den Zumuthungen widerstanden haben ihre Tendenz und Haltung auf den preußischen Ton umzustimmen, gehört die Frankfurter Postzeitung an. Man hat es ihr seit geraumer Zeit deutlich ansehen können, daß sie sich mühsam gegen eine mysteriöse dahin zielende Thätigkeit wehrte, ihre Redaction in spanische Stiefeln, Daumschrauben und Halseisen zu stecken. Sie hat mehrfach vernehmliche, ob auch etwas schüchterne Klagen und Proteste verlauten lassen und man sah, daß wiederholte Versuche gemacht wurden, ihr Scheuleder vorzubinden und daß man ihr die Zwangsjacke von fern gezeigt haben mußte. In verschiedenen Blättern erschienen Artikel, bestimmt, die bekannten oder vermutheten Persönlichkeiten der Leitenden, der Correspondenten der Postzeitung zu ärgern, zu verdächtigen, einzuschüchtern. Im November v. J. war von Verwarnungen gegen sie die Rede. Bald darauf las man in ihr, sie habe verschiedentlich, und auch in neuester Zeit die Erfahrung machen müssen, daß die politische Unduldsamkeit, anstatt

---

selnd preußischerhetorenartikel. Bezeichnend ist, daß sich das Pr. Wochenblatt neuerdings gegen „Verdächtigungen" der N. Pr. Ztg. und der Preuß. Corr. wegen „unpatriotischer Sympathien" für fremde Mächte, besonders für Oesterreich zu verantworten hatte, und daß es in einer seiner letzten Nummern der Politik der Regierung zum Vorwurf machte, es sei durch sie Preußen und Deutschland der energischen Politik und den Absichten Oesterreichs anheimgefallen. Aehnlich verdarben es die bornirten Radikalen und Hyperliberalen, indem sie die eintretende Krisis gleichfalls als eine Gelegenheit ansahen, darstellten und ausbeuten wollten, eine Gelegenheit zur Erneuerung und Lösung der Freiheitsfragen nach ihrem Sinne. Die kleine Partei hat es bestens acceptirt und zu benutzen gewußt, daß sie die antirussische Coalition und Action als Sache der „Revolution" erscheinen ließen und mit einem Worte so unklug als möglich den Teufel an die Wand malten.

mit redlichen Waffen den Kampf redlich zu führen, zu Verdächtigungen, Anklagen und anderen schlimmen Mitteln greife, um den Gegner je eher je lieber ganz mundtodt zu machen. Noch am 2. Februar d. J. sagte sie in einem Artikel über die vertrauliche österreichische Depesche vom 14. Januar: „Wir haben die Empfindlichkeit eines Theils der Berliner Presse seit lange kennen gelernt und wissen, daß sie Anspruch auf Lob und das Recht zum Tadel sich allein beimißt, auch daß sie schon Versagen des Lobes für Beleidigung hält und Zweifel an der Richtigkeit der Politik der preußischen Regierung für Sünde gegen den heiligen Geist, für pure Feindseligkeit und Verbrechen. Wir wissen seit lange, daß die Männer, welche von Freiheit des Gedankenausdrucks am meisten reden, darunter i h r e Gedanken verstehen und die Tyrannei des Wortes üben möchten, die nicht weniger schlimm ist als die der Peitsche. Auch daß die Mittel persönlicher Verunglimpfung zu den wohlbeliebten und vielgebrauchten gehören, war uns nicht unbekannt, und der schlechte Ton in der Presse, der lieber die Person verdächtigt als die Sache würdigt, hat dort seinen Ursprung und seine Pflege gefunden. Daß man aber wie die „Zeit" thut, eine öffentliche Urkunde der Regierung eines befreundeten Staates und Bundesstaates ein Machwerk der Revolution nennen würde und daß dieses in dem Accorde und gleichsam als Glied in der Harmonie anderer inspirirten Organe geschehen könne, das haben wir erleben müssen, um es zu glauben."

Dies Letztere war jedoch Redefigur oder beruhte auf Vergeßlichkeit. Aehnliches war ja vielfach und namentlich nach dem Bekanntwerden der österreichischen Note vom 30. September v. J. vorgekommen, in einem der Zeitpunkte, wo man die Wirksamkeit, die umfängliche Thätigkeit, die Schulung, die Tactik, die Manövers, die Rücksichtlosigkeit der vereinigten Presse des Centralbüreaus und der mithelfenden Organe ungewöhnlich deutlich beobachten konnte.

Zur Erläuterung des hier Gesagten stellen wir unter den Text zwei Artikel des Wiener Lloyd, den ersten zur Hälfte. Sie finden sich in den Nummern vom 24. und 25. November v. J. Der Lloyd war bekanntlich zu jener Zeit in Preußen längst verboten und wohl das einzige deutsche Blatt von Ansehen, worin Preßfreiheit für Erörterungen und bezüglich Enthüllungen dieser Art gefunden werden mochte. Die mitzutheilenden Lloydartikel beleuchten die Mittel, welche die preußische und preußenfreundliche Presse mit

guter Hülfe anwendet, um Andersmeinende und Redende zum Schweigen zu bringen, rebellische Blätter mundtodt zu machen.

Das Manöver, von welchem die Rede ist, besteht darin, daß der Chor, wenn preußische Aggression von den Angegriffenen zurückgewiesen wird, den Ruf ertönen läßt, man habe von jener Seite Streit angefangen gegen Preußen.

Manöver derselben Art war es, daß die preußische Presse die österreichische Regierung und speciell den österreichischen Bundesgesandten beschuldigte, in Frankfurt ein heimliches Preßbüreau zur Förderung der österreichischen Tendenzen errichtet zu haben und zu unterhalten; daß sie also aus dem was Preußen that mit Unwahrheit Oesterreich einen Vorwurf machte. Ein ähnliches Manöver, und das auch noch immer fortgesetzt wird, war es, daß die Stimmen des Büreaus, das mit der Erklärung aufgetreten war, in Deutschland an die Spitze zu gelangen sei und bleibe der Gedanke und das vornehmste Ziel der deutschen Politik Preußens, und das seit seiner Errichtung im März 1851 sich selbst und der gesammten „conservativen und preußenfreundlichen" Presse die Aufgabe gestellt und systematisch dahin operirt hatte, die Idee der preußischen Hegemonie zu propagiren und auf „alle Eventualitäten für dieselbe vorzubereiten" — ein ähnliches Manöver der Stimmen dieses Büreaus war es, daß sie sofort bei dem ersten Anzeichen von Gunst, welche Oesterreich durch seine Politik in der antirussischen Sache gewann, Oesterreich heimlicher hegemonischer Tendenzen beschuldigten und jeden neuen und offenen Vorschritt Oesterreichs mit dieser hundertfach variirten und vergifteten Anschuldigung begleiteten, gegenüber der Thatsache und der durch diese selbstredenden Wahrheit, daß sich Oesterreich alle ersinnliche Mühe gab, Preußen zu vermögen, auf seine antirussische Politik einzugehen und also alle dadurch zu gewinnenden Erfolge und namentlich die dadurch in Deutschland zu gewinnende Popularität mit ihm zu theilen — mit anderen Worten gegenüber der Thatsache, daß Oesterreich nicht in den Bahnen der neidischen, der Krisis von 1807 vorhergehenden preußischen Politik wandelte, sondern rechtzeitig die trennenden Rivalitäten begraben wollte und an die Eine große Pflicht für Beide erinnerte, sich zu vereinigen und vereint zu den Waffen zu greifen. (Vergl. Nummer IX am Schluß.) Trotz dem Allen sollte auch in diesem Falle Oesterreich mit Verfolgung hegemonischer Tendenzen angefangen haben, und bei jedem Schritte, welchen es nach seiner antirussischen

und wahrhaft deutschen Politik thut oder welchen die preußische Politik ihm aufnöthigt, ruft der Chor des Berliner Preßbüreaus im Unisono, es fange an.

„Ich thu das Bös' und schreie selbst zuerst
Das Unheil, das ich heimlich angestiftet,
Leg' ich den Anderen zur schweren Last." *)

---

*) Die Leser erinnern sich aus Shakespeare's König Richard der Dritte, Act 1, Scene 3, des Monologs Richard's als Herzog Gloster's.

Beobachtungen wie die oben gedachten haben den speciellen nächsten Anlaß und Beweggrund zur Veröffentlichung unserer Schrift gegeben. Die Lloydartikel lauten wie folgt.

Aus Norddeutschland, 20. November.

Vor Kurzem hieß es in den Blättern, die Frankfurter Postzeitung sei verwarnt worden. Letztere hat nun eine berichtigende Erklärung gegeben, wonach lediglich — aber allerdings — „Bemühungen" stattgefunden haben, die in der gegenwärtigen Krisis von der Postzeitung strict eingehaltene Tendenz durch „gewichtige Einflüsse auf die Redaction umzustimmen."

Was für Einflüsse mögen das gewesen sein? Es ist nicht ohne Interesse, darnach zu fragen und Antwort zu erhalten. Es gehört zur politischen Signatur der Gegenwart, daß und wie auf die Tagespresse durch Beeinflussung einzuwirken gesucht wird, es gehört zur Charakteristik der Presse, daß oder wiefern die „Bemühungen" die Redactionen „umzustimmen," mit Erfolg angewendet werden, ob und wiefern und wo man nachgiebt und die weiche Seite zeigt oder Gesinnung, Muth, Uneigennützigkeit und Unabhängigkeit beweist.

Es war vor einiger Zeit zu auffallend, um dem Bemerktwerden entgehen zu können, daß „Bemühungen," die Redactionen namentlich von preußischen Blättern umzustimmen, sowohl stattfanden als den besten Erfolg hatten. Mehrfache Indicien wiesen darauf hin, daß es preußische Einflüsse waren, die zur Umstimmung der Postzeitungs-Redaction versucht worden.

Vor einigen Wochen nahm die Neue Preußische die Postzeitung wiederholt aufs Korn. Letztere faßt Preußen stets mit sehr spitzen Fingern an. Ein Manöver übend, das unten näher gekennzeichnet werden soll, behauptete Nr. 253 die Neue Preußische, die Postzeitung greife Preußen in einer so böswilligen und leidenschaftlichen Weise an, daß sie kaum noch von den „Invectiven" des Lloyd überboten werde — Gracchi de seditione querentes! Sie bezog sich dabei auf einen Postzeitungsartikel, worin das Verhalten Preußens, die vier Punkte moralisch zu unterstützen und dann fallen zu lassen und abzuschwächen, kritisch beleuchtet, schlagende und freilich unangenehme Wahrheit gesagt, aber Ruhe, Anstand und Mäßigung voll-

XVIII.

Es würde uns hier zu weit führen, die angehende und zunehmende Wirksamkeit des Chors der vereinigten Stim-

ständig beobachtet, lediglich die Sache behandelt, alles Verletzende im Ton vermieden und namentlich auch nicht die leiseste Spur von dem was Invective genannt werden mag, zu finden war. Daß die Neue Preußische die Postzeitung der Böswilligkeit, der Leidenschaftlichkeit, arger Invectiven fälschlich bezüchtigte, geschah genau in der Zeit, wo sie fast in jeder Nummer jene alleräргsten, wirklichsten Invectiven gegen Oesterreich schleuderte, die zu einem öffentlichen Scandale wurden. Weiter nahm sie dann die raffinirt-böswillige Wendung, wenn die Taxis'sche Postanstalt bei Vertheidigung der deutschen Interessen an der Donau kein Opfer an Papier und Druckerschwärze scheue, so könne man hoffen, daß sie auch ihrerseits für die Förderung der deutschen Interessen am Main das Ihrige beitragen, die Verkehrsverhältnisse im Taxis'schen Postbezirke vorwärts bringen werde; thue sie das nicht, so werde man an dem Tage, welcher den von ihr so heißersehnten europäischen Krieg schließe, fragen: welchen deutschen Interessen denn die Privatpostanstalt des Fürsten Taxis entspreche — keinem! und die Folge werde sein: keine Taxis'sche Postanstalt mehr.

Das war denn, was man wohl einen Wink mit dem Zaunpfahle nennt. Selbst bedroht in der Freiheit ihrer Aeußerung hat die Neue Preußische nicht verfehlt, entschieden und scharf die zur Verkümmerung des Rechtes der öffentlichen Meinungsäußerung durch die Presse zur Anwendung kommenden Schleichwege, Bestechungs- oder Einschüchterungsmittel zu verurtheilen. In Obigem bediente sie sich selber eines solchen, und zwar eines sowohl von der stärksten als gemeinsten Art. Der Besitzer der Postzeitung und Taxis'schen Postanstalt gehört den preußischen Standesherrn und den Kreisen an, in welchen die Neue Preußische hauptsächlich ihr Publicum, ihre Gönner und Helfer hat, auf welche sie hauptsächlich Einfluß zu üben sucht. Von Leuten, welche solcher öffentlichen Beeinflussungen sich bedienen, und nicht schämen, ist ohne Zweifel auch zu erwarten, daß sie ihre Stellung und ihre Connexionen eben so beflissen und unwählerisch benutzen, im Geheimen ähnliche Hebel anzusetzen.

Aus Norddeutschland, 22. November.

Ein Manöver der preußischen Presse. Worin besteht es? — Exempla docent. Im Sommer vorigen Jahres, als die Nothwendigkeit deutscher Eintracht mit doppelter Gewalt sich aufdrängte, fing es an, daß die preußisch-hegemonischen Ideen wieder auf die Bahn gebracht wurden, daß man in der preußischen und

men der chorführenden „Publicisten" und Hexenmeister des Central-preßbüreaus, der in dessen Interesse und Influenz Gezogenen und der

---

kleindeutschen Presse die „selbstständige" Politik aufdringlich empfahl und methodisch auf den Bund und dessen Unthätigkeit und Unvermögen schalt. Als es hieß, Oesterreich suche Preußen zu einem gemeinschaftlichen Antrage zu bestimmen, wurde sofort in jener Presse allgemeines Geschrei dawider erhoben und noch ungestümer gefordert, daß sich Preußen ganz freie Hand behalte, auch am Bunde oder vielmehr vom Bunde, und nun sprachen preußische Blätter und berlinische Correspondenten in nicht-preußischen Blättern u. a. auch von „Preußen und seinen Verbündeten am Bundestage." Ein Leiter der Postzeitung (Nr. 263) knüpfte hieran eine Erörterung des wesentlichen Inhalts: Wir sind zum Bunde aus den Sonderbünden zurückgekehrt, sind heraus aus den kläglichen Zeiten der preußisch-norddeutschen Union und österreichisch-süddeutschen Coalition. Redensarten wie jene jetzt wieder verlautende, erneuern thöricht die Erinnerung an die Periode der Sonderbünde, und zeigen daß Manche noch immer in den sonderbündlerischen Ideen leben und auf Erneuerung der sonderbündlerischen Bestrebungen denken, worauf auch sonst allerlei Anzeichen hindeuten. Die alte und neue deutsche Geschichte enthält die dringendsten Warnungen davor. Auch lehrt sie deutlich, daß die Rhetoren, Sophisten und Pamphletisten der Sonderbünde, die man freilich wegen ihres Bankerottes berechtigt ist mit Gelächter zu begrüßen, von den älteren deutschen Kriegen mit ihren Ligas und Unionen bis zu den Zerrüttungen, die wir erlebt, nur zu viel Macht besitzen, zu schaden und zu verleiten. Damit sie nicht Stillschweigen für Zustimmung nehmen, mag ihnen entgegengesagt und wiedergesagt werden: so geht es nicht; was Ihr wollt, das wollen die Anderen eben nicht; treibt Ihrs zu neuen Sonderbünden, so bleiben die Gegenbünde nicht aus und Euer Vermögen reicht nur zu, dem Vaterlande Schaden und Euch selber Schimpf zu bereiten.

Gleichzeitig brachte die Allgemeine Zeitung einen Artikel ähnlichen Inhalts — und nun stand der Rhein in Flammen.

Die Politik von Frankfurt-Gotha-Erfurt war eine aggressive gegen diejenigen Staaten, Dynastien und Stämme, die sich der preußischen Oberherrschaft nicht fügen wollten. Noch viel aggressiver und feindseliger waren die Auslassungen der klein-deutschen Politiker, die das Project betrieben. Die Widerstrebenden sollten selbst durch die Emeute und den preußischen Säbel gezwungen werden, sie wurden in den Organen der Partei unabläßig und unerhört gereizt und mißhandelt — und sollten, so oft sie nur ein Wort zur Vertheidigung und Abwehr sagten, stets angefangen haben, sollten ihrerseits am Coalitionsunwesen Schuld sein, den Haß der Stämme und

wahlverwandten preußischen und nichtpreußischen Organe im Einzelnen zu verfolgen. Es soll nur noch auf einige vorspringende Momente seines Wirkens hingedeutet werden.

---

den Gegensatz der Staaten ihrerseits erneuern, preußenfeindlich reden und handeln, darnach trachten, Preußen um seine Stellung in Deutschland zu bringen u. s. f. Darin bestand eines der mit wunderbarer Uebereinstimmung, Einhelligkeit und Allgemeinheit betriebenen Manöver dieser preußischen Presse, die Gegner zum Schweigen zu bringen und die gesammte Presse in ihrem Sinne zu monopolisiren.

Die Artikel der Postzeitung und der Allgemeinen standen sichtlich außer allem Zusammenhange. Der Ausdruck „Preußen und seine Verbündeten am Bundestage" war in einer preußischen, jedoch nicht veröffentlichten Depesche gebraucht. Man erfuhr dies nun erst, als eine ganze Reihe von preußischen und nicht-preußischen Blättern unter Hervorsuchung eines Zusammenhangs Lärm schlug, ganz mit der vorigen Tactik die Sache so verdrehend als läge ein Fall von Preußenfeindlichkeit vor, als sei nicht die angegriffene preußische Rhetorensippschaft und deren Treiben, ihre Politik der Regierung aufzudringen, (der Verfasser des Artikels hat das Rundschreiben des Preßbüreaus nicht gekannt) sondern Preußen angegriffen, als rühre und erhebe sich ohne allen Anlaß die „österreichische Presse," als hätte diese ein entsetzliches Attentat begangen, störe die schöne deutsche Einigkeit, kreuze den guten Willen Preußens, mit Oesterreich, zumal am Bundestage, friedlich und einig zu sein, habe — angefangen. Die preußische Presse durfte gegen Oesterreich nach Gefallen schüren und hetzen, die preußischen Herrschgelüste, die Sonderbündelei neu aufs Tapet bringen, aber dawider durfte Niemand ein Wort sagen, sonst hatte er den Frieden zwischen Preußen und Oesterreich gebrochen.

So Weserzeitung, Preuß. Correspondenz u. s. w. u. s. w., voran aber die alte Gegnerin der Politik von Frankfurt-Gotha-Erfurt, die Neue Preußische, in zwei Premier-Berlins. Sie brachte das Erscheinen der beiden Artikel in Zusammenhang mit der Rückkehr des Bundespräsidialgesandten, und dann sollte der in der Postzeitung von Herrn v. Prokesch selbst geschrieben sein, während letzterer, was ich zu verbürgen in der Lage bin, vollkommen unschuldig daran war, und auch diplomatische Reclamationen blieben nicht aus.

Die mißhandelte und herausgeforderte Postzeitung schwieg. Nur die Neue Münchener signalisirte das „Manöver." Die Postzeitung soll neuerdings mit Preußen angebunden haben. Es hat ihr eine wenn nicht polizeiliche doch kreuzzeitungliche Verwarnung und „Bemühungen" zugezogen, sie durch „gewichtige Einflüsse" umzustimmen. Ueber die Region, von wo diese Bemühungen ausgehen,

In der Periode der **Dresdener Conferenzen** und der **Rückkehr zur Bundesverfassung** fistulirte und charivarilärmte das preußische Concert in der Presse dawider nach besten Kräften, obschon andern Rath nicht wissend, nur dem allbeherrschenden Aerger Luft machend, das Süße mit dem Saueren abweisend, um Jenes einzubüßen und dieses doch behalten zu müssen. Wenn damals eine gefaßte, verständige, kräftige Meinung und Presse gewesen wäre, die die Rückkehr zur älteren Verfassung zugegeben, zugleich aber mit Nachdruck auf deren Reform bestanden hätte! Allein die Meinung war unsicher oder ganz pervers, die Presse zum nur zu großen Theile ließ sich ziehen, folgte dem Strome und mißleitete statt zu leiten, wie sie es 1848 gethan hatte, und trieb ohne allen politischen Verstand die nach Frankfurt widerwillig zurückkehrende, nach Erfurt zurückblickende und zurückwendende, Alles verderbende deutsche Politik Preußens. Das Concert zielte dahin und hat gewiß nicht wenig dazu gethan, daß die Conferenzen in Dresden ohne Resultat zergingen, wenigstens nur „schätzbares Material" lieferten und daß dieses liegen und die Bundesverfassung unreformirt blieb. Seitdem that es das Möglichste bis auf diesen Tag, zu verhindern, daß es zur Befestigung, Belebung und Bethätigung des Bundes komme, der allerdings auch lose und lahm erhalten und ohne Ansehen und Sympathie bleiben muß, wenn Preußen mehr und mehr an die Spitze treten soll, genau wie zu Friedrichs Zeiten das Reich nicht reformirt werden durfte, wenn Preußen oder der preußisch-deutsche Bund an dessen Stelle gesetzt werden und Deutschland unter preußischer Leitung neu constituirt werden sollte. (Vergl. Nr. IX. Vergl. auch die berufene preußische Denkschrift von 1822, worin ebenfalls der preußischen Politik die Aufgabe gestellt wird, immer mehr und mehr an die Spitze zu treten, und als Mittel empfohlen wird, den Bund lahm zu halten, in Mißachtung verfallen zu lassen, der Auflösung entgegenzuführen.)

Höchst auffällig betonte der Chor das specifisch-preußische Interesse, wie er es verstand, zur Zeit der **Verhandlungen über den österreichisch-deutschen Zoll- und Handelsbund.** Er stellte dabei die Interessen, um welche es in erster Linie sich handelte in die zweite und dritte. Er brachte die ganze Sache

---

kann schwerlich ein Zweifel sein. Das aus den Blättern schöpfende und für die Tagespresse und deren Bewegungen und Verhältnisse sich interessirende Publicum sollte ein wenig Acht haben auf diese Dinge.

unter den Gesichtspunct der deutschen Politik Preußens und gab ihr die Wendung, als ob es der Hegemoniefrage gölte. Sehr durchsichtig war, daß es ihm hauptsächlich auf Hannover ankam und daß er weit lieber als die gesammtdeutsche Einigung die handelspolitische und demnächst die politische Mainlinie gehabt hätte. Er glaubte, daß er sie bekommen werde, wenn Hannover im gewünschten Sinne beim Septembervertrage bleiben wollte oder festgehalten werden könnte. „Hätten wir Hannover! Wir werden Hannover haben! oder: Wir haben es und schütteln dann die süddeutschen Bleigewichte ab" — der Ton klang hundertfach vernehmlich durch, bald ein schmeichelnder bald ein drohender.*)

XIX.

Sehr glänzend und mit großem Effect concertirte die officielle und officiöse preußische und preußenfreundliche Presse bei der Jahdebusen-Angelegenheit. Der Chor gab den Ton an, und Jubel ertönte in Troja-Kleindeutschlands Hallen. „Preußen ruft die zu Grabe getragene deutsche Flotte ins Leben zurück, die Küsten und der Handel der Nordseestaaten sollen Schutz erhalten durch eine Kriegsflotte, Preußen nimmt seinen deutschen Beruf wahr, Preußen für die deutsche Sache! — und oh des Scheelsehens des partikularistischen undeutschen Hannovers!" So hallte es von allen Zungen des Preßbüreaus, hallte wieder aus allen preußenthümelnden Organen und die Gefühls- und Süßwasserpolitiker im Binnenlande, ja selbst die hamburgischen Blätter und das große in Bremen erscheinende Blatt, damals noch ganz preußenthümelnd, sie, die auf die Sache und die Interessen der Nordsee-

*) So gab die preußisch-erbkaiserliche Partei in Frankfurt die süßesten Worte, und wurde brutal und drohte, wenn es nicht half, mit dem preußischen Säbel. Mit diesem sollte Hannover, wie eventuell beim Septembervertrage, so auch beim Dreikönigsbündniß festgehalten werden, als sich Zureden vergeblich zeigte. Man gab sich neuerdings alle freundliche Mühe, Hannover festzuhalten unter den Verbündeten Preußens am Bundestage, General Nostitz machte deshalb manche Reise, man bedrohte es dann durch das Sprachrohr der Stettiner Norddeutschen mit der Aufstellung eines Armeecorps in der Provinz Sachsen, falls es „sonderbündlerische" und zu Oesterreich neigende Gelüste hege und die moralische Entrüstung der preußischen Presse war groß darüber, daß Oesterreich auf einen „Sonderbund" ausgehe.

staaten und speciell der Seestädte sich hätten besser verstehen sollen, halfen rufen.

Es handelte sich klärlich ganz und gar nicht um eine deutsche Sache, sondern um Particularinteressen mehrerer norddeutschen Staaten, namentlich Preußens, Hannovers und Oldenburgs. Preußen verfolgte das Ziel seiner deutschen Politik in den Nordseestaaten, Hannover war es nicht recht sich noch näher von derselben umsponnen zu sehen, während Oldenburg, als eine der übrig gebliebenen Domänen der Gothaer, und dann weiter deshalb Preußen sekundirte, weil es Verlangen nach gewissen materiellen directen und indirecten Vortheilen, Eisenbahnen u. dgl. trug, die es Theils durch die Hafenanlage zu erlangen, Theils nur durch die preußische Kriegsflotte oder vielmehr durch den wegen derselben ins Spiel gezogenen Einfluß Preußens Hannover abgewinnen zu können glaubte. Der preußisch=oldenburgische Vertrag über die Jahdehafenanlage war ein Stück repristinirter Politik Erfurt, ein Stück der Politik, mit Löffeln wiederzugewinnen, was in Olmütz mit Scheffeln hatte wiederhergegeben werden müssen, ein Zug auf dem Schachbrett der „deutschen Bestrebungen" Preußens und des Antagonismus wider dieselben. Preußen bot Schach dem Könige — dem Könige von Hannover. Es machte eine administrative Eroberung. Es gewann festen Fuß für verstärkten Einfluß in den Nordseestaaten. Seine Interessirtheit, sein Partikularismus waren großartiger, wurden aber vom preußischen Concert in der Presse hinter schönklingenden Titeln so dreist als künstlich versteckt, ja, wenigstens zum Schein, in ihr Gegentheil verwandelt, wodurch denn nicht wenige der ehrlichen deutschen Enthusiasten, deren Philosophie sich von Manchem, was freilich vor ihren Augen im lieben Vaterlande vorgeht, nichts träumen läßt, auf eine ganz falsche Fährte geführt wurden.

Zwar hielten insbesondere hannoversche und oldenburgische Blätter verschiedener Richtungen und Farben das Widerspiel. Sie wiesen actenmäßig nach, daß die anhaltenden Bemühungen besonders der Nordseestaaten, in specie Hannovers, die vorhandene Kriegsflotte zum Bundesinstitut zu erheben und als solches weiterzubilden, als Sache der Gesammtheit, als deutsche Flotte wenigstens zu conserviren, vornämlich an den Gegenoperationen, dem beharrlichen Widerspruch, der consequent verfolgten Tendenz Preußens, eben die deutsche Flotte zu beseitigen, gescheitert waren. Sie sagten: Also will Preußen eine deutsche Flotte eben nicht,

sondern eine preußische, oder zum Höchsten eine norddeutsche, die doch nicht ohne Weiteres eine deutsche ist, deren Stelle nicht ersetzen kann, und dies am wenigsten vermag, ehe sich Preußen an die Stelle von Deutschland gesetzt oder mindestens Kleindeutschland constituirt hat, wohin freilich die Reise gehen soll. Die Grundbedingung einer deutschen Flotte, wie sie sein muß, ist ein einiges wohlverfaßtes Gesammtdeutschland, und dazu will es gerade Preußen nicht kommen lassen, was auch die Jahdehafensache abermals zeigt. Dies Gerede von der deutschen Flotte, die durch Preußen wieder erstehen soll; ist nichts Anderes als die Vögel auf den Bäumen zeigen. Preußen hat weder die Millionen aufzuwenden, noch besitzt es die Handelsflotte im Nordseegebiet, noch verfügt seine Büreaukratie über die zur Leitung maritimer Sachen von so viel anderm und größerm Maßstabe erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen, die darum nicht weniger nothwendige Mittel und Vorbedingungen der Errichtung und Entwickelung einer Kriegsflotte sind, weil die Flottenenthusiasten im Binnenlande keinen Begriff davon haben. Preußen hat Gelüste und Velleitäten, nicht aber das Zeug, Seemacht oder die deutsche Macht, die Großmacht zu werden, wie sie davon träumen und singen und sagen, als wäre es seine Aufgabe und sein Beruf. — Die Nordseestaaten sollen doch aber einen Seeschutz erhalten! — Aber wer dringt denn Wohlthaten auf? Haben sie doch nach dem preußischen Kriegsflottenschutze ganz und gar kein Verlangen gezeigt. Sie wehrten sich mit Hand und Fuß, als Preußen ihnen die gemeinschaftliche Errichtung einer Nordseeflottille vorschlug und so süß zu machen suchte, weil sie erkannten, es sei auf ein Institut abgesehen, dessen Kosten vornämlich ihnen zufallen würden, und von welchem Preußen die Leitung und obenein die Gelegenheit erhielte, um so mehr in allen ihren häuslichen Angelegenheiten mitzureden. Steht Deutschland, stehen die Nordseestaaten gut mit den Seemächten, so bedürfen sie preußischer Kriegsschiffe nicht, und befinden sie sich im Kriegszustande gegen jene, so helfen ihnen diese nichts, mit welchen Preußen über die Linie der Spielerei gegenüber so kolossalen Flotten nicht hinauskommen wird. Geräth es mit den Seemächten in Hader, so sieht Jeder, der nur das mindeste Urtheil in diesen Dingen besitzt, welchen Nachtheilen und Gefahren die preußische Kriegsflotte und der Kriegshafen an der Jahde die Küsten und Plätze und den Handel der Nordseestaaten preisgeben würde, statt daß sie des verheißenen Schutzes sich getrösten könnten. Preußen, das jetzt nicht unsern Schutz, sondern

seine alleinige Meerherrschaft in unserem Seegebiet sucht, hat sich überhaupt nicht als eine Macht erwiesen, von der sich Schutz erwarten ließe. Umgekehrt, es liegt in den Schlingen Rußlands, also würden wir nur Schädigungen von seinem verheißenen neuen Schutze ohne allen Gewinn haben; mit ihm droht das Eindringen preußisch-russischer Maximen, Einrichtungen, Zustände; soll doch 1849 und jetzt wieder die Rede davon gewesen sein, zur Eindämmung der Revolution in Westeuropa Oldenburg gegen ein Ostseeland zu vertauschen, um Rußland eine feste Position in Deutschland zu verschaffen; Rußlands agnatische Zustimmung ist von Oldenburg und Preußen unzweifelhaft nachgesucht, es werden ihm ebenso unzweifelhaft Zugeständnisse dafür gemacht sein, es hat ein großes Interesse wenigstens am Mitbesitz eines Nordseehafens, und so wird der Jahdehafen sicher auch die Bestimmung erhalten, russische Kriegsschiffe darin ausbessern, ausrüsten, überwintern zu lassen u. s. w. Die Anlage ist mit Einem Worte vielleicht eben so sehr ein russisches als ein preußisches und jedenfalls ein bloß preußisches und kein deutsches Institut.

So und so weiter die Gegenrede. Allein diese Stimmen verhallten in dem gemachten neuen Deutscheflotte-Enthusiasmus, sie drangen zu den meisten Ohren gar nicht hin. Die preußischen und preußenfreundlichen Blätter reproducirten nicht einmal das Actenmäßige, ignorirten den Widerspruch oder verschwiegen doch dessen beste Motive, verschlossen ihm aus Voreingenommenheit oder Furcht ihre Spalten und beflissen sich, einen übeln Schein auf ihn zu werfen, ihn als Neid, partikularistischen Egoism u. dgl. zu stigmatisiren, die Gefühle und Vorurtheile dawider zu erregen, statt sich mit dem Aufstellen von Gründen gegen Gründe zu befassen und ihre Leser damit zu bemühen, mit ihnen in eine Sache einzugehen, in welche sich hineinzudenken zumal dem Binnenländer ohnehin nicht leicht ist. Zwar standen ihnen redende Thatsachen entgegen. Eben Preußen hatte doch die deutsche Flotte zu Grabe gebracht, die preußischen Vergrößerungstendenzen waren doch notorisch genug, immer war deutsch genannt, was im separatistischen Sinne dafür geschah, die Nordseestaaten hatten den ernstesten Willen bethätigt, eine deutsche Flotte erhalten und haben zu wollen. Allein die in Deutschland so zahlreichen Gemüths- und Phantasiepolitiker achten wenig auf Facta, geben wenig darauf oder wissen nicht viel damit anzufangen. Es war um so schwerer, das Publikum entgegen jener Presse über eine Sache aufzuklären, wobei sich mit Schlagworten

und landläufigen Phrasen so viel ausrichten ließ. Hatten doch die Agenten Preußens in den Blättern ein so populäres Thema. Hatten doch die Redensarten von der deutschen Flotte und ihrer Wiederauferstehung und vom Nordseeschutze und sich abermals bethätigenden deutschen Berufe Preußens so hellen, lieblichen, bezaubernden und die Köpfe einnehmenden Klang. Man läßt den Bund in populären gemeinsamen deutschen Angelegenheiten zu nichts kommen, und schilt dann auf ihn, daß er darin nichts thue. Er ist einmal unpopulär und viel Publikum merkt nichts. Die Nordseestaaten hatten die Flotte zur Bundessache machen wollen. Das war unpopulär, viel Publikum wollte lieber keine deutsche oder doch nur eine scheindeutsche Flotte als eine vom Bunde. Darauf konnte man Rechnung machen.

Wider die Stimmen practischer und sachverständiger Urtheiler, auch gegen solche, die eben aus dem deutschen Standpunkte widersprachen, wurde dasselbe Geschrei erhoben wie 1848 bis 1850, wo diejenigen als partikularistisch, unpatriotisch, undeutsch verschrieen wurden, die nicht im Theilen von Deutschland die deutsche Einheit, in der preußischen Oberhoheit das einzige Heil des Vaterlandes, in der preußischen die deutsche Sache erblicken wollten.

Erst noch vor einigen Wochen brachte die Allgemeine Zeitung die Jahdeangelegenheit wieder auf das Tapet. Hannover hatte einen Protest wider die preußische Anlage vorbereitet oder in Frankfurt schon eingereicht, es sollte Schritte auch in Petersburg gethan haben. Und: — ein Unternehmen stören, das mit solchem Jubel begrüßt wurde! Das Halloh ging durch die Blätter. Besonders die preußischen stimmten in den Allarmruf ein.

Man hatte doch Zeit gehabt, sich über die Sache zu besinnen. Aber kaum eine Spur, daß es geschehen wäre. Bis dahin war noch kein Resultat zum Vorschein gekommen, als daß — die natürliche und nothwendige Folge der verdeckten oder offnen, kühnen oder zaghaften Griffe der deutschen Politik Preußens — als daß, sagen wir, eine unangenehme Spannung, ein unglücklicher Zwiespalt zwischen drei deutschen Staaten eingetreten war, in einem Momente, wo das innigste Einvernehmen Aller so wichtig und nöthig ist. Preußen hatte durch seinen hinter dem Rücken Hannovers abgeschlossenen Vertrag ohne Frage angefangen. Doch davon war nicht die Rede. Auch noch die officielle Preußische Correspondenz gab dem verletzten Hannover einen Stoß, auch sie schrieb vorwurfsvoll, die gesammte deutsche Presse habe die

fenanlage mit Jubel begrüßt und doch wußte Niemand besser als sie, von woher der Jubel ausgegangen und wie er gemacht war. Erst einen Jubel machen und sich dann darauf berufen wie auf ein Zeugniß! Vielstimmig sein Urtheil aussprechen und es dann aufführen als Autorität! Und obenein den Mund recht voll nehmen und auch ein wenig neben der Wahrheit hergehen. Die gesammte Presse, das war die preußische und preußenfreundliche, — die hannoversche und die oldenburgische und die Stimmen in manchen Blättern, welche doch anders gelautet, zählten nicht mit.

XX.

Wie und wie umfänglich diese preußische und preußenthümliche Presse ihr Wesen seit dem Eintritt der jetzigen großen Krisis getrieben hat, davon wäre ein Buch zu schreiben. Es ist indeß noch im frischen Gedächtniß derer, welche es beobachtet haben, es hat seinen Fortgang und kann leicht von den aufmerksam Gewordenen selbst beobachtet werden. Um so mehr beschränken wir uns auf ein paar kurze Bemerkungen darüber.

Der Chor dieser Presse ist der perpetuirliche auf seine Weise manövrirende Einbegleiter und Einläuter, Defensor und Lobredner der preußischen Politik in allen ihren Wendungen und Windungen gewesen.

Er hat insbesondere die Eifersucht, die Mißgunst, die Empfindlichkeit gegen Oesterreich zu nähren und zu reizen, die Absichten und Bestrebungen Oesterreichs zu entstellen und zu schwärzen, zu kreuzen und zu vereiteln sich beflissen, damit Deutschland, von dem einen seiner Großstaaten in seinem antirussischen Interesse verlassen, ja kein Vertrauen fassen möchte zu dem andern, der dasselbe vertrat, damit ja Alles in Mißtrauen, Hader und Rathlosigkeit sich ganz und gar auflöse.

Beflissen hat der Chor dahin operirt, daß es zu keiner gemeinsamen activen deutschen Politik komme, und daß vielmehr die kleineren deutschen Staaten an Preußen und dessen Politik sich anhängen möchten.

Er hat nur zu eifrig und anhaltend die Meinungen zu verwirren, die Urtheile zu trüben und irre zu leiten, die wahre Lage zu verschleiern, die wirklichen Thatsachen in ein falsches Licht zu stellen, die Stimmung zu verderben, die Worte und die Sachen herumzudrehen gesucht.

Er hat zur Erreichung seiner Zwecke namentlich alle Mittel auch der schlechten und schlechtesten Rhetorik und Sophistik angewendet.

Welches und wie viel von dem Allen dem officiellen, dem officiösen, dem wahlverwandten Theile dieser Presse zur Last fällt, läßt sich nicht leicht sagen.

Um ein Beispiel hervorzuheben, so sind wohl — was diese Species ihrer Thätigkeit anbelangt — die gröbsten und boshaftesten Invectiven gerade von officiell gehaltenen Organen ausgegangen, obgleich man zweifelhaft sein könnte, ob nicht das Organ der Ritter- und Hofpartei es ihnen darin zuvorgethan habe. Aber geleistet hat jedenfalls die officielle und officiöse preußische Presse in Bitterkeit, Gehässigkeit, herausforderndem und schmähendem Tone und im Widerspruch mit den Maximen, Ermahnungen und guten Vorsätzen am Schlusse des Rundschreibens der Centralstelle (vergl. S. 18) Großes, sehr Großes.

XXI.

Zur Kritik nicht gar zu viel. Sie findet sich schon, wenn die Thatsachen constatirt und vor Augen gebracht sind. Wir halten mit unserm subjectiven Urtheile nicht zurück, möchten aber möglichst vermeiden, anderweitem vorzugreifen, sind auch der Meinung, daß diese Dinge sich selber richten, sobald sie erkannt werden.

Was unter unserer zweiten Nummer über die Wirkungen der Censur und zu deren Nachtheile gesagt ist, trifft großentheils und vielleicht in noch höherem Maße auch das Centralpreßbüreau und dessen mit der einer verwandten Presse vereinten Thätigkeit zum Zwecke der Beeinflussung und bezüglich Beherrschung der öffentlichen Discussion und Meinung. Wohl in noch höherem Grade als es die Censur that dürfte das Preßbüreau den Ausdruck der letztern durch seine Bestrebungen und Hülfen hier behindern, dort trüben oder fälschen.

Man kann allenfalls Talente kaufen, aber keine Charactere. Nur ausnahmsweise werden sich auch nur talentvolle und durchgebildete Männer von reiner Lebenslage dazu hergeben, für Geld und Sold, in subordinirter Stellung nach aufgegebenen wechselnden Thematen oder auf Bestellung und nach angegebenem Zuschnitt berichtende oder erörternde Zeitungsartikel zu schreiben. Zu solcher literarischen Fröhnerarbeit kann eine Behörde schwerlich ein

anderes Personal zusammenbringen als eins, das dem größten Theile nach aus dem leidigen, in politischer oder anderer Schriftstellerei machenden literarischen Proletariate recrutirt wird, als eins, das aus verlorenen Studirten oder in anderen Carrieren Verdorbenen, aus einigermaßen literarisch gebildeten, jedoch zu etwas Rechtem untüchtigen, meist jugendlichen Leuten, politischen und publicistischen Handwerkern und Pfuschern besteht. Es ist obenein schwer zu vermeiden, bei Auftreibung dieses Personals nicht vielfach an loses und bisweilen ganz nichtsnutziges Gesindel zu gerathen.

Die Geld- und Lohnschriftstellerei verdirbt unausbleiblich auch gute schriftstellerische Anlagen und Schriftsteller. Sie verleitet breit zu schreiben und Gewäsch zu machen, um den Bogen oder den Brief zu füllen, oder zu disputiren, zu erfinden, zu zanken, Stoff bei den Haaren herbeizuziehen um welchen zu haben.

Sie demoralisirt mehr und mehr, indem sie mehr und mehr gewöhnt, ohne oder wider Ueberzeugung und Gesinnung zu schreiben.

Die Angestellten eines Instituts, wie es das Preßbüreau ist, sind literarische Bediente und gewiß häufig auch Aspiranten, die etwas werden wollen, sie befinden sich also in der Lage, aus Wohldienerei übereifrig zu werden und aus Dienstbeflissenheit des Guten zu viel und weit mehr zu thun als man bei der Regierung eigentlich will. Sie sind Bediente, aber einer hohen Herrschaft und werden darum leicht übermüthig und frech. Sie sind berufsmäßige Wortemacher und Defensoren in Sachen, die sie nicht recht verstehen, die sie nicht vollständig übersehen, für die sie kein Herz, an denen sie nur ein dialectisches Interesse haben, die sie nicht billigen, oder die sie misbilligen. Sie sind daher häufig nicht befähigt, die Sachen richtig und gut zu behandeln und stets versucht, innere Hohlheit und Leere durch Wortschwall und angenommenen stolzen Ton zu verdecken. Sie schreiben noch hochfahrender, weil sie so leicht in Einbildungen gerathen, Mehrwisser als Andere, Mitwisser der Staatsgeheimniße, Eingeweihte in die Regierungsgedanken zu sein. Wenn sie nach Allem und Allem nicht schon bei ihrer Anstellung bloße Rhetoren sind, so werden sie durch ihre Beschäftigung dazu gemacht, und die Rhetorschaft bringt die Sophisterei und Rabulisterei mit sich.

Noch eine besondere Versuchung, politische Rhetoren und Rabulisten zu werden, mußte den Angestellten des Berliner Centralpreßbüreaus aus dessen Aufgabe und Tendenz entstehen, auf

das Ziel der „deutschen Politik Preußens“ hinzuarbeiten, da diese und ihre Verfolgung es mit sich bringen, daß sie in der Regel verhüllt, so und anders bemäntelt, daß das Ziel verhehlt und unter allerlei Vorwänden, Vorgeben, ganz anders lautenden oder tönenden Namen und dergleichen versteckt werden muß.

Was kann aber dabei Gutes herauskommen, wenn Leute der gekennzeichneten Art in der Presse sich breit machen, überall bei der Hand sind und sich vordrängen, den Ton angeben, das große Wort führen, sie gar beherrschen?

Die Geistlosen und Ungeschickten unter ihnen bringen in die öffentliche Erörterung einen kanzleimäßigen steifen und wenn heftigen, doch kalten Schreiberton. Sie schreiben dumm und dummdreist in den Tag hinein, sie lassen sich, täppisch wie sie sind, auch wohl ertappen, treiben es endlich dahin, daß ihnen auf die Finger gesehen werden muß und daß ihnen mit leichter Mühe, wie es in dem ersten der angeführten Lloydartikel geschehen, ihre Manipulationen und Blunder nachgewiesen werden können, so daß sie sich und zugleich die ganze Presse welche sie bedienen, lächerlich machen. Nach den vielbelachten Schnitzern der Büchercensoren kommen nun als Objecte der Spötterei die der Federkünstler des Berliner Preßbüreaus an die Reihe.

Durch die *geschickten* Rhetoren desselben kommt in die öffentliche Discussion noch ungleich nachtheiliger, der Character des Schielenden und Falschen, ein Ton der Sophisterei, Rechthaberei und Unwahrheit ohne alle Wärme, so lebhaft er sein mag, hinein, die Politik, welche sie machen, wird zu einer Politik der Phrase, die von ihnen dominirten Blätter klären nicht wahrhaft auf, sondern geben nur das Licht von falschen Lichtern oder Irrlichtern, sie mögen überreden, aber sie überzeugen nicht, sie verderben oder vernichten bei den Lesern das Interesse an den Sachen und wecken oder machen das byzantinische an den Disputionen und Klopffechtereien überwiegen.

Aus diesen Gründen muß der Eindruck ein vielfach unheilsamer sein, den diese Presse bei den Lesern hervorbringt, welche von ihr influirt und geführt werden, ohne etwas zu merken. Diejenigen aber, welche die Absicht, die Täuschung auch nur fühlen, die das Geheimgetriebe durchschauen, die es erkennen, daß eine Beherrschung der Presse und Meinung — und welcher Art, von was für Leuten und durch welche Spiegelfechtereien — geübt werden will, daß misbilligte Ansichten und Tendenzen ihnen andichtet, untergescho-

ben oder aufgedrungen werden sollen, oder endlich die sich und die Vertreter ihrer Gesichts= und Zielpunkte aus der Discussion verdrängt sehen: sie werden und müssen verstimmt werden, die positiven Einwirkungen dieser Presse auf die Presse, auf die Schriftsteller und Leser sind ähnliche und werden ähnlich und vielleicht noch bittrer und als noch gehässiger empfunden, denn vormals die Striche der Censur.

Durch allerlei künstliche Mittel wird dem Ausdruck von Meinungen, Gesinnungen, Richtungen das Uebergewicht verschafft und zugleich der Schein erweckt und wieder mit Schein behauptet, daß sie die vorherrschenden wären die sie nicht sind. Das empört. So unterwirft man sich weit eher und gelassener der Gewalt als der Tyrannei, welche durch Beugung des Gesetzes und unter dem Scheine der Gesetzlichkeit geübt wird. Die Tyrannei, welche zu sagen zwingt, was man nicht denkt und für wahr hält, ist ärger als die, welche bloß verhindert das Gedachte und für wahr Gehaltene zu sagen. Aehnlich verhält es sich, wenn durch ein Institut die Discussion monopolisirt wird. Die Censur verhinderte bloß berechtigte Aeußerungen vernünftiger Gedanken, den vollen und wahren Ausdruck der im Volke lebendigen Meinungen. Das Centralpreßbüreau thut dies gleichfalls, verbreitet aber obenein Regierungsmeinung als Volksmeinung, macht die nicht=gouvermentale Presse reden wie nicht im Volke, sondern bei der Regierung gedacht wird, macht das Volk durch seine Organe sagen, was es nicht denkt, für wahr hält, billigt, sucht öffentliche Meinung zu machen, schiebt seine Meinung dem Volke unter.

Es dürfte zur Genüge erhellen, daß eine Presse dieser Art, gerade wenn sie die höchste Blüthe ihrer Wirksamkeit erreicht und an dem Ziele ihrer Alleinherrschaft anlangt, dem Hasse und der Geringschätzung verfallen, daß die ganze Presse durch sie mehr oder minder demoralisirt und discreditirt werden, und daß von diesem Allen etwas, sei es viel oder wenig, auf die Regierung fallen muß, in deren Namen gewiß viel mehr und Anderes geschieht als sie will und weiß.

XXII.

Wenn gewisse Wirkungen oder Einflüsse auf Täuschung beruhen, nehmen sie mit dieser ein Ende, und so muß es sich mit der Wirksamkeit und den Erfolgen eines jeden Institutes wie das Berliner Preßbüreau verhalten, sofern sie mit heimlichen aber offenbar

werdenden Kunstgriffen und Mittelchen zusammen hängen, z. B. dem, durch welches einige wenige von einer Stelle her auf Geheiß redende Stimmen viele freie Stimmen zu sein und von den verschiedensten Orten zu kommen scheinen.

Das Berliner Preßbüreau hat sich jetzt durch häufige und maßlose, zu ungeschickte oder zu dreiste Anwendung seiner Taschenspielereien die Sachen selbst verdorben. Bei denen, welche dahinter gekommen, richtet es mit seinen Artikeln nichts mehr aus, und ist ein Geheimniß einmal an die Glocke gehängt, so wird es immer Mehreren kund, und wenig hilft, daß in den freilich vielen unter seinem Einfluß stehenden Blättern nicht davon gesprochen werden darf. Seine Artikel und mit ihnen die Blätter, welche sie annehmen und colportiren, sind in großen und werden in immer größeren Kreisen mehr und mehr entwerthet. Der sich an sie anheftende Verdacht wittert das Preßbüreau in vielen Productionen und an vielen Orten, wo es auch nicht ist. Mit der von ihm inspirirten Presse verliert auch die neben ihr homogen freiwirkende Presse Ansehen und Einfluß.

Setzen wir aber den besten Fall für die Wirksamkeit eines Institutes wie das Berliner Preßbüreau und einer von ihm influirten und beherrschten Presse, so kommen dennoch nur zweideutige und eitle Ergebnisse heraus.

Man kann durch künstliche Mittel nur Schein aber kein Wesen, nichts Echtes, Starkes, Dauerndes hervorbringen.

Die Literargeschichte zeigt, daß das bündlerische und Cliquenwesen unter Schriftstellern, Recensenten u. s. w. das bisweilen auftauchte, sich lebhaft anstrengte und großes Geräusch machte, mit Allem, was es vornahm, um eine Richtung oder deren Vertreter, ein Genre von Büchern, ein Buch, Drama oder dergleichen, einen Verfasser oder eine Sippschaft emporzubringen und berühmt zu machen, niemals andere als ephemere, falsche, höchstens Scheineffecte, und bisweilen auch der Absicht zuwiderlaufende Resultate hervorgebracht hat.

Der vergeblichen literarischen Hülfen, welche der „deutschen Politik Preußens“ 1785 und 1806 zu Theil wurden, zu geschweigen, hat es ihr auch nicht geholfen, daß vor 1848 eine Schule (Paul Pfizer u. s. w.) den Gedanken, Oesterreich hinauszuschaffen und Preußen an die Spitze zu stellen, zu verbreiten und geläufig zu machen große Betriebsamkeit und Talente aufbot. Gleichfalls eine parlamentarische, die Gagern'sche Partei, so wohlgerüstet und

einflußreich sie war und so große Gunst der Umstände sie für sich hatte, richtete mit den unsäglichsten Anstrengungen eben auch in der Presse nicht aus, daß ihre Preußischekaiser=Idee wahre, starke, nachhaltige Volksmeinung, sondern nur, daß diese Idee Vielen angekünstelt und momentan eingeredet wurde, was dann lediglich die Folge hatte, daß sie zum Vollbringen die erforderliche Kraft und Stütze nicht gewährte, vielmehr eben als es galt die Partei im Stich ließ, nachdem sich diese durch ihre Scheinerfolge in ihren Illusionen bestärken und sich hatte verleiten lassen, ihr falsches Project über alle billige Gebühr und alle Grenzen seiner Möglichkeit zu immer sichtlicherer Schädigung des deutschen Verfassungswerkes und Parlaments und zu immer größerer Verwirrung der deutschen Angelegenheiten zu verfolgen. Arbeitend an der deutschen Politik Preußens mehrte und verbreitete sie Eifersucht und Haß gegen Oesterreich, Erbitterung und Zwietracht der Staaten und Stämme, Widerwillen gegen jede Form und Ordnung der deutschen Verfassung und Verhältnisse, die nicht die der preußischen Hegemonie war oder darauf zielte. Von diesen und nur von diesen Früchten ihres Wirkens blieb viel zurück, was uns jetzt so übel zu Hause kommt.

Es verhält sich ebenso mit den im März 1851 wieder aufgenommenen „deutschen Bestrebungen" Preußens und den damals angefangenen und bis heute fortgesetzten Bemühungen, dieselben durch die Presse und durch Einwirkungen auf die Presse zu fördern.

XXIII.

Allerdings wird in letzterer Preußen und dessen politische Haltung hundertstimmig verkündet, verfochten, gepriesen. Die deutsche Politik Preußens nimmt einen sehr breiten Raum darin ein. Aber es ist meistentheils bloßer Schein und Phantasmagorie. Eine wahre starke Meinung ist für Preußen und dessen Politik nicht gewonnen, und sollten preußische Politiker und Parteien oder sollte die preußische Regierung glauben, in der nach ihrem Sinne redenden Presse und der durch diese gemachten Meinung eine verläßliche Stütze für ihre Tendenzen und Unternehmungen zu besitzen, so würde es nur desto schlimmer für sie sein. Sie würden sich in einer Täuschung befinden, welche spätestens in dem Momente zur Enttäuschung werden würde, wo sie der vermeinten Stütze sich bedienen wollten und am meisten bedürften.

An hundert Zeichen ist sichtbar, daß die wahre, die stärkere und mehr und mehr anschwellende Meinung in Preußen selbst und im übrigen Deutschland, trotz aller Betriebsamkeit, aller Künste, aller dreisten Behauptungen und aller Anstellereien der officiellen, officiösen und inspirirten Organe und Stimmen, wider Preußen oder doch wider dessen auswärtige russenfreundliche wie deutsche Politik ist, daß die erstere die allerwenigsten Freunde hat und daß auch die letztere mehr und mehr Glauben und Anhang verliert.

Es bereitet sich, wenn auch in der Stille, eine sehr erhebliche Umwendung vor, indem mehr und mehr eingesehen wird, daß die verhaßte russenfreundliche Politik Preußens eine ihrer Hauptwurzeln in dessen deutscher Politik hat.

In dieser lagen jene obengedachten Tendenzen, vom Anbeginn der orientalischen Krisis die isolirte Stellung einzunehmen, worin Preußen bis jetzt verhinderte, daß der für Deutschland und Europa nothwendige Plan der so weitsichtigen als vorsichtigen, echt deutschen wie großstaatlichen österreichischen Politik zur Ausführung kam, gegenüber sowohl dem Ehrgeize Rußlands als einer möglichen die deutschen Interessen gefährdenden Politik der Westmächte, eine gebietende mitteleuropäische Coalition zu errichten.*) Die Regierung

*) Die Grundbedingung umfassender vollständiger Wahrnehmung der deutschen und auch der speciell preußischen Interessen, was neuerdings in der Weserzeitung ganz richtig bemerklich gemacht wurde. Preußen mag, wie dort behauptet wird, eine Einfluß- oder Machterweiterung zu wünschen sein, aber so wenig ihm als Oesterreich ist Zuwachs in Deutschland zu wünschen, sondern im Ostseegebiete, wo eben so große deutsche Interessen liegen wie im Donaugebiete. Möchten sie nur eben so gut vertreten werden wie diese. Dort und in den nordalbingischen Herzogthümern ist von 1848 bis 1851 eben dadurch so viel gesündigt und verdorben, daß die Hegemoniefrage eingemischt wurde und zu oberst kam, daß an die Stelle des Kampfes um die deutsche Sache der Rivalitätsstreit der deutschen Großstaaten trat, daß Preußen, seine deutsche Politik erneuernd, durch Aggression Oesterreich nöthigte, diesen in die erste Linie zu stellen, Preußen sich selbst behinderte, den Krieg im Norden zu führen und die deutschen Interessen im Norden wahrzunehmen, wie es hätte geschehen sollen, Oesterreich sich bewogen sah, jenem Kriege und jenen Interessen den Rücken zu wenden, um unten an der Elbe den aufgedrungenen Streit um seine Stellung in Deutschland auszufechten. Aehnlich hat Kurhessen darunter leiden müssen, daß es zum Schlachtfelde der Ausfechtung des preußisch-österreichischen Hegemoniekriegs

folgte jenen Tendenzen, und wie schon gesagt (Vergl. Nr. XVI) die Parteien und Organe fast aller Farben und Richtungen bestärkten sie darin, forderten von ihr die Politik der „freien Hand" und des Lauerns, die deutsche Politik Preußens, freilich anders rechnend, vermeinend, daß das Gouvernement sie machen sollte wie sie es im Sinn hatten, was ihnen fehlschlug. Genug, es ward die deutsche Politik Preußens getrieben, Unten und Oben, mit aller Hitze und allem Raffinement, mit aller Anstrengung und Beflissenheit, namentlich auch mit allen Mitteln des Preßbüreaus. Und was ist dabei herausgekommen?

Gerade das Entgegengesetzte von dem was erzielt wurde.

Nicht Preußen, nicht dessen auswärtige noch deutsche Politik, sondern — da doch solcher Wendung so viel entgegenstand — Oesterreich und dessen Haltung hat nun weit überwiegend die Meinung und die Sympathien für sich. Nie waren die Aussichten für den Gedanken der deutschen Politik Preußens, ein Deutschland ohne Oesterreich unter seiner Führung aufzubauen, geringer. Umgekehrt wären wohl die Aussichten größer für den hier keimenden, dort wachsenden oder ernster werdenden ebenso unglücklichen Gedanken, der mit Nichten der Gedanke der deutschen Politik Oesterreichs ist, Preußen von Deutschland abzutrennen und dieses mit Oesterreich unter dessen Führung zu vereinigen. In jedem Falle ist in Deutschland die Schale Preußens hoch emporgeschnellt, die österreichische tief niedergegangen. Das ist mit Händen zu greifen, wenn man die Leute reden hört, die Leser der officiellen, officiösen und inspirirten Zeitungen und Zeitungsartikel reden hört. Das bezeugt der energische und vielfache Widerspruch, welcher in der frei gebliebenen Presse jener entgegengesetzt wird. Das ersieht man aus der preußischen und preußenfreundlichen Presse selbst, aus den ihr entschlüpfenden jammernden oder zürnenden Eingeständnissen, daß Oesterreich gewonnen, Preußen verloren habe, Preußen nichts mehr gelte, im „Schlepptau" von jenem sei; aus ihrem angstvollen Eifern gegen Oesterreichs Uebergewicht, aus ihren Anschuldigungen gegen Oesterreich, daß es um die deutschen Sympathien werbe und die Hegemonie anstrebe, aus ihren Aufmahnungen gegenüber dieser

---

gemacht wurde. Ebenso wird jetzt die Wahrnehmung der deutschen Nordinteressen versäumt, weil die deutschen Großstaaten uneins sind, und der Hauptgrund ihrer Uneinigkeit liegt abermals in der deutschen Politik Preußens.

Gefahr. Auch aus der sichtlich zunehmenden Gereiztheit, Eifersucht und Sorge der Regierung läßt es sich entnehmen.

XXIV.

Abermals ist erwiesen, aus so umfänglichen und doch vergeblichen Anstrengungen erwiesen, daß mit Zeitungsartikeln und aller Preßinfluirung und Dominirung im Sinne der deutschen Politik Preußens zur preußischen Oberherrschaft in Deutschland nicht zu gelangen, und daß die dieses Ziel verfolgende Politik eine falsche ist, also auch Preußens Beruf und Pflicht nicht wohl sein kann.*)

Freilich kann die Möglichkeit nicht abgeläugnet werden, daß Preußen an die Spitze gelangen könnte — wenn nämlich die erforderlichen Bedingungen, Kräfte, Mittel vorhanden wären und die letzteren richtig angewendet würden. Allein es fehlt am Einen wie am Andern. Namentlich werden beharrlich die Mittel nicht angewendet, die allein zum Ziele führen könnten, und dafür andere gebraucht die davon abführen. Ja wenn Preußen 1851 und in den nächstfolgenden Jahren Oesterreich beim Worte genommen und ohne Furcht in die zweite Linie hinter demselben zu gerathen der Reform und Belebung der Bundesverfassung sich nachdrücklich angenommen, darin Oesterreich den Vorrang abgewonnen und seinerseits Oesterreich ins Schlepptau genommen hätte — der richtigen Fährte auch gefolgt wäre, auf welcher seine Politik im März 1851 dem Rundschreiben des Preßbüreaus zufolge (Vergl. S. 16) sich befand! Oder wenn es im Entstehen der orientalischen Frage sofort die trutzrussische Fahne erhoben und deutsche Politik im wahren Sinne, auch mit Oesterreich, wenn dieses Theil nehmen wollte, nicht die auf allbeherrschender und daher allezeit und oft höchst unzeitig sich bekundender petulanter Eifersucht und Gereiztheit gegen Oesterreich beruhende und stets auf den nächsten Gewinn zielende deutsche Politik gemacht, wenn es — um zuerst eine feste Grundlage zu gewinnen, auf welcher sich vollenden lassen mochte, wenn und wann es in den Sternen geschrieben stand —

*) Man hört freilich die literarischen Defensoren des Systems dieser Politik selbst oft genug sagen, nicht durch Wünsche oder Worte u. dgl., sondern nur durch Thaten sei das Ziel zu gewinnen. Aber sie selber können keine thun und Diejenigen, von welchen sie sie fordern, thun keine. Das richtige Facit aus diesen Factoren ziehen sie nimmer.

große Politik, Zukunftspolitik, nicht kleine vom einen zum andern Tage reichende gemacht hätte; wenn darin das Regiment vorangegangen und das Volk geduldig, zustimmend und fördernd gefolgt wäre; wenn die Regierung die mißglückte und falscherkannte Politik Erfurt allen Ernstes aufgegeben hätte und wenn die preußischen Männer und Politiker, Parteien und Organe das auch gethan, ihren Glauben an jene Politik, ihren Verdruß über die selbstverschuldeten Niederlagen, ihren dominirenden Neid gegen Oesterreich, ihre Eitelkeit auf den falsch verstandenen preußischen Beruf hätten bezähmen, hätten heraus können aus dem falschen Gedankengange und dem Egoism des Systems der „deutschen Politik Preußens", und wahrhaft politisch, wahrhaft deutsch gedacht und gehandelt hätten! Ja wenn! Aber die Erneuerung der nur nach den Umständen einigermaßen modificirten Politik Erfurt, die Verfolgung des Ziels durch sie und ihre kleinen Hebel, Handhaben und Auskünfte — diese „deutsche Politik Preußens" war ein falscher Weg und das Centralpreßbüreau und dessen Thätigkeit waren falsche Mittel zu dem Zwecke Preußen an die Spitze zu bringen, ja selbst nur dieser Politik zu helfen; denn die vom Büreau influirte und die Hand in Hand mit der seinigen gehende preußische Presse hat, noch- und nochmals gesagt, Preußen und dessen Politik nach allem Anschein mehr Gläubige entzogen und mehr gründliche Gegner geschaffen als verläßliche Freunde gewonnen, die von ihr getriebene deutsche Politik hat sichtlich an Zutrauen, Sympathien und Aussichten verloren, sowie sie dazu beigetragen, daß die europäische Politik Preußens ihre derartige Richtung inne gehalten hat und zu ihren dermaligen Resultaten gelangt ist.

Hat diese Presse nichts gewirkt, so sind große Anstrengungen vergeblich gemacht, hat sie ihrer Aufgabe entsprochen, und nähme man an, daß sie Viele gewonnen, die Regierung bestärkt, mit Einem Worte große Erfolge nach ihren Zwecken erzielt hätte, so stellt sich die Rechnung für sie nur um so schlechter.

Dann trägt sie einen sehr beträchtlichen Theil der Schuld an der gegenwärtigen vornämlich durch die Haltung Preußens bedingten Lage Deutschlands, die von der großen Mehrzahl der denkenden Deutschen als eine ebenso klägliche wie gefährliche mit Unwillen, Schmerz und Sorge angesehen und empfunden wird.

Dann trägt sie einen sehr beträchtlichen Theil der Schuld an der Lage, worin Preußen Schritt um Schritt mit seiner von ihr befürworteten Politik gerathen ist, und selbst die influirten preußi-

schen Stimmen verrathen ein peinigendes Bewußtsein, daß diese Lage eine so unglückliche als schwierige sei und es leidet gewiß keinen Zweifel, daß die wahre Meinung der großen Mehrzahl der denkenden preußischen Patrioten über diese Lage keine andere als die ist, welcher Organe wie das Preußische Wochenblatt Ausdruck geben, während die von der officiösen Presse ausgehenden Beschwichtigungen nicht verfangen und die rosenfarbenen Schilderungen vom neutralen Preußen und die vorjenaisch klingenden Fanfaronaden im Organ der kleinen mächtigen neue Baselsche=Friedenspolitik=treibenden Partei mit ungläubigem und bitterem Lächeln gelesen werden.*)

*) Mit ähnlichem Lächeln findet man in den officiösen berliner Zeitungscorrespondenzen, Brochüren u. s. w. und im großen berliner demokratischen Organe dicht neben einander: 1) deutliche Eingeständnisse — wenn auch nicht die deutliche Erkenntniß — daß die deutsche Politik Oesterreichs dieses dem Ziele der Hegemonie große Schritte näher gebracht und daß die deutsche Politik Preußens dieses weiter als je hinter dasselbe zurückgeworfen; 2) Aeußerungen und Ausführungen, dahin gehend, daß Preußen jetzt, seinem deutschen Berufe gemäß, die Neuconstituirung Deutschlands unter seiner Führung und unter Beseitigung Oesterreichs in die Hand zu nehmen habe; verbunden 3) mit den proteusartig sich immerfort erneuernden Vorwürfen gegen Oesterreich, dasselbe strebe eine andere Ordnung der Dinge in Deutschland, und die Führung in diesem unter Zurückdrängung Preußens an; 4) Erklärungen, daß Preußen freie Hand habe, behalten wolle und sehr wohl behaupten könne; 5) Wehklagen, daß es sich im Schlepptau Oesterreichs befinde; 6) Deductionen, daß es Großmacht sei und sein wolle, in den europäischen Verhandlungen mitzusprechen habe und mitsprechen wolle; 7) Wiederholung, daß es für sich allein stehen bleiben werde und Beschwerden, daß man es nicht mitsprechen lasse.

Es würde sich leicht noch ein Dutzend Items hinzufügen lassen.

Des Preußischen Wochenblatts drittes Wort war gewesen: Die Großmachtstellung Preußens, der deutsche Beruf Preußens, hinaus mit Oesterreich aus Deutschland, keine andere orientalische Politik Preußens als antiösterreichische. Jetzt sagen diese Altpreußen, nachdem sie bekommen, was sie haben, freilich auch, was sie nicht haben wollten:

Was hat nun (im December v. J.) die preußische Politik erreicht? — Mehr wie je ist für Preußen der Eintritt in die Vereinigung der Großmächte versperrt, mehr wie je sind ihm alle Fäden verloren gegangen, um auf die europäische Verwickelung Einfluß

Dann — im gesetzten Falle — trägt die Büreaupresse einen großen Theil der Schuld, wie von Deutschlands und

---

und Entscheidung zu gewinnen, mehr wie je ist es in Isolirung als europäische Großmacht gerathen und bei dieser Sachlage als deutsche Macht mehr wie je abhängig von der anderen deutschen Großmacht geworden. Das weggeworfene Gut ist nicht so leicht und so bald wieder zu gewinnen. Es fehlt überall der Glaube und das Zutrauen zu Preußens Politik. Oesterreich hat sich (so das Organ der Altpreußen am 27. Januar d. J.) mit seiner berechnenden Politik eine meisterhafte Position errungen. Preußen ist in eine Lage gerathen, daß es ohne Einfluß auf die Entwickelung der Krisis, die Entscheidung, ob Krieg oder Frieden, von den drei anderen Großmächten für Europa gefällt sehen wird. Gerade die Politik, welche dem Kriege nur immer und immer hat aus dem Wege gehen wollen, hat es nun dahin gebracht, daß Preußen nicht mehr die Freiheit der Entschließung und die Selbständigkeit sich bewahrt hat, sich auch, wenn es wollte, den Krieg fern zu halten. Es bleibt nur die Wahl, ob es den Krieg für seine eigenen Interessen und mit eigener Selbstbestimmung oder als Auxiliarmacht Oesterreichs führen will. Dieß also ist das Resultat der Politik der preußischen Regierung:

Von Schritt zu Schritt hat sie dazu beigetragen, die „schleunige Herstellung des Friedens“ zu verhindern.

Preußen hat die Grundlage des Rechts, wie sie in den Wiener Conferenzprotocollen gegeben, nicht gewahrt, noch die Verpflichtungen erfüllt, die zur Durchführung der vereinbarten Grundsätze eingegangen waren.

Preußen ist in Folge dessen ausgeschlossen von der Vereinigung der drei anderen an der Wiener Conferenz betheiligten Großmächte.

Preußen ist in offenem Zwiespalt mit Oesterreich, das innerhalb jener Vereinigung fest seinen Platz behauptet hat.

Die Freiheit der Entschließung zu activem Vorgehen ist für Preußen zur schweren Verlegenheit geworden, daß es nicht weiß, wohin es sich wenden soll; und das, was die preußische Regierung auch thut, wird nicht mehr als Act der freien Entschließung, sondern trauriger Nothwendigkeit erscheinen.

Wo ist die Grundlage der preußischen Politik vom April 1854 geblieben? —

So jetzt die Altpreußen und Neugothaer, die zu Anfange der orientalischen Krisis an der preußischen Politik im Cabinet mitarbeiteten und durch ihr Organ die falschen Gesichtspuncte der deutschen Politik Preußens einmischten. Und es hat jede der politischen Parteien und Richtungen in Preußen darauf hingewirkt, daß es zur

Preußens verständigsten und wärmsten Freunden gesagt und geklagt wird, daß Deutschland als Gesammtheit und Gesammtmacht seiner Stellung nicht genüge, seines Berufs nicht wahrnehme wie es sollte und im deutschen und europäischen Ansehen tiefer und tiefer sinke; daß bei der Centralstelle für die Leitung der gemeinsamen deutschen Angelegenheiten in Wahrheit an die deutschen Interessen kaum noch gedacht werde, weil die Rivalität Preußens die höheren Regungen erstickt habe und statt der Frage, worauf es ankomme, die Angel der Politik und ganzen Thätigkeit der Bundesregierungen geworden; daß abermals eine große Gelegenheit für Deutschland und für Preußen selbst verpaßt; daß die neben höchster Verblendung vorhandene traurige Klugheit wirksam sei, nach welcher eingesehen wird, daß — im Augenblick — bei den kleineren Staaten der gewinnt, der mit der Bequemlichkeit in den Bund tritt und am wenigsten fordert und genirt; daß ähnliche Zeiten wiedergekehrt seien, wie jene, wo die Stein, die Scharnhorst und Gneisenau nach Wien, Petersburg, England und Spanien gingen, um ihr Preußen dort zu suchen und zu finden; daß die heutige preußische Politik sich abermals in den unseligen Bahnen der preußischen Politik der schlimmsten Unglücksperiode des preußischen Staates befinde und daß gefürchtet werden müsse, Preußen stehe wieder dicht vor Niederlagen, wie die, welche es 1850 und 1807 erlitten.

Dann endlich — im gesetzten Falle — ist die Politik, welche die inspirirende und inspirirte preußische und preußenfreundliche Presse trieb, auch dicht vor ihrer Selbstvernichtung mit einem eignen Hauptschuldantheile angelangt. Hat diese Presse die deutsche Politik Preußens wirksam gefördert, so ist sie wesentlich mitschuldig an allem Schaden, der abermals durch dieselbe angerichtet ist, so fällt ein um so schwererer Tadel auf ihre schädliche Wirksamkeit; denn

---

jetzigen preußischen Politik kam, keine hat geschickter operirt und mehr politischen Verstand und Scharfblick gezeigt, besser gewirkt oder mehr Zutrauen erweckt, daß bei ihrer Leitung jene Politik eine richtigere geworden sein oder werden würde — außer der großdeutschen, wahrhaft deutschen und darum auch keineswegs unpreußischen. Großdeutsch ist nicht österrreichisch, sondern eben deutsch gesinnt, und man kann dabei ein sehr guter, nur aber kein egoistischer oder bloß zungendeutscher Preuße sein, so wie man, wenn großdeutsch, auch preußenfreundlich ist, nur freilich nicht im Sinne des berliner Preßbüreaus.

diese ihre Wirksamkeit ist vergeblich gewesen und jene Politik hat nicht bloß Preußen dem Ziele der Hegemonie nicht näher gebracht, sondern nur Verdacht und Unwillen ihm zugezogen, hat die deutschen Sachen und Zustände abermals verwirrt und verschlimmert und ist abermals beim Scheitern und gänzlichen Fiasco angelangt; ja der mit ihr seit dem März 1851 gemachte verdeckte vierte Anlauf ist mißlungen und hat mißlingend begonnen, den ganzen Gedankenkreis worin sie wurzelt zu erschüttern und die ihr feindlichen Ideen zu beleben und zu verbreiten.

Man zehrt vom alten Kapitale, gewahrt die freilich weniger auf der Oberfläche vorgehende sehr bedeutungsvolle Umwandlung nicht, lebt geruhig des Glaubens, daß es sich mit dem ohnehin stets überschätzten kleinstaatlichen Verlangen nach dem Aufgehen in Preußen wie früherhin verhalte, oder verläßt sich auf die Erfolge der eingerichteten Propaganda. Derweile ist aber im raschen Abnehmen der Glaube an das Anrecht, den Beruf, die Tüchtigkeit, die Aussicht Preußens, in Deutschland zu führen oder zu herrschen, die Geneigtheit die preußischen Prätensionen und Ansprüche gelten zu lassen und zu unterstützen. Genauer werden die Grundlagen jener Ansprüche untersucht. Man kommt darauf, daß Begriff und Wesen einer Großmacht sich bestimmen durch das Verhalten und die relative Größe und Macht eines Staates. Man fragt, ob nicht die vorragende Stellung Preußens unter dem großen Friedrich darauf beruhte, daß es mancherlei voraus hatte, was es nicht mehr voraus hat und daß neben ihm die deutschen Staaten, Frankreich, Rußland in einem verhältnißmäßig schwächeren Zustande sich befanden, der nicht mehr ist. Es entstehen und mehren sich Zweifel, ob Preußen jetzt noch, obgleich im Umfange gewachsen, die nothwendige materielle Basis, überhaupt die Bedingnisse einer wirklichen Großmacht besitze.*) Es wächst die

*) Am 26. Januar bemerkte die Nationalzeitung, ein Lieblingsthema behandelnd, die preußische Nation betrachte Preußens Großmachtstellung nicht als ein dynastisches oder Kabinetsinteresse, sondern als etwas wobei sie unmittelbar betheiligt sei, als einen theuern volksthümlichen Besitz, eine nationale Errungenschaft; diese Stellung solle gewahrt werden, darüber sei allgemeines Einverständniß. Das preußische Blatt wollte nicht untersuchen, deutete doch aber entstandene Zweifel an, „ob die bisherige Großmachtstellung Preußens aus einer Art von Courtoisie zugelassen, in Ermangelung einer entsprechenden Machtgrundlage im Grunde eine Täuschung und im besten Falle

Meinung und der Unwille, daß die deutsche Politik Preußens es nur zu stets vergeblichen Anläufen bringe und fortgesetzt Unruhe und Spannung in Deutschland mit sich bringe, Deutschland nicht aus der Zwietracht und Zwiespältigkeit, aus unfesten Verhältnissen, aus Provisorien herauskommen lasse. Es wird mehr und mehr nach den tieferen Gründen davon und nach den Mitteln der Abhülfe gefragt. Es schwindet mehr und mehr die Ansicht, daß der Grund des Uebels solcher Fehlgriffe der preußischen Politik in der Regierung und nur in dieser liege, deren System und Persönlichkeiten wechseln können; es wächst die Einsicht, daß er gleicherweise im preußischen Volke zu suchen und daß daher von Preußen das bisher von Vielen Gehoffte um so weniger zu erwarten und daß um so gewisser zu besorgen sei, Deutschland werde immerfort von den verirrten preußischen deutschen Bestrebungen zu leiden haben, bis die Wege sich finden, ihnen ein definitives Ende zu machen, wenn sie nicht — die einzige erfreuliche und gedeihliche Lösung der Schwierigkeit — aus verständiger Einsicht freiwillig aufgegeben werden wollen.

XXV.

Denn, um noch hierauf mit ein paar weiteren Bemerkungen einzugehen, so ist freilich nicht zu verkennen, daß jetzt in Preußen nur die wenigsten der an den politischen Dingen beobachtend und denkend Theilnehmenden die Politik der Regierung billigen. Die Meinung der großen Mehrheit derselben geht dahin, daß in der s. g. orientalischen, vielmehr der großen europäischen Frage ein ganz anderer Weg hätte eingeschlagen werden sollen. Viele sind wenigstens nachmals zu dieser Einsicht gelangt, nachdem es auffällig geworden, wohin der eingeschlagene führen mußte. Manche waren niemals Freunde der deutschen Politik Preußens oder der Politik Erfurt oder deren Erneuerung oder ihrer Einmischung als jene große Frage eintrat. Andere haben die Fehler dieser Einmischung erkannt.

Allein andrerseits haben sich die preußischen politischen Männer und Schriftsteller bei der deutschen Politik Preußens, befangen in

---

eine Sache künftigen Erringens und gegenwärtigen Strebens, nicht aber ein geschichtlicher Besitz und ein ab antiquo bestehendes wohlerworbenes und gut conservirtes Recht sei."

deren Antrieben, Gelüsten und Gedankengange von jeher nur zu sehr betheiligt.

Nur der jüngst vergangenen Zeit wollen wir hier gedenken.

Der König meinte es im März 1848 deutsch, nicht preußisch=deutsch mit dem deutschen Berufe, dem Aufgehen Preußens in Deutschland. Nicht von ihm, sondern aus dem preußischen — und klein=deutschen — Volke heraus kam die Umwendung, daß Deutschland aufgehen sollte in Preußen und daß Preußens deutscher Beruf darin gesetzt wurde, Oesterreich hinauszuweisen und an die Spitze der übrigen deutschen Staaten zu treten oder doch im ungünstigen Falle die Hälfte oder Einige unter Preußen zu bringen. Aus dem Volke heraus kam es, daß ihm (von Parteihäuptern heimlich) die Kaiserkrone geboten, daß er zu kühnen Griffen danach gedrängt wurde; er wies im November und dann wiederholt die Lockung ab und widerstand aller Dringerei. Er sah kein Recht und wollte Unrecht nicht thun. Er sah ohne Frage in der Kaiserwürde, zu welcher er erwählt worden, ein Dejanira=geschenk, in der Reichsverfassung die er mit ihr annehmen sollte die verkörperte Revolution, in der Kaiserwahl einen unbefugten Act einer dazu nicht competenten Versammlung. Er setzte dem Drängen zur Annahme beharrlichen Widerstand entgegen und welches Drängen und Quälen muß stattgefunden haben, daß er doch ein Anrecht aus dem Wahlact ableitete. Aus dem Volke heraus kam Nöthigung zu den Erfurter Projecten; nicht er, der König, wollte darum die Mitfürsten und die widerstrebenden Volksstämme mit dem Säbel zwingen und Krieg gegen Oesterreich führen: er hat ihnen Maß, Ziel und Ende gesetzt und ist mit ungemessenen Vorwürfen überhäuft und um keines andern Grundes Willen so heftig gescholten als deshalb, weil er in den Sturm= und Drangjahren die volksmäßige deutsche Politik Preußens nicht durchführen wollte, sondern ablehnte.

Im Anbeginn und in den ersten Stadien der jetzigen noch unvollendeten Krisis sollte bald nichts, bald nicht das Rechte geschehen, sollte die kostbarste Zeit und Gelegenheit kläglichst verdorben werden eben nach der Meinung und dem Rathe so vieler preußischer Schriftsteller, Parteimänner, Politiker, weil sie in dem Systeme jener Politik verrannt waren, bei jedem fernsten Anlaß auf dieselbe kommen, und wenn es geschieht, entweder Alles schief sehen oder überhaupt nicht sehen was vor Augen liegt. — Gestat=

ten wir uns hier zur Erklärung und Erläuterung noch einen weitern Rückblick.

Selbst tief erregt, einen kräftigen Impuls gebend, geläutert und vorleuchtend, die Sünden seiner ganz schlechten und faulen wie grundverderblichen deutschen Politik sühnend, um Deutschland wahrhaft sich verdienend, trat Preußen in die mit den Freiheitskriegen anhebende neue Periode. Seitdem bis 1850 verlebte es stille und bewegte Zeiten in Zuständen wechselnder Gestalt.

Man zählt gewisse Bedingungen auf, durch welche die Entwickelung und energische Bethätigung des Volksgeistes, namentlich des politischen und staatsmännischen Sinnes und Verstandes in einem Volke begünstigt oder ermöglicht werde. Man rechnet z. B. dahin Freiheit des Gedankens und Gedankenaustausches, Belebung und Förderung der Wissenschaft, Bemessenheit, dann Erweiterung endlich Unbeschränktheit der Theilnahme des Volkes an den öffentlichen Dingen. Stadien der Ruhe, der Sicherheit, des zunehmenden Wohlstandes, vorzugsweis Stadien der Bewegung u. s. f.

Die Preußen und Preußenfreunde werden nicht sagen, es habe von 1815 bis 1848 in Preußen an Wissenschaft und Intelligenz gefehlt. Die allerdings nicht ungehemmte Gedankenbewegung war, zum Beweise wie wenig die Hemmungen zu bedeuten gehabt, bis 1848 auf den verschiedenen Gebieten selbst bei den Extremen, dem Atheism, dem Radikalism, Nihilism angelangt. Das preußische Volk hatte bis dahin gute Tage, Leitung und Zügelung und doch mehr Freiheit gehabt als Engländer und andere Nationen hatten, da sie ihre Freiheit, ihre Institutionen, ihren politischen Verstand, ihre Staatsweisheit errangen und ausbildeten; es hatte sodann eine stürmisch bewegte Zeit, eine Revolution, schrankenlose Freiheit, Preß- und Vereinsfreiheit, allgemeines Wahlrecht, Volksversammlungen, Parlamente, parlamentarische Ministerien, und mit Einem Worte: welche Bedingung und Begünstigung der politischen Entwickelung und Ausbildung, des Hervor- und Emporkommens politischer Talente und Charactere oder staatsmännischer Größen hätte ihm gefehlt? Freilich haben Stimmen von preußischen Malkontenten und vermeintlichen Liberalen sich wohl vernehmen lassen, doch höchst albern, dermaßen sei es gemaßregelt und gegängelt, gedrückt und geknechtet, daß es politisch nichts habe lernen und werden können. Eine schlechte Entschuldigung unkluger Vorschritte und Unternehmungen, erlittener Niederlagen, erwiesener Unzuläng-

lichkeit und Ohnmacht. Welch ein Selbstzeugniß grenzenloser Armuth, wenn es seine Richtigkeit damit hätte!

Dem ist aber auch nicht so. Das preußische Volk ist durchgedrungen zu großer und verbreiteter politischer Bildung, ja zu einem Raffinement derselben; allein zum Unglück hat sie bei gar zu Vielen einen falschen Inhalt bekommen und eine falsche Richtung genommen. Und das Ergebniß?

Man lege sich die Frage vor: hat das preußische Volk bei solcher Anlage und solcher Gunst der Umstände in der neuern Zeit eminente große Staatsmänner in der wahren Bedeutung des Wortes producirt? Oder welche vorragende und leuchtende politische Männer und Namen haben unverbraucht und unerloschen die Revolutionszeit länger als Jahr und Tag überdauert, welche stehen höher als die der Arnim, Vincke, Hansemann, Gerlach, Unruh und ähnliche, so hoch, daß das gesammte Volk nach ihnen hinblickte voll Verlangen, daß sie die Leitung des Staates übernehmen möchten und voll Vertrauen, daß unter ihrem Regimente Alles wohl bestellt sein würde? Zeigt das preußische Volk in der Masse seiner politischen Lehrer, Sprecher, Führer, durch das Organ seiner Publicisten, parlamentarischen und mit Einem Worte seiner irgendwie politisch mitdenkenden, redenden und handelnden Männer gesunde und echte politische Einsicht, wahrhafte Staatsklugkeit, zulängliche politische Tüchtigkeit? Wie steht es um die Politik, das Staatswesen, die politische Lage, welche doch zum beträchtlichen Theile Product des preußischen Volksgeistes ist?

Wir beabsichtigen hier keine umfassende Untersuchung und Beantwortung. Wir verweilen nicht bei dem Schmutz und Gewürm, den Fäulnissen und Giftpilzen, welche Preußen vor und seit 1848 producirt hat, nicht bei den Mängeln und Schatten, welche der preußische Staat zeigt. Wir werfen nur einen Blick auf eine einzige Seite der Sache. Wie steht es um die deutsche Politik nicht der Regierenden, sondern der Regierten in Preußen?

Und hier wiederum lassen wir idealistische Anforderungen, die einer donquixotischen Unintereſſirtheit, die der Schwärmerei für Deutschland und dessen Einheit, Freiheit, Größe, Wohlbefinden ganz aus dem Spiele. Wir sind nicht der Meinung, daß es Deutschlands Bedürfniß und Preußens Beruf oder Anrecht sei, an die Spitze zu treten, wollen indeß einmal zugeben, daß es immerhin ein politischer Gedanke, statthaft, erlaubter Ehrgeiz des preußischen Volkes sei, dieses Ziel, und als das erste, sich vorzustrecken.

Jedoch käme es dann darauf an, wie die Aufgabe gestellt würde. Nothwendige Voraussetzung müßte sein, daß man dabei von richtigen Gesichtspunkten ausginge und dieselben auch festhielte, u. a. die Adolfschmidtischen und Rinoquehlschen: Deutschland kann sich nur Dem zuwenden, der nicht in Plänen, sondern in Thaten dem Ziele deutscher Einheit und Freiheit mit Kraft und Entschlossenheit zuschreitet; darin daß Deutschland die Aufgabe Preußens anerkennt, liegt die vornehmste Bedingung des Erfolgs; mit Bitterkeit, einem herausfordernden Ton u. dgl. ist gegen Oesterreich nichts auszurichten (Vgl. S. 25, 32, 18). Das Programm müßte lauten wie folgt:

Betreffend das Absehen, so geht es auf Vereinigung des ganzen außerösterreichischen Deutschlands unter dem Vorantritt Preußens. Keine Zerreißung, keine Theilung Deutschlands etwa am Main. Kein erweitertes Preußen. Kein mit Viel oder Wenigen. Auseinandersetzung mit Oesterreich zu einem innigen Bundesverhältniß. Verschmelzung Preußens und Deutschlands nach den beiderseitigen Bedürfnissen und Interessen. Kein Vasallenverhältniß Deutschlands. Kein Löwengewinn Preußens. Nicht Eroberung, nicht Zwingherrschaft. Opfer um Opfer, Dienst um Dienst. Alles zum gemeinen Nutzen.

Anbelangend die Mittel und Wege, Begründung und Ausbreitung der Einsicht, daß letzterer die Neugestaltung Deutschlands unter preußischer Hegemonie heische. Freiwilligkeit. Vertrag. Nicht Gewalt, nicht Bürgerkrieg, nicht Hinterlist, keine krumme, keine heimliche, keine Schleichwege. Ja, Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit vor allen Dingen. Daneben hauptsächliches Trachten nach Tüchtigkeit und Gediegenheit des eignen Staatswesens und der Führung desselben, verbunden mit Bescheidenheit und Bescheidung. Auch nach Gelegenheit für gesammtdeutsche Interessen etwas aufs Spiel setzen, ein Opfer bringen, eine Last tragen, einen Dienst leisten, eine Beschwerde oder Gefährde nicht scheuen, ob auch kein specifisch preußisches Interesse dabei vor Augen liegt, kein unmittelbarer augenblicklicher Nutzen in Aussicht steht. Und bis zur Ausführung nicht das mit und unter Preußen zu einigende Deutschland verdorben. Bis die zukünftige Zeit gekommen, keine Verhinderung des Guten welches Deutschland in der Gegenwart und in seiner dermaligen Verfassung zu Theil werden kann; sondern umgekehrt patriotische Förderung, eifrige Vertretung, treue Pflege alles dessen, was je nach den Gesammtbedürfnissen und In=

tereſſen zum Gedeihen und Fortkommen nöthig. Und — wenn ſie ſein muß — Rivalität darin; diejenige Rivalität, welche es dem anderen Großſtaate gleich- und zuvorzuthun ſucht in der Fürſorge für Geſammtdeutſchlands Einigkeit und Wohlbefinden, Frieden und Sicherheit, Größe und Ehre. Endlich Unbekümmertheit darum, daß Geſammtdeutſchland auch auf ſolcherlei Weiſe und mit Oeſterreich und ſo daß es ganz beiſammen bleibt, geholfen werden könnte und die Löſung der preußiſchen Aufgabe überflüſſig würde. Denn unnöthig wäre dieſe auch unberechtigt und als keine erwieſen. Oder vielmehr ſie ginge nur in einer höheren unter, der ſie geholfen. Mit dem Gegentheile jener Unbekümmertheit würde die Anerkennung Deutſchlands hinwegfallen.

Es giebt politiſche Männer in Preußen, deren deutſche Politik die hier gezeichnete iſt. Aber ſie ſind die Wenigeren. Es giebt ihrer, welche der Theorie auch practiſch Folge geben. Aber ſie ſind die Allerwenigſten. Der großen Mehrzahl fehlt zu der ſo großſinnig zu faſſendenden Aufgabe und zu ſo langem und beſchwerlichem Gange der politiſche Verſtand, die Uneigennützigkeit, die Selbſtbeherrſchung, die Geduld. Die große Mehrzahl lebt in der deutſchen Politik Preußens, wie ſie nach Friedrich dem Großen verſtanden, von 1785 bis 1850 getrieben, von Herrn Nino Quehl 1851 geſchildert und empfohlen wurde und vielleicht die Mehrzahl dieſer Mehrzahl hält obenein im Handeln nicht einmal die richtigen Geſichtspunkte feſt, welche dabei aufdämmern oder deutlich ins Auge gefaßt und unter die guten — nur unter die höllepflaſternden guten Vorſätze aufgenommen werden.

Wie deutlich hat man abermals in dieſer letzten Zeit beobachten können, daß für nur gar zu viele politiſche Preußen, ſo hochgebildet und geſcheidt, tüchtig und brav ſie ſonſt als Nicht-politiker ſind, eine doctrinelle Anſchauung und Art, eine Kurzſichtigkeit und ſelbſtſüchtige Engherzigkeit kennzeichnend iſt, worin ſie die Dinge aus practiſchen oder umfaſſenderen, höheren und edleren, ja nur den Nutzen, die Intereſſen Preußens richtig anzeigenden Geſichtspunkten anzuſehen verhindert, viel zu vorwiegend das kleine Nächſte im Auge zu haben verleitet und unfähig werden, ſelbſt nur die längſt falſch erwieſenen Wege zu meiden und von den vorhandenen die richtigeren Mittel anzuwenden, um zu dem Ziele zu gelangen, welchem ſie nicht ohne Ehrgeiz und Großmanns- und Vergrößerungsſucht nachſtreben. Sie können es nicht laſſen, immer und überall, auch wo es noch ſo läſtig, ungelegen,

ungeschickt und unklug ist, die vermeinten deutschen Anrechte Preußens hereinzuziehen, welche sie stets dessen deutschen Pflichten voranstellen, von denen sie, wenn es geschieht, nur sprechen, um preußischen Prätensionen einen Mantel umzuhängen oder um hinzulocken zu Preußen und die sie sofort im Stich lassen, wenn es der Erfüllung gilt, ohne daß sie einen besonderen preußischen Nutzen dabei erblicken, und das Alles so grob oder überfein, daß es zuletzt von dem Blödesten gesehen werden muß. Sie sprechen unaufhörlich von Friedrich dem Großen und folgern aus dem, was er gethan ihr Recht zu thun, wozu sie nicht berechtigt sind und was sie nicht nachthun können. Der Staat Friedrichs des Großen zu sein, darauf gründen sie die Ansprüche Preußens, und gedenken nicht, daß derselbe Deutschland auch etwas schuldet, Verschuldungen, und sehr schwere am Reiche zu vergüten hat; gedenken nicht, daß zur Gültigkeit jener Ansprüche doch jedenfalls gehören würde, daß das jetzige Preußen sei und leiste was das vormalige namentlich in seiner überwiegenden Popularität war und leistete, die auf etwas ganz Anderm beruhte als auf eitlem Geburts- und Ahnenstolze. Solche Popularität, willige Anerkennung der Ansprüche, Verlaß und Hoffnung auf echtes Verdienst Preußens um Deutschland, auf uneigennützige wahrhaft deutsche Intentionen, Bestrebungen, Leistungen Preußens wäre doch handgreiflich die unterste nothwendigste Staffel zu dessen Emporsteigen. Zum Erstnöthigen würde gehören, mit Selbstgefälligkeit und Anmaßungen zurückzuhalten, Zudringlichkeit zu meiden, den Lockungen zu kleinen, unsichern Versuchen zu widerstehen, die Absicht nicht merken zu lassen. Sie aber müssen es zeigen, daß ihnen an Deutschland und dessen Einigkeit und Gedeihen wenig liegt, wo nicht Preußen dabei das Löwentheil gewinnt. Sie können das Ausplaudern und die Großsprechereien nicht lassen. Auch in den unglücklichsten Momenten ist ihr drittes Wort die ihnen voranstehende Großmachtstellung Preußens. Sprechen sie daneben von dessen deutschem Berufe, so blickt sichtlich durch, daß er ihnen vor allen Dingen Mittel zu ihren preußischen Zwecken ist. Summa, ihre deutsche Politik nutzt Preußen nichts und Deutschland nichts, sie ist nach ihrem Inhalte und Ziele eine friedstörende, und durch die Art und Weise wie sie sie treiben muß nothwendig immerfort Unruhe, Mißtrauen, Verdacht, Abneigung, Reiz zum Widerspruch und zur Abwehr der Agression unterhalten werden.

Ihre deutsche Politik verfolgend, haben sie auch eben beim neuesten prüfenden Anlaß die unglaublichste Beschränktheit gezeigt.

Sie zeigten dieselbe vielleicht gerade da am meisten, wo sie dem eigensten preußischen Nutzen entgegen in verkehrtester Richtung nach eben so verwerflichen wie unverständigen Absichten allen Scharfsinn aufboten, Argumente und Mittel und Wege zu erfinden, Oesterreich zu discreditiren und in seinem Gange aufzuhalten, oder Gründe herauszuklügeln wie sich Preußen eines Vertrages mit Oesterreich erwehren, wie es der Erfüllung desselben sich entziehen könne, oder feine Distinctionen zu ersinnen zwischen preußischen und europäischen, deutschen und österreichischen Interessen, während diese alle mehr und deutlicher als je zusammenfielen oder doch leichter als jemals zu vereinigen waren. Sie zeigten jene Beschränktheit, indem sie das handgreifliche deutsche ja auch specifisch preußische Interesse bei der antirussischen Action, wie Oesterreich sie wollte, und bei deren vollen Gemeinsamkeit nicht erkannten oder spitzfindig läugneten; oder indem sie das Zusammenfallen der preußischen und deutschen Interessen und Preußens Beruf die letzteren zu vertreten betonten und in demselben Athem der Forderung, daß Preußen mitthue, aus dem Grunde widersprachen, weil kein specifisch preußisches Interesse berührt werde.

In den ersten Februartagen hieß es aus Berlin in der Kölnischen Zeitung: Es ist eine beweinenswerthe Erscheinung, daß in einem Augenblick, wo die künftige friedliche Unabhängigkeit des ganzen Welttheils, vorab aber Deutschlands auf dem Spiele steht, es hier noch so viele, sonst sehr „freisinnige" Leute giebt, die den höchsten Beruf Preußens in die Eifersucht gegen Oesterreich setzen. Wenn wir jetzt mobil machten, so hätte Oesterreich den größten Gewinn davon — das ist die Summe der Weisheit, über die sie sich nicht hinausschwingen können. Daß im kleinlichen Zwiespalt nur b e i d e verlieren, daß es überhaupt ein so unkluger als unwürdiger Standpunkt ist, das gemeinsame europäische Interesse am gesicherten öffentlichen Rechte geringer zu schätzen als diesen oder jenen etwa nebenbei abfallenden specifischen oder eignen Gewinn, das scheinen Manche und die doch Staatsmänner sein wollen, gar nicht zu begreifen u. s. f.

Die Kölnische gehört zu den freisinnigen Leuten, welche in dieser Beziehung zur Erkenntniß gekommen sind, aber die Jahre daher und noch bis weit hinein in die Entwickelung der gegenwärtigen großen Krisis steckte sie selber in der jetzt getadelten Weisheit

und Politik, welche sie unter den Eifrigsten trieb. Ihr Berliner Brief vom 6. Februar kennzeichnet ganz richtig, und das thaten auch Berliner Dutzendbriefe im Hamburgischen Correspondenten u. s. w. als sie nach dem Abschluß des Vertrages vom 2. December v. J. verkündeten, die lebhafteste Eifersucht gegen Oesterreich sei dadurch erregt, denn Preußen im Schlepptau von Oesterreich wolle Niemand in Preußen u. s. f. Aber dem war so von Anfang und immerfort gewesen. Preußen hat Oesterreich nach dem Westen hingetrieben und beharrlich dem unermüdlichen Andringen Oesterreichs, auf gleiche Linie mit ihm zu treten, wodurch es demselben unfraglich den Vorsprung in den Sympathien abgewonnen haben würde, widerstanden. Es ist in die Isolirung und eben doch in das Schlepptau und wo nicht, doch in die Angst davor gerathen, welche es bewog, einen Separatvertrag in London und Paris zu suchen, worin ihm Oesterreich Unterstützung leiht, um ihm aus dem Schlepptau oder der Schlepptauangst herauszuhelfen. Das Alles ist eben die Folge der Eifersucht gegen Oesterreich, und unter der Herrschaft der im Berliner Briefe der Kölnischen signalisirten Eifersucht und Eigensucht und der darin wurzelnden bornirten Weisheit und Politik befinden sich fort und fort nur gar zu viele auch „freisinnige" Preußen, und lassen sich dadurch verführen, während sie die russenfreundliche Politik mit höchstem Eifer bekämpfen, derselben, in welcher der Gegensatz gegen Oesterreich ein Hauptmoment ist, allen Vorschub zu thun. So stürmt z. B. die demokratische Nationalzeitung unabläßig gegen die kleine Partei, und thut ihr den Gefallen, um die Wette mit ihr gegen Oesterreich zu stacheln und einen der Haupthaken zu befestigen, woran der mächtige Einfluß der Feindin und die officielle preußische Politik hängen. Hitzig betreibt sie die Abwehr der Uebermacht Rußlands und erweist zugleich dem gehaßten Rußland den Dienst, durch unabläßige Schattenjagd nach der preußischen Hegemonie Deutschland in Spannung und Uneinigkeit erhalten zu helfen.

Mit einem Worte, die deutsche Politik Preußens, die Politik der Regierung, die Fehlgriffe der Regierung finden stets eifrige, wohldienerische Fürsprecher und unabsichtliche Förderer im Volke, die sich befleißigen, auch in Fällen, wo es am übelsten angebracht ist, auch unverlangt, wo sie nur eine Tendenz der Regierung zu irgend einer neuen Bethätigung der deutschen Politik Preußens zu wittern glauben, Gründe und Vorwände dafür zu erfinnen und an die Hand zu geben. So der unter dem Motto nondum me-

ridies ähnliche Broschüren wie Herr Quehl schreibende „freisinnige" Verfasser in seiner neuesten Schrift „An der Schwelle deutscher Fragen." Unter dem Vorwurf gegen Oesterreich, daß es den Bund stets nur nach seinen Zwecken zu gebrauchen suche, spitzte und häufte er Argumente, daß und wie sich Preußen aus den Verbindlichkeiten des Aprilvertrages und Zusatzartikels herauswickeln und dem Rivalen Schwierigkeiten am Bunde bereiten möge. Gleich darauf kam der Antrag des preußischen Militärbevollmächtigten in Frankfurt, es möge bei der Verfügung der Kriegsbereitschaft die Anordnung getroffen werden, daß die dem Bundesheere zugetheilten Armeecorps derjenigen deutschen Staaten, welche außerdeutsche Besitzungen haben, sich in den zum deutschen Bundesgebiete gehörigen Besitzungen befinden müßten, damit sie jederzeit zur Verfügung des Bundes seien, wonach denn Oesterreich seine gegen Rußland hin auf seinem außerdeutschen Gebiete aufgestellten Bundestruppen zurückzuziehen haben würde, wogegen Preußen seine Bundestruppen auch aus Posen zurückziehen wolle. Gleichzeitig deducirte die preußische Rhetorenpresse, Rußland die Wege in Deutschland bahnend, daß das von Preußen und Deutschland im Stiche gelassene Oesterreich keine Bundesgenossen zum Schutz seiner Grenzen aufbieten, nicht die Franzosen zur Deckung seiner Flanke in Deutschland hereinziehen dürfe, daß dies Rußland das Recht zur Beschwerde geben und daß der Bund verpflichtet sein würde derselben abzuhelfen und gegen Oesterreich zu interveniren. Freilich ist in Preußen keine parlamentarische Regierung, aber die Kreuzzeitung beruft sich vergeblich darauf, — in Preußen regieren die Parteien, die Blätter, die Schriftsteller doch, wenigstens mit. Nicht bloß, daß die Regierung ihr Preßbüreau zum Defendiren und Recommandiren ihrer Politik errichten und besetzen konnte, die Einflüsse und Zeitungsschreibereien des Büreaus fanden bei Schwäche oder Furcht, Beschränktheit oder Eigennutz auch an unabhängigen Stellen Eingang und seine Presse ist wesentlich darum so mächtig wie sie ist, weil neben ihr und zusammenwirkend mit ihr so viele einklingende freiwillige Stimmen verlauten.

XXVI.

Schließlich wollen wir bemerken: uns ist nicht unbekannt wie es zu erklären, daß man in Preußen so zäh an der s. g. deutschen Politik desselben festhält und immer wieder darauf zurückkommt

und gern lassen wir nach seinem Werthe gelten was dabei zur Entschuldigung gereicht. Doch das sind andere Fragen, welche wir hier auch noch zu erörtern nicht verpflichtet sind, und was sich noch so gut und als noch so natürlich erklären läßt und noch so viel Entschuldigung verdient, ist darum nicht auch gerechtfertigt und in der Ordnung, darum nicht auch ferner zu thun oder zu leiden.

Und es ist doch über die Maßen traurig, daß Deutschland und was es zu leiden hat durch eine Rivalität, die ihr Ziel nicht erreichen und es doch nicht über sich gewinnen kann sich selber aufzugeben, und die — während ihr Aufhören Deutschland aus seiner Zwietracht und Noth heraushelfen würde — fort und fort nur verneinend und dem Erfolge nach lediglich verderbend mit Absicht und Methode sich durchzusetzen sucht.

Es ist dies um so trauriger, da in Deutschland so viel Geneigtheit zu Liebe und Achtung Preußens ist, daß es diesem selber schwer wird sie auszurotten; so viel Verlangen ist, daß Preußen das Rechte und Gute wolle und leiste was es könnte und ihm dabei anerkennend und fördernd entgegenzukommen; auch nicht etwa darin Hoffnung ist, daß Oesterreich, das aufgegebene Kaiserthum wieder an sich nehmend, allein und ohne oder wider Preußen, gewähre was die Nation bedarf; und nur Aussicht für Deutschland in der Einigkeit seiner Großstaaten und diese Einigkeit selbst ohne — zum wenigsten ohne sonderliche Aussicht ist.

Freilich sagte ganz vor Kurzem der preußische Ministerpräsident in einer Debatte über eine Position im Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten: „Den guten Willen mit Oesterreich in Gemeinschaft zu gehen, so weit es die Umstände gestatten, wird die Regierung auch ferner für sich in Anspruch nehmen, und wenn von Seiten der Presse und anderweit uns die Absicht, von Oesterreich uns zu trennen, zugeschrieben wird, so stellt das nicht die Meinung der Regierung dar."

Wie gern glaubt man, daß die Presse und eben auch die dienende und wohldienerische und gegen Oesterreich schürende Presse nicht immer die Meinung der Regierung darstellt, und daß diese den guten Willen hege mit Oesterreich in Gemeinschaft zu gehen. Aber die nach allen Seiten blickende und in allen Farben schillernde preußische Politik; aber die deutsche Politik Preußens; aber das Rundschreiben des Herrn Quehl (Vergl. S. 16); aber die Thatsache, daß Preußen doch recht sehr getrennt von Oesterreich

geht, während wir nicht zu absehen vermögen, daß und welche Umstände die Gemeinschaft mit ihm trotz dem guten Willen der Regierung verböten; und endlich die Clausel: So weit es die Umstände gestatten!

Das Alles begründet wohl starke Zweifel, zwar nicht an dem guten Willen der preußischen Regierung, wohl aber an ihrem zulänglichen Willen und an dem Effect, daß Preußen fortan auch wirklich in Gemeinschaft mit Oesterreich gehen werde.

Eine sehr entmuthigende Betrachtung, ein sehr niederschlagendes Ergebniß, ein sehr trauriger Schluß.

Jedenfalls ist es aber gut, nöthig, Bedingung der Abhülfe und des Bessern, worauf zu denken, daß wir suchen die Wirklichkeit zu sehen wie sie ist, uns zu vergewissern wie die Dinge in Wahrheit stehen.

gebe) vermeint wir nicht zu solchen bewegen, daß und welche Umstände die Gemeinschaft mit ihm trotz dem guten Willen der Regierung verböten; und endlich die Gewalt: Wie weit es die Umstände gestatten!

Das Alles bestimmt wohl hoffe ich, daß nicht an dem guten Willen der preußischen Regierung, wohl aber an festem gänzlichen Willen und an dem Ehre, daß Preußen sodann auch wirklich in Gemeinschaft mit Oesterreich gehen werde.

Eine sehr entmuthigende Betrachtung, ein sehr niederschlagendes Ergebniß, ein sehr trauriger Schluß.

Jedenfalls ist es aber gut, nöthig, Bedingung der Nothdurft und des Bessern, worauf zu denken, daß wir suchen die Wirklichkeit zu sehen wie sie ist, und zu vergewissern uns die Dinge in Wahrheit sehen.

Frem